

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 10 (1981)
Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

DIE MONATSZEITUNG

Wohnungsnot in Schweizer Städten so schlimm wie noch nie

Kampf um Rattenlöcher

Von Nicolas Lindt

Es gibt in der reichen Schweiz eine wachsende Zahl von Leuten, die «unter jedem Hund» leben: in Abbruchwohnungen, die eigentlich unbewohnbar sind. Aber Obdachlose nehmen alles, wie der Fall der Zürcher Marmorgasse 8 zeigt. In Zürich ist die Wohnungsnot am schlimmsten, doch auch in anderen Städten ist es nicht viel besser: Auch in Luzern (siehe Seite 2) haben Jugendliche eine SKA-Liegenschaft besetzt.

«Nun haben aber die zahlreichen Renovationen von Altbauwohnungen, welche derzeit geplant sind, auf Ende März eine grössere Kündigungswelle ausgelöst. Als Folge davon ist heute ein spürbarer Mangel an günstigem Wohnraum festzustellen. Zu befürchten ist, dass im April verschiedene Mieter obdachlos werden.»

Der Stadtrat von Zürich bestätigte damit offiziell, was wir schon lange wissen: In Zürich herrscht Wohnungsnot. Und Ende März stand eine massive Kündigungswelle bevor, so massiv wie noch

seit des «Tagblattes» ein städtischer Aufruf an die Hauseigentümer und Hausverwaltungen mit der Bitte, leerstehende Wohnungen dem Büro für Notwohnungen mietweise zu überlassen. Die termingerechte Rückgabe des Wohnobjekts und die Mietzinszahlungen werden zugesichert. Helfen Sie mit, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Sie können durch Ihre Bereitschaft einen sinnvollen Beitrag zum sozialen Frieden in unserer Stadt leisten.»

Eine Alibiübung und ihre Folgen

Stadtrat Max Koller soll erklärt haben: «Jeder Hausbesitzer muss jetzt selber entscheiden, ob er in einem leerstehenden Haus lieber das Büro für Notwohnungen oder Hausbesitzer hat.» Weder noch, sagten sich die meisten Hauseigentümer. Sie waren jedenfalls nicht bereit, den Stadtrat bei seiner Alibiübung zu unterstützen. Das Büro für Notwohnungen erhielt nur wenige Angebote – offenbar so wenige, dass es der Presse keine näheren Angaben machen wollte.

Ein Schlag ins Wasser? – Im Gegenteil, wir alle sind sehr erfreut über das städtische Eingeständnis der Wohnungsnot – auch wenn es uns keine Wohnungen beschert. Aber es ist eine zusätzliche Ermunterung, die Stadt mit immer neuen Rattenlöcher gesuchen zu bestimmen und andernfalls die Löcher zu besetzen. «Muss der Stadtrat diesen Leuten auch noch Argumente für ihr illegales Tun liefern?» fragte besorgt die «Neue Zürcher Zeitung». «Greift die in den vergangenen Monaten feststellbare Verwirrung um Recht und Unrecht weiter um sich?»



Auch die Zürcher Hornbachstrasse 62...

nie. Schon Wochen davor trafen sich die Betroffenen, um gemeinsame Aktionen gegen die Kündigungen zu besprechen. Eine «Aktion gegen die Wohnungsnot» wurde gegründet, die als erstes eine Liste von rund 40 leerstehenden Häusern zusammenstellte. An den Vollversammlungen der Zürcher Bewegung wurde weniger über das AJZ als vielmehr über Hausbesetzungen und Auszugsboykotte diskutiert. Der «soziale Friede» in dieser Stadt – seit dem letzten Sommer ohnehin im Eimer – schien erneut gefährdet. Der Stadtrat musste irgend etwas tun. Am 25. und 26. März erschien auf der Titel-



Den Ausländerbestand aufblähen – nein!

Fotomontage: Walter Erb

Kriminalisierung viele Obdachlose davor abgehalten, ein Haus zu besetzen oder einen Auszugsboykott durchzuführen. Eine berechtigte Angst, denn in den meisten Fällen ist bisher schon nach wenigen Stunden die Polizei eingefahren und hat auch Leute verhaftet.

Der Stadtrat habe «das Gespenst der Obdachlosigkeit an die Wand genagelt», schreibt die «NZZ» spöttisch. Doch in diesem Fall handelt es sich um ein Gespenst, das nicht nur in den Alpträumen der Hausbesitzer erscheint, sondern im realen Alltag dieser Stadt sein Unwesen treibt; denn es gibt tatsächlich Leute, die seit dem 1. April obdachlos sind. Die Stadt hat nur in wenigen Fällen geholfen. Und wie diese «Hilfe» konkret aussieht, sei hier am Beispiel der Marmorgasse 8 gezeigt.

Im Herbst stehen wir wieder auf der Strasse

Glogg, der Hausbesitzer, wollte das Haus «Marmorgasse 8» eigentlich schon letztes Jahr abreissen. Um die Abbruchbewilligung möglichst bald zu bekommen, liess er es leerstehen und verloren. Die elektrischen Leitungen und die Öfen waren kaputt, die Kochherde fehlten, und das Treppengeländer war zerstört. Aber der Abbruch verzögerte sich, Glogg musste noch bis zum Frühling dieses Jahres warten. Weil schon im letzten September das Gespenst der Obdachlosigkeit umging, konnte der Hausbesitzer seine Bruchbude nicht gut den ganzen Winter über leerstehen lassen und entschloss sich deshalb, sie doch noch mal zu vermieten. Freudlicherweise verlangte er für die «Wohnungen» nach wie vor den gleichen Mietzins: 430 Franken für zwei resp. drei Zimmer. Und mit dem Mietvertrag mussten die neuen Mieter gleich noch die Kündigung auf Ende März 1981 mit unterschreiben. Rund 20 Mieter zogen ein und akzeptierten zähnekirgend die Bedingungen des Hausbesitzers. Glogg sagte ihnen: Ich finde jederzeit andere Mieter, wenn es euch

nicht passt. – Er wusste, dass er damit recht hatte.

Die jungen Ratten an der Marmorgasse 8 wollten ihre Löcher für den Winter möglichst wohnlich einrichten und investierten viele Stunden Arbeit und viel «Stütz». Glogg selber übernahm nur einen Teil des Kosten. Aber kaum war der arge Winter in Zürich überstanden, erhielten die Marmorgässler auf Ende März die definitive Kündigung. Eine Friststreckung lehnte das Mietgericht ab. Darauf gingen die Mieter alle zusammen zur Städtischen Liegenschaftenverwaltung und setzten durch, dass sie mit dem Chef persönlich reden könnten. Wir nehmen alles, sogar eine leerstehende Turnhalle, sagten sie ihm, wir haben keine Ansprüche und können die nötigen Installationen selbst machen. Das war zwei Wochen vor dem 1. April. Ein paar Tage später bat die Liegenschaftenverwaltung eine «provisorische» Lösung an: eine städtische 5-Zimmer-Wohnung. Für 17 Leute fünf Zimmer? – Die Bürokraten zogen ihr Angebot bereits am nächsten Tag selber wieder zurück und versprachen, etwas Grösseres zu suchen. Aber dann hörten die Marmorgässler von der Stadt nichts mehr. Und Hausbesitzer Glogg liess nicht mit sich reden: Keinen Tag länger bleibt ihr drin.

31. März. Die verbliebenen 14 Mieter veranstalteten ein Pressekonferenz und verkündeten einen Auszugsboykott. Am frühen Morgen des 1. April verbarrikadierten sie das Haus, verließen es klammheimlich mitsamt den Möbeln, hängten Transparente an die Fenster, liesssen das Licht brennen und den Radio laufen: Marmorgasse 8 besetzt... Gegen Mittag versammelten sich mehrere Dutzend Leute vor dem besetzten Haus. Verwirrung bei der Polizei, beim Hausbesitzer und bei der Presse: Die Mieter selber sind offenbar ausgezogen, also muss das Haus von anderen Leuten besetzt worden sein?! Der Polizeisprecher: «Wir wollen noch abwarten, ob sich die Besetzer von selber verzieren, andernfalls müssen wir räumen.»

Die Aktion war erfolgreich, aber für die ehemaligen Mieter der Marmorgasse 8 stellte sich jetzt vor allem eine Frage: Wohin? – Am Mittag kam völlig unerwartet ein Angebot der Liegenschaftenverwaltung: Zwei kleine Häuser in Höngg und Seebach. Je 7 Zimmer – für insgesamt 14 Leute, macht pro Person ein Zimmer. In Höngg ist es ein ehemaliges Bauernhaus, das seit über 10 Jahren leer stand. Alle Leitungen sind verrostet, der Boiler funktioniert nicht mehr, und die Fensterscheiben sind kaputt, aber sonst ist es schön, so am Rand der Stadt. Nur eben: Schon im Herbst werden die Wohnungen in Büros für das Tiefbauamt umgewandelt. In sechs Monaten, wenn der nächste Winter naht, stehen die Marmorgässle-Schwestern wieder auf der Strasse. Auch jene, die in Seebach wohnen, müssen vielleicht im Herbst schon wieder ausziehen.

«Aber wir akzeptierten die beiden Angebote, weil wir nichts anderes hatten», sagte eine der Frauen von der Marmorgässle.

Fortsetzung auf Seite 2

«die wochenzeitung» ab oktober

Im September erscheint die 100. Nummer der Monatszeitung «das konzept», danach will das heutige Zeitungsteam zusammen mit einem halben Dutzend erfahrener Zeitungsmacher wo e c h e n t l i c h gesamt-schweizerisch orientierte, politische engagierte Informationen und Analysen anbieten.

Am Oktober 81 wird «die wochenzeitung» im Einzelverkauf (fr. 2.-) und im Abonnement (fr. 80.- pro Jahr) erheblich sein, Ziel: 50 M. im Jahr mindestens 14 Seiten aktuelle und gründliche Gegeninformation, startauflage 20'000, die machen, welche sich vor Kurzen zur Herausgeber-Genossenschaft «infolink» zusammengeschlossen haben, rechnen mit 6000 Abonnenten und 5500 Einzelverkäufern durch Kioski und Strassenverkauf.

Das für den Start erforderliche Eigenkapital ist vorhanden, das Fremdkapital - 1 million Franken - soll bis zum Stichtag 1. Juli mittels 3 Prozent-Anleihen zusammengetragen werden, dann werden auch die Diskussionen um Innhalt und Gestaltung der «wochenzeitung» in einer probenummer ein erstes greifbares Resultat zeitigen.

Zürich, den 2. April 1981

Mit freundlichen Grüßen

«die wochenzeitung» (woz).

52141 SDZ ch
572102 TXKB ch

Diese Telex-Meldung wurde am 2. April 1981 von der Schweiz, Depeschen-Agentur den Redaktionen von Presse, Radio und Fernsehen übermittelt. Wie es dazu kam, lesen Sie auf Seite 2.

EUROTRAIN

Fahren im Zug.

Sparen im Zug.

• bis zu 50%

• bis 26 Jahre

• 280 Destinationen
in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

ASSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Kampf um Rattenlöcher

Fortsetzung von Seite 1

gasse. Diese Frau ist es schon seit mehreren Jahren gewohnt, von Loch zu Loch zu zügeln. «Ich hatte bisher nie ein eigenes Zimmer für mich. Bevor ich an die Marmorgasse kam, wohnten wir zu zweit in einer Mansarde und dann sogar in einem Büraum, weil wir nichts anderes fanden. An der Marmorgasse waren wir zu viert in zwei Zimmern. Ich habe mich auch daran gewöhnt, nur kaltes Wasser zu haben und ohne Dusche auszukommen...»

Die neuen 3-Zimmer-Wohnungen an der Marmorgasse 8 werden etwas 1000 Franken kosten. «Glogg erklärte uns: Wenn ihr regelmässig arbeiten würdet, könnet ihr euch auch diese neuen Wohnungen leisten. Darauf sagte ein italienischer Arbeiter, der danebenstand, zu ihm: Er arbeite regelmässig und verdiene 2300 Franken, aber mit seiner Frau und dem Kind könnte er sich keine 3-Zimmer-Wohnung für tausend Franken leisten.»

Wie die Stadt «hilft»

«Gehört ihr zur Bewegung?», fragte der Beamte der städtischen Liegenschaftenverwaltung die Leute von der Marmorgasse. Die Behörden wollen sich potentielle Haussitzer und andere Chaoten vom Hals halten. Wie schon eine andere WG mussten auch die Ex-Marmorgässler einen Mietvertrag unterschreiben, der ihnen ausdrücklich die «Beteiligung an unbewilligten Demonstrationen» untersagt. «Wir haben das Recht, uns abzusichern», erklärte dazu Herr Würsten vor der Liegenschaftenverwaltung. «Steine werfen gegen den Staat und nachher städtische Hilfe erwarten, das geht nicht.»

Luzern: SKA plant

Sozialwohnungen im Bankneubau

Von Toni Matter

In Luzern geschieht Ungewöhnliches: Der Stadtrat hat die Schweizerische Kreditanstalt, die im Stadtzentrum einen Bankneubau errichtet, verpflichtet, die Hälfte des geplanten Wohnraums als Sozialwohnungen zu vermieten. Mitte März hatten Jugendliche einen Teil der SKA-Abbruchligenchaft für zwei Wochen besetzt gehalten.

Seit der «Einhorn»-Besetzung wird in Luzern über die Wohnsituation diskutiert. In der Stadt werden dieses Jahr 120 Altwohnungen abgebrochen – das sind doppelt so-

viel wie in den vorausgegangenen Jahren üblicher. Die Wohnsituation verschärft sich, billiger Wohnraum wird rar.

Das Hotel «Einhorn» wurde Ende März von den Jugendlichen wieder geräumt. Nicht ganz freiwillig. Zwar kam es in Luzern nicht zu einem Polizeieinsatz, doch hatten jugendliche Teddies und bürgerwehrähnliche Verbände den Besetzern den Garas gemacht. Mit dem Ende der Besetzung erholt die SKA auch die lange erwartete Abbruchbewilligung. Eine Abbruchbewilligung spezieller Art: Erstmals verlangte der Stadtrat – gestützt auf ein Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum –, dass ein Bauherr in der Innenstadt den Hälfte des geplanten Wohnraums als Sozialwohnungen vermietet.

Der Vorgang ist einmalig und geht für die Bank – so ein städtischer Beamter – «an die Grenze des Zumutbaren». Doch so schlimm wird's nicht: Im 50-Millionen-Neubau sind

Die Fettnäpfchen des Monats

Der «Limmattaler» war's

«Der Sex-Verwalter von Neerach», Spot in «dk» Nr. 3/81

Der Urdoer Lehrer Fredi Bruppacher wurde nicht, wie behauptet, in der «Limmatt-Zeitung» von den Gegnern des Sexualunterrichts in Urdoft verhetzt; sondern in «Limmattaler». Die «Limmatt-Zeitung» hat sich eindeutig hinter der Urdoer Lehrerschaft und Schulpflege gestellt.

*

Unverwechselbar Schaffhausen!

Kopfeile zum Artikel «Le Provinzial» in «dk» Nr. 3/81

Dass der US-Aussenminister immer noch die Kontinente wechselt und der CH-Zuständige für Auswärtiges, Aubert, Inner- mit Ausserhorden, gibt uns noch lange nicht das Recht, über einen Beitrag zur alternativen Schaffhauser Politik ein St.-Galler Wappen zu stellen. Gerade ein linksaufgeschlossenes Blatt sollte nicht alles östlich von Zürich in einen Topf werfen.

*

Übrigens: Der nicht länger ungenannt sein wollende Autor des Lennon-Beitrags in der Märznummer ist Ueli Balsiger, der auch über Polo Hofer geschrieben hat («dk» 4/80).



Auch ist wenig wahrscheinlich, dass die geplante Bank ihr zustehenden rechtsstaatlichen Beschwerdeinstrument ergriffen wird. Sie könnte zwar gegen die in der Abbruchbewilligung vorgeschriebene Verpflichtung zum funfzigprozentigen sozialen Wohnungsbau beim Regierungsrat rekurren. Doch das gibt zeitliche Verzögerungen. Und Zeit kostet auch bei Banken Geld. Ein Rekurs gegen den sozialen Wohnungsbau der SKA in Luzern würde die psychologische Bankfassade – oder was sie davon noch hat – ganz kaputt machen.

Auf dringenden Wunsch der SKA-Filiale in Luzern sei hier noch die Telefonnummer aufgeführt, bei der sich Wohngemeinschaften, Punker und sonstige Erdenebürger, die gerne mal in einer Grossbank sozial wohnen möchten, um eine der sechs SKA-Sozialwohnungen bewerben können: (041) 50 11 55. Viel Glück.

Mit dem Ende der Besetzung erholt die SKA auch die lange erwartete Abbruchbewilligung. Eine Abbruchbewilligung spezieller Art: Erstmals verlangte der Stadtrat – gestützt auf ein Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum –, dass ein Bauherr in der Innenstadt den Hälfte des geplanten Wohnraums als Sozialwohnungen vermietet.

Der Vorgang ist einmalig und geht für die Bank – so ein städtischer Beamter – «an die Grenze des Zumutbaren». Doch so schlimm wird's nicht: Im 50-Millionen-Neubau sind



Dietrich Kittner, hauptberuflich Kabarettist, übt sich neuerdings in Feldforschung. An 20 Kiosken zwischen Kiel und Regensburg verlangte Kittner: «Das Lügenblatt bitte!» In allen Fällen erhielt er Kommentarlos und erwartungsgemäss die «Bild-Zeitung».

*
Beim amerikanischen Atompersonal herrscht neuerdings ein grosser Mangel. Wie die US-Atombehörde (NRC) mitteilte, haben letztes Jahr 30 Prozent der Reaktoroperatoren ihr Examen nicht bestanden. Die Behörde führt dies u. a. auf die Erhöhung der Prüfungsanforderungen zurück, die nach dem Reaktorunfall von Harrisburg eingeführt wurden. Vorher lag die Versagerquote lediglich bei 5 Prozent.

*
Die amerikanischen Eisenbahngesellschaften weigern sich, nuklearen Brennstoff und Atommüll zu transportieren. Nur hat jedoch der Oberste Gerichtshof der USA entschieden, dass die Eisenbahngesellschaften den Transport von Kernmaterial nicht ablehnen dürfen. Darüber hinaus legte der Gerichtshof fest, dass die «heisse» Ware auch noch als «common carriers», das heisst als normales Frachtgut, zu transportieren sei.

Die Beteiligten nehmen Stellung zur «WochenZeitung»:

Verschwindet «das konzept»?

Eckwerte

Im Herbst steigen die jetzigen «konzept»-Macher aus und lancieren zusammen mit anderen Leuten die «WochenZeitung» («WoZ»). Um zu erklären, wie es dazu kam und was das für die Studentenschaft bedeutet, blenden wir kurz zurück:

«das konzept» («dk») wurde 1972 gegründet, als Herausgeber fungierten der VSS, die alte SUZ (Zwangskörperschaft an der Uni Zürich) und der VSETH. Ziel war die Schaffung eines gemeinsamen studentischen Sprachrohrs für die ganze Deutschschweiz. Aber 1968 ging endgültig vorbei, und vorbei war es auch mit der grossen Bildungseuphorie. Reformen wurden verwässert, dann schwulsiert, und schliesslich folgte der Gegenangriff. Ein solcher Gegenangriff belieferte: «dk» wird nationales Mantelblatt, die lokalen Blätter werden darin integriert – oder andersrum: eine nationale Beilage «das konzept» wird den örtlichen Studentenzeitschriften (also auch dem «erner student»), dem «kolibri», dem «Spectrum» beigelegt. Die beiden letzten Untervarianten würden eine Einigung auf Satz- und Druckverfahren voraussetzen, ebenso müsste die Erscheinungsweise koordiniert werden.

● **Lokal:** Das Geld wird in die lokalen Blätter gesteckt, die gesamt-schweizerischen Belange werden durch den VSS wahrgenommen, der die lokalen Blätter mit Communiqués, Artikeln etc. beliebt. Oder: «das konzept» erscheint in Zürich als Beilage zum «zürcher student», die anderen Hochschulen werden nur mit dem «konzept» beliefert. Oder: «das konzept» wird nationales Mantelblatt, die lokalen Blätter werden darin integriert – oder andersrum: eine nationale Beilage «das konzept» wird den örtlichen Studentenzeitschriften (also auch dem «erner student»), dem «kolibri», dem «Spectrum» beigelegt. Die beiden letzten Untervarianten würden eine Einigung auf Satz- und Druckverfahren voraussetzen, ebenso müsste die Erscheinungsweise koordiniert werden.

● **Tandem:** Die Studentenschaften machen mit der «WoZ» einen Deal: Sie produzieren auf eigene Kosten und in eigener Verantwortung einmal pro Monat während des Semesters ein «konzept». Es wird der «WoZ» beigelegt, dieser erscheint einmal im Monat als Grossauflage und wird an den Hochschulen aufgelegt. Das ergibt einerseits einen Public-Relations-Effekt für die «WoZ», andererseits können die Studentenschaften die «WoZ» als Transmissionsriemen für ihre Anliegen gebrauchen, indem die

Beilage «das konzept» mit der «WoZ» auch in ausseruniversitären Kreise gelangt. Der Vorteil dieser Variante besteht darin, dass die Erbmasse vom alten «konzept» (Abo-Kartei, Ansprüche der Abonnenten, die «dk» für das ganze Jahr bezahlt haben, aber nur bis ins September erhalten) einigermassen reibungslos aufgeteilt werden könnte. Dieses Hückepackverfahren hat den Charakter einer gegenseitigen Geburts hilfe, mittelfristiges Ziel ist die totale Entflechtung der beiden Zeitungen, «das konzept» sollte so etwas wie eine (ausbildungspolitische) Monatszeitung werden. Diese Variante könnte im Herbst gestartet werden.

● **Alleinige Weiterführung:** würde bedeuten, dass «das konzept» breiter abgestützt werden müsste (alle Studentenschaften plus eventuell weitere Partner), um die Kräfte zu sammeln und zu konzentrieren. Diese alleinige Weiterführung würde sicher einige Vorbereitung bedingen (finanzielle, personelle, inhaltliche Abklärungen). Frühestmöglichster Starttermin wäre Anfang 82. Diese maximale Variante muss – im Sinne einer Rückbesinnung auf eventuell noch vorhandenen studentischen «Power» – mitberücksichtigt werden, auch wenn diese Fragen noch ungeklärt sind.

Was läuft konkret?

Es scheint Einigkeit darüber zu herrschen, dass die Präsenz an den Hochschulen mit einer eigenen Zeitung auf keinen Fall aufgegeben werden darf. Über die einzelnen Varianten finden zurzeit innerhalb der Vertreter der verschiedenen Verbände (VSS resp. dessen einzelnen Sektionen, VSETH, VSU) hitzige Debatten statt. Alle Studierenden und vor allem die Studentenparlamentarier sind aufgefordert, sich Gedanken über die weitere Entwicklung unseres Studienorgans zu machen.

Martin Mani, Delegierter im Herausgeberverein «das konzept»

Warum die «WochenZeitung» kommt

In der schweizerischen Presse fehlt die kritische, engagierte Gegeninformation. Optimisten sind der Meinung, dass «das konzept» bisheriger Machart eine solche Aufgabe erfüllte. Wir «konzept»-Macher und -Macherinnen jedoch wollen mehr: wir möchten raus aus dem schleppenden Monatrythmus, raus aus der Enge finanzieller Beschränkungen (sowohl bei den Produktionsbedingungen wie auch beim nichthexistenzdeckenden Lohn), raus aus der reduktionistischen Kleinstgruppe von bloss 4 Leuten – wir wollen die «WochenZeitung» wagen (siehe Kasten auf Seite 1). Der Mut zum unternehmerischen Risiko ist nicht von selbst gekommen, die äusseren Umstände haben uns ermuntert. Einige davon sind besonders wichtig:

● Die Zahl der «konzept»-Abonnenten hat sich in den letzten anderthalb Jahren auf etwa 5000 verdoppelt.

● Bis zum Oktober 1980 haben wir am Kiosk durchschnittlich 200 Exemplare pro Monat verkauft, seither durchschnittlich 2000.

● Die «Bewegung» hat auch bei uns altes Eis abgeschmolzen, der «Eisbrecher» ver-

sucht es als Wochenzeitung und verkauft 20 000 Exemplare...

Viele Leute fragten uns: «Warum versucht ihr es nicht, wir wären dabei!» Im Januar 1981 haben wir beschlossen, wir versuchen es mit der «WochenZeitung».

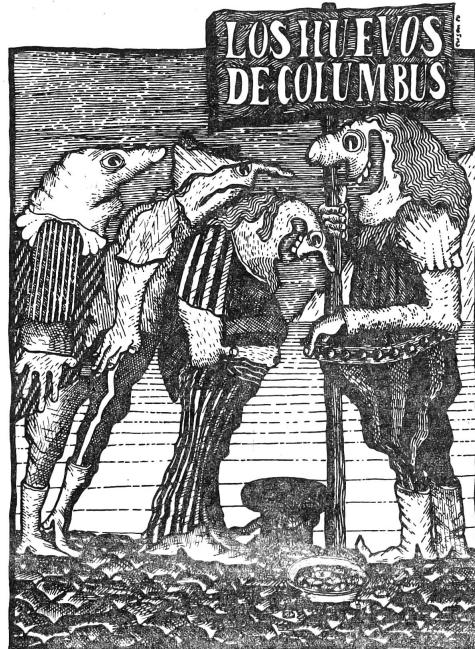
Die Redaktion



PS. Jedoch: die Verbundenheit der bisherigen «konzept»-Macher und -Macherinnen mit der in langen Jahren aufgebauten Zeitung lässt sich nicht einfach abschneiden wie eine Schlangenhaut. Deshalb ist die «WochenZeitung» an einer möglichen Zusammenarbeit interessiert und bereit, die Zukunftsvariante «Tandem» (siehe Beitrag der «konzept»-Herausgeber) zu unterstützen.

Mehr über Inhalt und Finanzierung der «WochenZeitung» in der nächsten Ausgabe von «das konzept».

Oster-Schweiner-Eier



Optik Iselin

Rämistrasse 39, 8001 Zürich
Telefon 01 69 44 41

das konzept
DE MONATSZEITUNG

Redaktion: Marianne Fehr, Georg Hodel, Nicolas Lindt, Liselotte Suter

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon 01 47 75 30, PC-Konto 80 - 37 626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern.

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept». Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich.

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikconservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnement: pro Jahr 22 Fr. (Ausl. 30 Fr.), PC-Konto 80-37626

Insetrate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651. 1-Seitige-Zeile (27 mm) ~72 Fr. Gültiger Tarif Nr. 82

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionsschluss: Nr. 5/81; 27. 4. 81

Inserateschluss: Nr. 5/81; 30. 4. 81

EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE ZÜRICH

Ich habe die Hunde des Himmels abgeschüttelt.
Jetzt fehlen sie mir zuwenden.
Setz' wieder ein paar auf meine Spur,
aber bitte nur kleine magere Hunde,
am Horizont, nicht näher.

Johannes Hofmann-Hereros

AUSSETZEN

wollen wir uns,
dem, was unser Leben nach seinem Sinn befragt,
dem, was ihm den Sinn zu rauben droht,
dem, woraus ihm Sinn zukommen könnte.
Wir wollen Fragen offenhalten,
die Raum geben
für Phantasie,
für einander,
vielleicht . . . für Gott.

WO MAN UNS FINDET

Haus am Lindentor, Hirschengraben 7
8001 Zürich, T 251 87 55



EVANGELISCHE
HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7
8001 Zürich
T 251 87 55

MITARbeiterTEAM

- Käthi La Roche, Pfarrerin, Auf der Mauer 6, 8001 Zürich, Tel. 69 37 34
- Kurt Straub, Sozialarbeiter, Schwellistrasse 9, 8052 Zürich, Tel. 301 14 29
- Christof Schwarz, Sekretariat, Kanzlerweg 13, 8302 Kloten, Tel. 813 39 51

Assistenten

- Herbert Beck, psych.
- Gaby Belz, psych.
- Sonja Straub, psych.
- Kathrin Zatt, germ.

Wenn du mit jemandem von uns reden möchtest, bei einer Tasse Kaffee, freuen wir uns auf deinen Besuch. Am besten ist es, wenn du uns vorher anruft oder im Vorbeigehen am Hirschengraben 7 etwas mit uns abmachst.

Die Evangelische Hochschulgemeinde ist getragen von der Zürcher Reformierten Landeskirche, sie steht allen offen.

Unsere katholischen Partner sind am anderen Ende des Hirschengrabens zu finden, Nr. 86, Tel. 47 99 50:
P. Dr. W. Schnetzer, P. Dr. W. Heierle und P. Dr. A. Ziegler

SPRECH STUNDE

Neu in der EHG besteht die Möglichkeit individueller Beratung. Sprechstunden zweimal pro Woche: montags 13-14 Uhr und donnerstags 17-18 Uhr oder zu Terminen nach Vereinbarung.

Die Sprechstunde ist offen für alle, die in Lebens- und Glaubensfragen in eine seelische Krise geraten sind und ein persönliches Gespräch suchen. Sie wird betreut von Käthi La Roche (Theologin mit psychotherapeutischer Erfahrung).

Die Beratung soll der Dringlichkeit und Aktualität einer Krise entsprechen, ist also kurz bis mittelfristig und ungeteilt.

VIELSTIMMIG

Unter der eiszeit stell ich mir vor das langsame vorrücken der gletscher die eisfelder übernahmen das kommando das heisst sie gingen nicht weg im frühjahr es war zuwenig was wegschmolz Kurz blieb der sommer

Hat sich das land nicht gewehrt ich meine die erde die alten wurzeln in ihr die bäume die saft hochsaugen die wiesel und marder in höhlen und was war mit dem gras das immer wieder kommt

es hat doch nein gesagt als die eiszeit kam ist nicht nach süden emigriert mit den tieren es ist doch den widerstand lehrend geblieben

Lang ging der Winter

Aus: Dorothee Sölle: fliegen lernen

Sinkt jeder Tag
hinab in jeder Nacht,
so gibt's einen Brunnen,
der drunter die Helligkeit hält.
Man muss an den Rand
des Brunnendunkels hocken,
entsunkenes Licht zu angeln
mit Geduld.

Aus: Pablo Neruda, Letzte Gedichte

STUDENTEN FOYER

Eines wie das andere empfehlenswert für Morgen-, Mittags- und Nachmittagspausen, zum Lesen, Diskutieren, Lernen, Ausspannen; für Fachvereine, Tutorate, Arbeitsgruppen, gute Freunde

Das eine am Hirschengraben 7

wenn du ins Haus kommst
links halbe Treppe hoch
die massive Eichenstüre rechts
nicht zu übersehen
mit Zeitungen
Mineralwasser
Kochherd, Kaffee und Tee.
Das andere an der Voltastrasse 58
zürichbergwärts
vor allem im Sommer sehr schön
da es einen Garten gibt
mit Linden, Lavendel
Stühlen und kleinen Tischen
Kochplatten
und Konsum vis-à-vis.

Tagsüber offen und zugänglich für Unangemeldete, einzelne und Gruppen.
Abende bitte frühzeitig reservieren!
Tel. 251 87 55

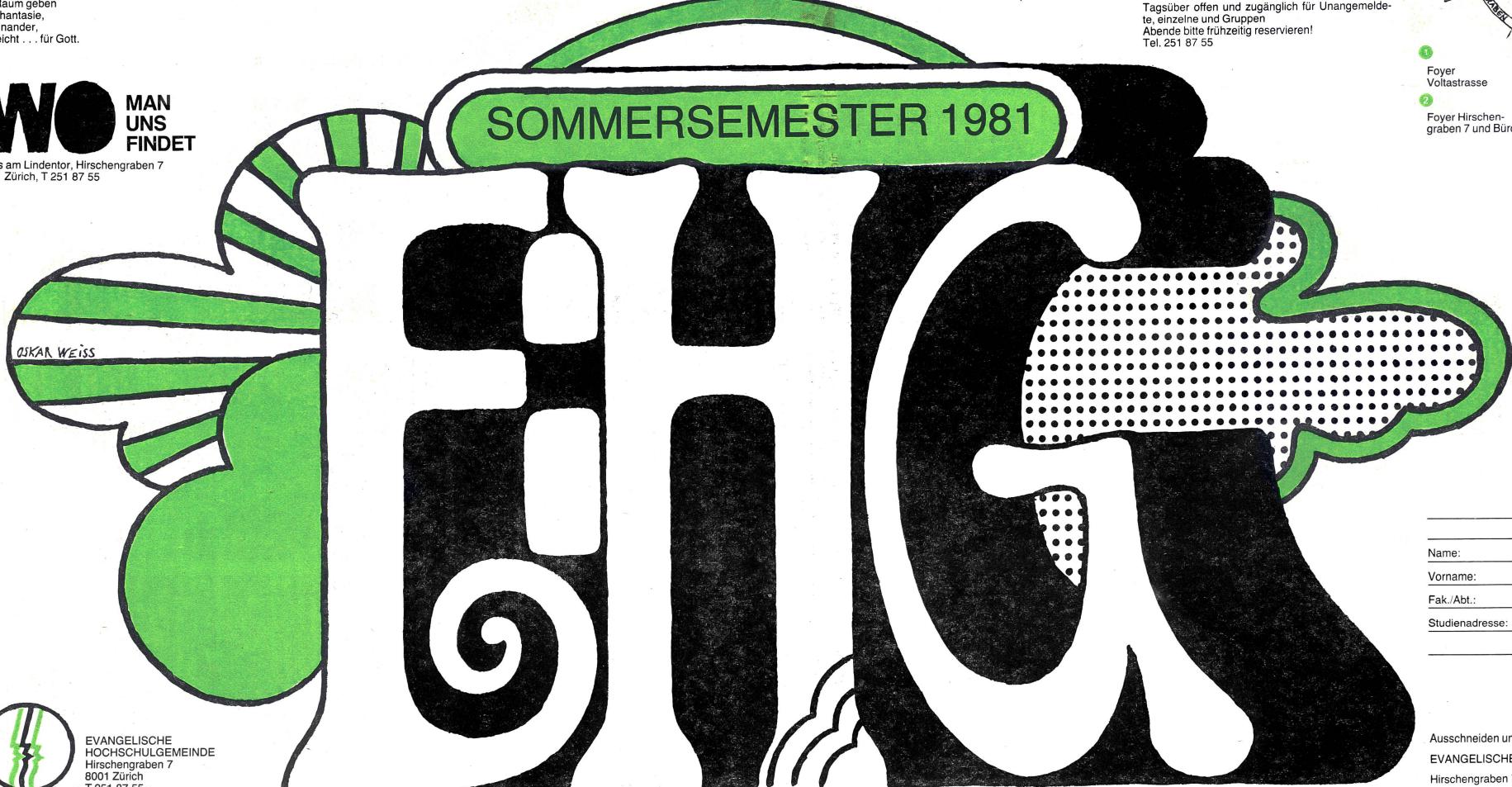


Meldetalon

Ich bin an den Veranstaltungen der EVANGELISCHEN HOCHSCHULGEMEINDE interessiert, insbesondere an:

Name: _____
 Vorname: _____
 Fak./Abt.: _____ Sem.: _____
 Studienadresse: _____
 Tel.: _____

Ausschneiden und senden an:
EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE
 Hirschengraben 7, 8001 Zürich, T 251 87 55



Was geht uns ein Hungerstreik noch an?

MENSCHENVERACHTUNG

Von Marianne Fehr

«... auch unter Berücksichtigung der Erkenntnis, dass durch die Absonderung eine Isolation hervorgerufen wird, die mit einem hohen Grad der Reduktion der sämtlichen Umweltreize und der Gefahr erheblicher gesundheitlicher Einbussen verbunden ist...»

hält das Landgericht Regensburg in seinem Beschluss vom 22. 12. 1980 die Absonderung des RAF-Mitglieds Rolf Heissler für unerlässlich:

«... weil sie die (...) erforderliche Einwirkung auf den Betroffenen besser erreicht als jedes andere im konkreten Fall zulässige Reaktionsmittel.»

Rolf Heissler ist einer der jetzt noch etwa 27 politischen Gefangenen (vor allem RAF und Bewegung 2. Juni), die in den Hochsicherheitstrakten fast aller Bundesländer im Hungerstreik sind und das «zulässige Reaktionsmittel» mit Leib und Seele in Frage stellen. Anfang Februar hat zum Beispiel Verena Becker, die im Kasseler Knast an Tbc erkrankte. Ein Vertrauensarzt bestätigte ihr, sie werde nicht überleben, wenn sie nicht abreiche. Bei Knut Folkerts müsse bereits von Organschädigungen ausgegangen werden, sagen die Ärzte. Heinz Herlitz in Celle hat am ganzen Körper entzündete Stellen und kann weder sitzen noch liegen. Manchmal läuft er bis unter die Fingernägel blau an, und man konstatiert «akute Lebensgefahr durch Wegaschäden des Kreislaufs». Den Eltern von Gabriele Rollnick liess der Berliner Senat höflich ausrichten: «Beelten Sie sich, wenn Sie Ihre Tochter noch lebend sehen wollen.» Gleichzeitig verbreitete derselbe Senat über die Agenturen, bei den Berliner Hungerstreikenden bestehe «derzeit keine akute Lebensgefahr».



Erschüttern uns diese ewig wiederkehrenden Hungerstreiks noch? Woher nehmen diese Leute blos die Hoffnung, dass sich der zusehends verhärtete Rechtsstaat durch einen paar tote Terroristen erweichen lässt? Einige – auch politische Gefangene – sagen, Hungerstreik nützt nichts, wir lassen uns doch nicht zu Tode foltern, wir müssen andere Wege

finden. Aber welche? Was können die im Knast noch tun, wenn sie den ganzen Tag in schalldichten Kästen hocken, mit niemandem reden, von den Informationen abgeschnitten sind und keine rauslassen können? Die Anwälte der Hungernden meinen: «Positive Veränderungen für die Gefangenen konnten bislang

(darf). Gabi Kröcher in Hindelbank darf jetzt manchmal mit anderen Frauen zusammen sein, und im Thorberg lässt man Christian Möller in der Schneiderei arbeiten.

Man müsste vielleicht wieder einmal die Photo des durch Unnachgiebigkeit verhungerten Holger Meins (kürzlich im



SERRE

nur durch Hunger- und Durststreiks erreicht werden.» 1977 hat man es (vorübergehend) zugelassen, dass sich eine Gruppe von politischen Gefangenen in Stammheim bilden. 1980 wurde Irmgard Möller nach Lübeck verlegt, wo die Haftbedingungen etwas menschlicher sind (sofern man dieses Wort in diesem Zusammenhang überhaupt brauchen

möchte). Sie betrachten, um das Quentchen Emotionen zu mobilisieren, das einem noch geblieben ist, für die Wut über einen Staat (oder ein System), welcher Menschen einfach kreppieren lässt, um sein Gesicht zu wahren. Oder man müsste beobachten, mit welchen Mitteln ein Staat sein Gesicht zu wahren versucht. In der Schweiz und in der BRD. Der deutsche Generalbundesanwalt Kurt Rebmann lehnt nach wie vor alle Forderungen ab. Er verhandelt nicht, so lange sich die Inhaftierten im Hungerstreik befinden. Und wenn sie tot sind? Für die Folgen macht er deren Anwälte verantwortlich. Sie hätten es in der Hand, etwas dagegen zu unternehmen.



Als Zeichen des guten Willens wird das Mittel der Zwangsernährung bemüht – obwohl bekannt ist, dass diese äusserst gefährlich ist. «(...) Die Zwangsernährung im Magen, die zusätzlich durchgemachte Prozedur schaffen ein Gefühl, als wäre man unter Bleiplatten begraben. Ich bin ins Bett gekippt und habe da fünf Stunden bewegungslos gelegen, hundemüde, nicht aber in der Lage zu schlafen, in denen ich Brechgefühle, Magen- und Darmkrämpfe und immer wieder Zitteranfälle, begleitet von Heiss- oder Kälteschauern, bekommen habe und in denen ich so schwach war, dass ich mich nicht einmal mehr aufsetzen konnte», berichtet Karl-Heinz Dellwo seiner Anwältin, nachdem er gefesselt, geschlagen worden ist, nachdem man ihm mit Gewalt einen Schlauch in den Magen gestopft hat. Ein nächster Ernährungsversuch musste wegen Erstickungsgefahr abgebrochen werden.

Die meisten – auch bürgerliche – Ärzte wollen die Schuld des Staates aber nicht tragen. Aus Holland sandten 80 Ärzte einen Brief an die deutschen Anstaltsmedizinen und forderten sie auf, Zwangsernährung zu verweigern. Sie nehmen Bezug auf einen Verhaltenskodex, welcher 1975 von der World Medical Association verabschiedet wurde: «Wenn ein Gefangener Nahrung verweigert und vom Arzt alszurechnungsfähig in dem Sinne anerkannt wird, dass er ein vollkommenes und rationales Urteil darüber bilden kann, was die Konsequenzen von solcher freiwilliger Verweigerung von Nahrung angeht, soll er nicht künstlich ernährt werden.» Die deutschen Behörden haben Mühe, Mediziner zu finden, die zwangsernähren. Das Echo in der BRD war auch nicht überwältigend, als man Ärzten anbot, «dass bei einer eventuellen Zusage die Festsetzung der Honorarläufe Ihnen überlassen» werde. Allein

in Berlin haben 93 Ärzte gegen die Zwangsernährung mit Empörung reagiert, der Knastarzt von Stammheim hat seinen Dienst schon quittiert. Aber einige finden sich immer noch, denen Tod durch Zwangsernährung lieber ist als Tod durch Hungern – da verdient man wenigstens noch was dran.



So allein wie in den vergangenen Jahren sind Hungerstreikende heute nicht mehr. Zu viele – vor allem Leute der «unpolitischen» Nach-68er-Generation – haben das Recht des Staates am eigenen Leib gespürt! Häuserbesetzern, Pflastersteinwernern und Landfriedensbrechern sind Isolationszellen eine nähere Realität als die Marx-Engelschen Werke. Der Slogan «Solidarität mit RAF und Hungerstreikenden» zierte nicht nur Bundesrat Furglers St.-Galler Einfamilienhäusern – aber das auch. Erzürnte besprayten die 29 Heidelberger Autobusse des öffentlichen Verkehrs in corpore, besetzten die Berliner Meinecke Kirche, steckten die SPD-Zentrale gleichenorts dreimal in

Bezirksgericht: Wenn zwei dasselbe tun . . .



Bagatellen

Die drei Angeklagten Barbara K., Andrea R. und Stefan B. sitzen am 25. März kurz nach 14 Uhr vor ihrem Richter im Zürcher Bezirksgericht, Zimmer 161, wo ein Fenster ein erhebliches Loch aufweist und ein frisches Frühlingslüftchen in die kahlen Räumlichkeiten einflässt. Am Anfang hat es eine kurze Verzögerung gegeben: Die Presse sollte draussen bleiben, weil die Angeklagten zum Teil noch minderjährig sind. Ihre Zustimmung nützt nicht viel. Erst als ihr Rechtsverteiler die volle Verantwortung für das Beisein der Zeitungsleute übernimmt, kann die Sitzung beginnen.

In der Anklageschrift heißt es: «Die Angeklagten (...) haben aufgrund eines gemeinsamen Tatplanes und in gemeinsamem Zusammenwirken mit einem weiteren Unbekannten eine fremde, bewegliche Sache beschädigt, indem sie (...) insbesondere am Warenhaus Globus Kleimplakate im Format A 4 (sog. Flugblätter), welche zum Boykott der Firma Globus aufriefen, mit Fischkleister ankleben, wobei einer der Angeklagten mit Billigung der andern Angeklagten u. a. bei der Firma Globus (...) ein solches Flugblatt auf ein 290 cm x 125 cm grosses, handgefertigtes und mit Goldbuchstaben bedrucktes ***-Delikatesse-(Traiteur)-Plakat, welches für Degustationswochen war, aufklebte, was zur Folge hatte, dass der Werbeträger nicht mehr verwendet werden konnte, da sich das aufgeklebte Boykott-Flugblatt gleich ohne Beschädigung entfernen liess (Delikabetrag ca. 250 Fr.).»



zu bestrafen. (Zum Vergleich: «Eisbacher»-Verkäufern hat man Busen bis zu 60 Franken aufgebrummt: Ein Gesetz von 1894 – welches längst durch ein neues ersetzt ist – von der Regierung aber immer noch unter Verschluss gehalten wird – sieht hier eine Höchstbusse von 100 Franken vor. Der Ermessensspielraum ist halt weit.)

Den nächtlichen Klebern liess man genügend Zeit, sich auf die polizeiliche Vernehmung vorzubereiten. Die ersten Befragungen fanden zwischen dem 21. März und dem 11. Juni 1979 statt. In der Zwischenzeit blieb genügend Musse, sich mit ihrem Lehrer, welcher die Kleber in Auftrag gegeben und verteilt hatte, zu besprechen. Dieser heisst Werner Pflanzer, Elektroingenieur und Hauptlehrer an der Berufsschule Zürich, ist Präsident des «Aktionskomitees für verantwortige Energiepolitik Zürich», welches schon oftters in Erscheinung getreten, zum Beispiel mit Hetzinsätzen gegen Ldu-Nationalrat Franz Jaeger im Oktober 1979.



Frau Gertrud (Pflanzer) hat sich als Leserbriefschreiberin profiliert. In höchste Besorgnis versetzte sie die Vermutung, der WWF Schweiz könnten Gelder, die für die austerbenden Fledermäuse bestimmt seien, für die Abstimmungskampagne pro Atomschutzinitiative vertreuen. Als der WWF sie nach einem persönlichen Gespräch vom Gegenteil überzeugt hatte, musste er sich vom Herrn Gemahl Nötigung vorwerfen lassen.

Diesen Herrn Pflanzer wollten die Ge-schädigten – die Produga (Produzentengalerie Zürich, Hersteller der Plakate) und die Initianten der Atomschutzinitiative – auch vor Gericht sehen. Doch er wusch seine Hände in Unschuld. Für die Taten seiner Schüler könnte er keine Verantwortung übernehmen, denn er habe ihnen lediglich den Auftrag erteilt, die Nein-Plakate, die von den AKW-Gegnern beschädigt worden seien, zu flicken. «Sollten im Übereifer auch gegnerische Plakate überklebt werden sein, so verhele ich nicht, dass dies mich auch hinterher noch freut.» Und vorher? Da die Schüler ihren Lehrer nicht belasteten, wurde das Verfahren eingestellt.

So harren denn die beiden Gruppen von «Rechtsbrechern» ihrer Urteile (Busen zwischen 80 und 100 Franken), und wir wundern uns über die erstaunliche Flexibilität der Behörden im Umgang mit Bagatellfällen. Marianne Fehr

Alles was Recht ist . . .

fh. Wenn Behörden Gesetz und Ordnung hüten, haben sie sich an bestimmte Regeln zu halten. Der schweizerische «Rechtsstaat» hat nun aber die Eigenheit, dass diese Regeln sehr unterschiedlich sind: Es gibt so viele Strafprozessordnungen wie Kantone, also 26 ganz und gar unterschiedliche Bestimmungen über die Rechte von Festgenommenen, Verhafteten, Gefangenen, Angeklagten usw.

In diesen für Laien wie Spezialisten oft undurchdringlichen Gesetzesdschungel verschiedenste Publikationen engagierter Juristen Licht zu bringen. Als jüngste Broschüre ist jene für den Kanton Bern («Dossier Polizei und Justiz») zu vermerken. Daneben gibt es Informationen für die Kantone Zürich, Wallis, Genf, Waadt, Neuenburg, Freiburg und Jura.

Diese Rechtshilfen gehören nicht nur in jede Zelle von Untersuchungshaftungen (beim Verteidiger verlangen!), sondern sollten von allen Leuten, die sich immer wieder in Gefahr begeben (wo man bekanntlich nicht umkommt), gelesen werden.

• BE: «Dossier Polizei und Justiz», herausgegeben und vertrieben von den Demokratischen Juristen Bern, Postfach, 1391, 3000 Bern 1, 1981, 100 Seiten, dazu juristischer Anhang, 5 Fr. (Anhang 3 Fr.), Solidaritätsbeiträge erwünscht.

• ZH: «Strafuntersuchung – was tun?», herausgegeben vom Anwaltskollektiv Zürich, Badenerstrasse 89, 8026 Zürich, ver-

trieben von Buch 2000, 8910 Affoltern a. A., 1979.

• VS: «Sitten soll gar nicht gesund sein», herausgegeben und vertrieben vom Kritischen Oberwallis, Postfach 41, 3904 Naters, 1980.

• GE, VD, NE, VS, FR, Anhang JU und BE: «Les droits de la personne arrêtée», herausgegeben von Groupe Action Prison, vertrieben von Edition d'en Bas, Case postale 304, 1000 Lausanne 17, 1979.

• Allgemein: «Die Rechte des Beschuldigten im Untersuchungsverfahren, besonders bei Untersuchungshaft», Prof. Martin Schubarth, Verlag Stampfli, Bern, 1973, 301 S., 56 Fr. (teilweise überholt und für den Latenzen zum Teil schwer verständlich).

«Das Verhalten gegenüber der Klassenzusätzin», herausgegeben und vertrieben von der Roten Hilfe, Postfach 2027, Zürich, 1979.

«Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält» von Klaus Eschen und Renate Sami, Rotbuch-Verlag 2027, Berlin, 1973.

*

Armee: Und auch für den Staat im Staate gelten bestimmte Rechtsregeln; welche, das steht in der «Rechts hilfe für Soldaten (gegenüber Vorgesetzten)» herausgegeben vom Soldatenkomitee, mit vielen mehr und wenigen gelungenen Karikaturen. Erhältlich über das Soldatenkomitee Zürich, Postfach 1337, 8030 Zürich.

INSEKTEN

PREISLICH UNVERGLEICHLICH

B VITAMIN 20 + MEINRAD-LIENERSTR. 15
BUNDESGASSE 29 • 8000 ZÜRICH

Bisch nöi in Züri?

Dann lohnt sich auf dem Weg von der Uni in die ZB ein Abstecher zu Vitamin B an der Müllerlegasse 29. Da gibt's eine grosse Auswahl an lockeren und bequemen Kleidern und viele Schuhe zu unvergleichlichen Preisen. Zum Beispiel:

Original Levi's Jeans Fr. 49.—
Farrow-Hemd, 100% Baumwolle Fr. 15.—

TIP-TIP-TIP.

Kulturmagazin

Aus dem «Kulturmagazin» Nr. 25 (Thema: Autonomie) hat N. Lindt im letzten «konzept»-Teile eines Bellini-Interviews zitiert. Soeben ist Nr. 26 des «Kultur» erschienen. Beiträge: Keramik-Handwerk, Strasse/Autoterror; Geschäft mit der Pianistin E. Henz-Diemond, die ihren Flügel zeitweilig auf einen Kleinlaster verlängt und in den Dörfern spielt; dritter Teil der Geschichte der eidgenössischen Kulturlpolitik und anderes.

Das «Kulturmagazin» kann für 4-5 Fr. in Buchhandlungen (auch alternativen) bezogen werden. Ein Abo kostet 22 Fr./Jahr, die Adresse: «Kulturmagazin», Postfach 3188, 3000 Bern 7.

Frauen in der Politik – ein Gespräch mit solchen, die dabei sind

Keine Spur von Weiberherrschaft

Seit zehn Jahren sind die Frauen in der Schweiz offiziell zur Politik zugelassen, auch aktiv als Parlamentarierinnen geduldet. Mehr kaum. Wo Frauen öffentlich auftreten, wird oft unter der Gürtelinie argumentiert. Die politischen Gegner halten sich am Männerwitzchen. Was können wir Frauen im Kampf um unsere Rechte da m e h r tun als den Anstand wahren?

«Wir Frauen sind ziemlich cool»

«das konzept»: In der Jugendbewegung wurde Emilie Lieberherr wegen ihres «hervorlugenden» Unterröcks angegriffen.

Das Gespräch mit Doris Morf (SP Zürich, Nationalrätin seit 1975) und Ursula Mauch (SP Argau, Nationalrätin seit 1979), führten Liselotte Suter und Marianne Berna vom «konzept».

fen, Wagner und Kaufmann hingegen auf einer weit sachlicheren Ebene. Wie werden Sie e s mit solchen Dingen fertig?

Doris Morf: Als mir das erste Mal ähnliches passiert ist, oft um einiges schlimmer als das mit dem Unterröck, hat mich das sehr bestürzt. Früher war das ganz schlimm. Was heißt früher?

D. M.: So zwischen 70 und 73. Ich war

«Bei der U-Bahn habe ich noch alle technischen Schunkeln durchgeackert, damit niemand sagen kann, ich versteünde nichts von der Sache.» (Doris Morf)

damals neu im Zürcher Gemeinderat. Als ich da den Kampf gegen die U-Bahn führte, gab's viele solche Dinge. Ich weiss nicht, vielleicht habe ich inzwischen eine dicke Haut entwickelt. Ich kenne jetzt die Mechanismen, die dahinterstecken: Wenn man vor einer Frau Angst hat, versucht man sie lächerlich zu machen. Und je mehr solche Anfeindungen kommen, je mehr kann man sich ja auch sagen, man hat eine Wirkung.

Auch an der TV-Livesendung zu den Themen Fristenlösung und Eherecht («Café Fédéral» vom 18. 3.) hat es von persönlichen Anwürfen und zweideutigen Bemerkungen nur so gewimmelt. Die Herren Politiker waren emotional überbordet. Nur die Frauen blieben betont kühl und sachlich. Ich weiss nicht, ob das aus Berechnung geschah, und wenn, ob eine solche Rechnung richtig ist.

D. M.: Das ist nicht immer so. Es gab auch schon Kommissionen, da bin ich herausgeplatzt mit meinen Reaktionen auf gewisse Bappeli-Voten. Dieses Recht nehme ich mir heraus.

Aber nicht vor der Öffentlichkeit?

D. M.: Vor dem Fernsehen lief es nicht wegen der Öffentlichkeit anders, sondern weil wir dieses Thema (Fristenlösung, die Red.) schon so unzählige Male behandelt und dabei schon so viele Schläge eingestellt haben, dass wir mit der Zeit fanden: Ach Gott, was soll's? ... Vieelleicht war es gut, dass wir Frauen «cool» blieben. Viele Zuschauer, die nicht den ganzen Prozess mitverfolgt haben, denken sonst nur: Tun d i e hysterisch.

Es stört mich, dass sich die Frauen dieser ungeschriebenen Norm offenbar weitgehend unterwerfen. Ich habe dann das Gefühl: diese Frauen lassen sich ja alles gefallen.

D. M.: Wir haben uns einfach angeschaut und den Kopf geschüttelt. Aber vieelleicht hätten wir dreinfahren sollen, das stimmt.

Man könnte auch die Diskussion verweigern, davonlaufen, anfangen zu «müllern», oder kurz und knapp klarstellen... Jedenfalls gibt es ein grösseres Spektrum als die Anständigkeit. Die Rechte der Frauen doch nicht verrüttet.

D. M.: So was wäre gut gewesen – wenn es mir in den Sinn gekommen wäre, damals. Ein solches Gespräch verlangt grosse Aufmerksamkeit. Wenn ich weiss, dass am Fernsehen Millionen zuhören, nehme ich mir immer vor, zwei bis drei wichtige Punkte anzubringen. Darauf muss ich mich konzentrieren.

Bei Ihnen, Frau Morf, habe ich das Ge-

fühl, dass sehr viel ihrer Reaktionsweise – cool bleiben, wenn möglich Schlagfertigkeit beweisen – aus der Erfahrung, dem Abgehörteinstinkt kommt, aus einer gewissen Gewöhnung auch.

D. M.: Gewöhnung keinesfalls; aber ich muss abwägen, was ist mir wichtiger: die Argumente oder dass es mich «vertätscht».

Wenn man ganz frisch in die Parlamentsarbeit einsteigen würde, würde man sicher auffahren bei solchen fraueneindlichen Äusserungen.

D. M.: Kaum, als Neue sind Sie im allgemeinen eher zurückhaltend.

Ursula Mauch: Was man auch immer überlegen muss: Wenn wir so spontan, emotional reagieren, wird uns das sehr viel mehr übel genommen als den Männern. Zum Beispiel am Fernsehen! Läuft der alte Streit über die erhöhte emotionale Reizbarkeit von Frauen auch im Rat selbst noch oder nur auf der Ebene TV/Zuschauer?

U. M.: Im Rat weniger. Aber wir Frauen dort sind auch alle mehr oder weniger cool.

«Ein Kommissionsmitglied meinte, er habe seine Frau noch nie mitgetragen, wieviel er verdiente, und er werde es auch nie tun, Eherecht hin oder her.» (Ursula Mauch)

D. M.: Sicher auch darum, weil du weisst, warum die so reagieren.

Machen Frauen in der Politik laufend solche schlechten Erfahrungen mit den Männern?

D. M.: Nein, solche massiv fraueneindlichen Äusserungen sind Ausnahmen. Dann gibt es allerdings noch jene Männer, die vielleicht so denken, sich aber gar nicht zur (öffentlichen) Aussage drängen. Sie haben offenbar das Gefühl, diese Themen seien eigentlich gelaufen und sie könnten für sich persönlich nur etwas verderben dabei. Irgendwie haben die zur Kenntnis genommen, dass Frauen über 50 Prozent der Bevölkerung sind. Vielleicht waren sie auch bei den letzten Wahlen Stimmenzähler und haben gesehen, wie auf einer Liste nach der andern Männer gestrichen worden sind und nur die Frauen draufblieben.

Sie haben aufgrund Ihrer Erfahrungen das Gefühl, es lohnt sich, ruhig dabeizubleiben und einzustecken?

Haben Sie das Gefühl, durch die (schwarze) Präsenz der Frauen im Parlament konnte bisher etwas erreicht werden?

D. M.: Ich glaube, fast jede Frau im Rat schaut bei allen «ihren» Geschäften – sei das jetzt Sozialpolitik, Energie, Aussenpolitik oder was auch immer: Was bringt das den Frauen, wie müsste man den Frauenstandpunkt einbringen? Man muss einfach präsent sein und sich getrauen, sofort aufzutreten. Und ich muss sagen, manchmal wird man so müde, die drei Wochen Session, die Sitzungen und Besprechungen drumherum sind so anstrengend. Da lassen wir manchmal etwas schlittern, wo wir Frauen uns eigentlich wehren müssten.

Melden sich eigentlich die 10% Frauen im Rat überdurchschnittlich viel?

D. M.: Jeder Rat hat sein eigenes Klima: im Nationalrat zum Beispiel – ganz im Gegensatz zum Zürcher Gemeinderat – kaum Zwischenrufe, und ausserdem wird es als anständig angesehen, nicht mehr als drei-, viermal pro Session das Wort zu ergreifen. Sonst verheizt man leicht.

In der parlamentarischen Arbeit haben sich die Formen offenbar sehr stark eingespist.

D. M.: Ja, wie gesagt, im Hinblick auf das Thema: So soll ich die wertvolle Zeit, die man zur Verfügung hat, um ein Thema an die Leute zu bringen, vergeuden für persönliches Geplänkel?

U. M.: Ganz konkret: Ich bin in der Kommission Umweltschutzgesetz. Dort kennt man die Leute. Man weiss, warum wer welche Argumente bringt, welche Interessen dahinterstecken. Wir könnten uns da pausenlos einschliessen, etwa auf die besonders reaktorial Argumentierenden. Aber das wäre eine völlig hoffnungslose Situation. Wir würden einen Tag lang anbrüllen. Zu dem, was wir da erledigen sollten, käme gar nichts

D. M.: Ich habe nicht das Gefühl, ein gesteckt zu haben. Aber heftige Reaktionen hätten einfach vom Thema abgelenkt, und das kann nicht meine Absicht sein. Das Parlament ist doch dazu da, zur Bewusstseinsbildung bezüglich bestimmter Themen, die sonst gar nicht auf Tapeten kämen, beizutragen, damit die Öffentlichkeit – oder fast die ganze Öffentlichkeit – zur Kenntnis nimmt, dass es da Sachen gibt, die sich verändern, verbessen lassen.

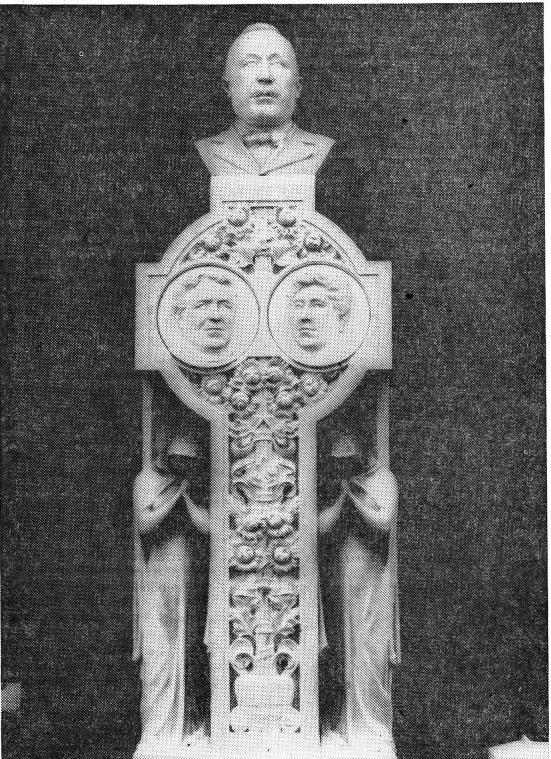
Aber man kann das ja ganz verschieden angehen: rationale Argumente zur Fristenlösung zusammentragen oder sich gegen Tiefschläge des politischen Gegners verteidigen und so Dinge zur Sprache bringen – zwar vielleicht nicht rationale

Argumente – die auch zum Thema gehören. Hier zum Beispiel die unterschwellige Annahme: Fristenlösung sei ohnehin etwas, was nur Frauen mit unseriösem Lebenswandel betreffe.

D. M.: Das habe ich eigentlich getan, in der Debatte selbst, als ich darauf hinwies, dass im Rat möglicherweise der eine oder andere Bappeli mit Doppelmodul sitze, der sofort in Genf, Zürich oder weiß ich wo einen Arzt für den Schwangerschaftsabbruch auftreiben würde, wenn er ein Mädchen geschwängert hätte. Da habe ich die Antwort sozusagen vorweggenommen.

Als Frau hätte ich das Bedürfnis, diese Struktur aufzubrechen: Auch die Emotionslaut – oft unter einem Männchen von Sachlichkeit versteckt – der andern aufzudecken.

D. M.: Emotional ist ja gar nicht negativ. Emotional im Sinn von subjektiv ist das Ehrlichste.



Fotos: Gertrud Vogler

Die Politik der kleinen Schritte

Haben Sie das Gefühl, durch die (schwarze) Präsenz der Frauen im Parlament konnte bisher etwas erreicht werden?

D. M.: Ich glaube, fast jede Frau im Rat schaut bei allen «ihren» Geschäften – sei das jetzt Sozialpolitik, Energie, Aussenpolitik oder was auch immer: Was bringt das den Frauen, wie müsste man den Frauenstandpunkt einbringen? Man muss einfach präsent sein und sich getrauen, sofort aufzutreten. Und ich muss sagen, manchmal wird man so müde, die drei Wochen Session, die Sitzungen und Besprechungen drumherum sind so anstrengend. Da lassen wir manchmal etwas schlittern, wo wir Frauen uns eigentlich wehren müssten.

Melden sich eigentlich die 10% Frauen im Rat überdurchschnittlich viel?

D. M.: Jeder Rat hat sein eigenes Klima: im Nationalrat zum Beispiel – ganz im Gegensatz zum Zürcher Gemeinderat – kaum Zwischenrufe, und ausserdem wird es als anständig angesehen, nicht mehr als drei-, viermal pro Session das Wort zu ergreifen. Sonst verheizt man leicht.

In der parlamentarischen Arbeit haben sich die Formen offenbar sehr stark eingespist.

D. M.: Ja, wie gesagt, im Hinblick auf das Thema: So soll ich die wertvolle Zeit, die man zur Verfügung hat, um ein Thema an die Leute zu bringen, vergeuden für persönliches Geplänkel?

U. M.: Ganz konkret: Ich bin in der Kommission Umweltschutzgesetz. Dort kennt man die Leute. Man weiss, warum wer welche Argumente bringt, welche Interessen dahinterstecken. Wir könnten uns da pausenlos einschliessen, etwa auf die besonders reaktorial Argumentierenden. Aber das wäre eine völlig hoffnungslose Situation. Wir würden einen Tag lang anbrüllen. Zu dem, was wir da erledigen sollten, käme gar nichts

mehr. Man kann die politische Arbeit einfach nicht so machen.

Wie läuft es denn? Reagieren beide Seiten so «nobels»? Stecken beide Seiten ihre Interessen ein Stück weit zurück und kommen so näher an die Sache?

U. M.: Ich komme einfach von einer ganz andern Seite her, versuche etwas ganz anderes zu vertreten. Was wir in einer solchen Kommission leisten können: versuchen herauszufinden, wo ist die minimale Stufe, auf der wir noch

einfach nicht mehr gehen müssen.

«Wenn man nicht eine gewisse politische Substanz hinter sich hat, bringt man nie etwas durch.» (Ursula Mauch)

etwas durchbringen können, was dem entgegenläuft, was die andern wollen.

D. M.: Immerhin kann man ja auch einmal antreten. Ich habe zum Beispiel in der Kommission für Konsumentenschutz mitgemacht. Da war einer, der hat dauernd die Tabakindustrie vertreten und sich mit Händen und Füssen gemacht. Sonderlich darum: Gibt es Möglichkeiten, wo man sich treffen kann, um den genteidigen Kommissar herauszufinden? Das ist die Bedeutung von Politik: dass man sich zusammensetzt und den kleinen Schritt findet, der in eine bestimmte Richtung geht. Und wenn alle gemerkt haben, dass es gar nicht so schlimm ist, geht man vielleicht noch einen Schritt weiter.

U. M.: Es ist irgendwie sehr unbefriedigend. Die grösstmögliche Unbefriedigung ist eigentlich das Resultat, weil jeder anderer etwas darüber möchte.

D. M.: Ich habe in Marokko viel gelernt für den Nationalrat: die ganze Tepichhändlertaktik. Man schreit für mehr, als man eigentlich meint und weiss: der andere schreit auf seine Art, und dann trifft man sich, wenn man Glück hat, in der Mitte. Meistens hat man nicht mal Glück.

D. M.: Man kommt nicht näher zusammen, man handelt etwas aus. Manchmal ist man geschickter, manchmal wird man ausgetrickst.

U. M.: Und diskutieren natürlich. Das ist eine Möglichkeit, es zu versuchen.

D. M.: Und das mit dem Gegner ist auch nicht schwarz-weiss zu sehen. Wer bei einer Sache sehr stur sein kann, zeigt sich woanders recht flexibel.

U. M.: Es lassen sich viele nicht zum vornherein festlegen.

Die Meinungsbildung auf rationaler Ebene läuft also?

U. M.: Mehr oder weniger.

D. M.: Jedenfalls mehr, als wenn man sich «Schlötterig» an den Kopf würt.

Wenn man eine Session lang das Eherecht diskutiert, gibt es dann am Schluss ein anderes Stimmenverhältnis?

D. M./U. M.: Nein.

D. M.: Aber es gibt immer wieder Überraschungen...

U. M. . . komische Koalitionen.

D. M.: Es geht ja nicht nur um die Meinungen, die unter Umständen schon gemacht sind. Sonderlich darum: Gibt es Möglichkeiten, wo man sich treffen kann, um den genteidigen Kommissar herauszufinden? Das ist die Bedeutung von Politik: dass man sich zusammensetzt und den kleinen Schritt findet, der in eine bestimmte Richtung geht. Und wenn alle gemerkt haben, dass es gar nicht so schlimm ist, geht man vielleicht noch einen Schritt weiter.

U. M.: Es ist irgendwie sehr unbefriedigend. Die grösstmögliche Unbefriedigung ist eigentlich das Resultat, weil jeder anderer etwas darüber möchte.

D. M.: Ich habe in Marokko viel gelernt für den Nationalrat: die ganze Tepichhändlertaktik. Man schreit für mehr, als man eigentlich meint und weiss: der andere schreit auf seine Art, und dann trifft man sich, wenn man Glück hat, in der Mitte. Meistens hat man nicht mal Glück.

«Kämpfen tut sie bestimmt»

Die Frauen hinter den Parlamentarierinnen sind keine organisierte Lobby.

D. M.: Drauf kommt es nicht an, sondern auf die Aktivitäten. Trotzdem: die Frauen mit ihrem 10%-Anteil sind in der Politik krass untervertreten. Da müsste doch was unternommen werden.

D. M.: Ja, was hat man in andern Ländern unternommen, in denen das Frauenstimmrecht schon viel länger eingeführt ist? Irgendwie geht es uns sogar noch besser. In andern Ländern waren einmal mehr Frauen in der Politik, und dann haben die Zahlen abgenommen. Das Frauenstimmrecht ist dort von den Regierungen, den Parlamenten dekretiert worden. Bei uns hat knapp die Hälfte der Bevölkerung mehrheitlich dem Frauenstimmrecht zugestimmt. Darum wächst die Beteiligung der Frauen auch langsam, aber stetig an.

U. M.: Bei uns im Aargau haben wir seit den letzten Wahlen 14% Frauen im Parlament. Die Frauen haben sehr oft Frauen gewählt. Aber sie lassen sich auch weniger portieren. Neun von zehn Frauen behaupten, das kann ich nicht.

D. M.: Diese verdammte Demutsgeiste! Es ist ja eigentlich nichts anderes.

«Als Frau muss ich viel mehr Dinge erarbeiten. Das ist einfach so.» (Doris Morf)

U. M.: Von einem Mann habe ich noch nie gehört, dass ich nicht fähig bin. Das gibt es einfach nicht, einen Mann, der zu irgend etwas nicht fähig ist.

D. M.: Wir hatten einmal die Hälfte des Vorstands Frauen. Da haben wir wieder die Demutsgeiste gemacht: einen Mann genommen, obwohl wir eine Frau hätten wählen können. Wir haben gefunden, es könnte uns das Klima im Vorstand vermiesen, wenn wir sowieso gehen. Dann machen bestimmte Leute nicht mehr mit, sagen, wir hätten eine Weiberherrschaft. Diese Leute waren noch nicht reif dazu, auch die Frauen nicht. Da haben wir über die eigene Nasen spitze hinausdenken müssen.

U. M.: Dass es so wenige Frauen gibt, liegt vermutlich auch an den Parteien selbst. Dort denkt man kaum anders als im breiten Volk. Wenn es darum geht, Leute zu suchen für höhere Positionen, denken die dafür Zuständigen automatisch an Männer.

D. M.: Hingegen wenn es eine heile politische Situation ist und man weiß, da liegt nichts drin, da nimmt man gern Frauen. «Vielleicht eine Frau», das ist dann immer so das letzte Zaubermittel. Auch heute noch?

D. M.: Ja, bei heiklen Themen: wenn ein Mann, der Karriere machen will, weiß, nach dieser Sache legen sie ihm alle Knüppel in den Weg, und er deshalb nicht so gern einsteigt. Im allgemeinen ist man dann ganz froh, wenn man eine Frau schicken kann. Kämpfen tut sie bestimmt. Aber nachher ist sie verheizt.

Die heute 21 Frauen im Parlament, wenigstens was die anstehenden Fragen wie Föderalisierung der Fristenlösung, Eherecht, gleiche Rechte für Mann und Frau angeht, eine mehr oder weniger homogene Gruppe?

D. M.: Es kommt ganz drauf an. Bei einigen Themen können wir gut zusammenarbeiten, bei andern nicht. Und wenn es ums Finanzielle geht, da jammern viele wegen der Kosten, und ich sage: Geld ist genug da, man muss nur Prioritäten setzen. Zum Beispiel beim Bericht über die gleichen Löhne für gleiche Arbeit und bei der Krankenkassengleichheit, beim Mutterschutz, da sind bürgerliche Frauen abgesprungen, sobald sich Kosten abzeichnen.

Die Frauen im Parlament sind also sehr stark an ihre Partner, die Männer in ihren Parteien gebunden, auch in solchen Fragen, von denen man annehmen könnte, es gebe etwas wie Fraueninteressen?

D. M.: Ich kenne alte Frauenrechtlerinnen, die sich manchmal komisch vorkommen, weil es so anders läuft, als sie es sich vorgestellt haben. Dass sie da dauernd von ihren Männern zurückgepfiffen werden – und die sich auch rückgepfiffen lassen.

U. M.: Ja, und viele Frauen, die da dabei sind, leben in einer ziemlich heilen Welt. Ich eigentlich auch. Aber die identifizieren sich dann nicht gross mit irgendwelchen Minderheiten oder Frauen, die wirklich Probleme haben.

D. M.: Mich hat die Politik in dem Versuch bestärkt, auf eigenen Beinen zu stehen. Ich hab' mir gedacht, ich kann nicht immer am Abend grosse Reden schwingen, ich muss mir selber wieder glaubwürdig sein. Das muss ja nicht immer so laufen. Aber eine gewisse Phantasie, Kontakt auch zu anders lebenden Frauen, braucht es schon.

Gummiknöppelschlag führte zu Gehirnblutung

Ein Stück Schädel im Bauch

Von Nicolas Lindt

Am 4. September 1980 erhielt der 27jährige Max einen Schlag auf den Kopf. Es war der Tag, als das Zürcher AJZ zum erstenmal geschlossen wurde. Als Max sich in der Nähe des AJZ aufhielt, wurde er von Polizisten angegriffen und mit dem Gummiknöppel geschlagen. Die ärztliche Diagnose stellte Gehirnblutung fest. Max musste zweimal operiert werden und war seit dem letzten Oktober arbeitsunfähig. Trotzdem bekam er von der Suva bisher keinen Rappen Unterstützung. Max ist seit bald sieben Monaten auf die finanzielle Unterstützung durch seine Freundin angewiesen.

4. September 1980. Die Nachricht von der polizeilichen Räumung des AJZ verbreitete sich rasch, und gegen Abend strömten immer mehr Leute Richtung Limmatstrasse, wo inzwischen starke Polizeikräfte aufmarschiert sind. Auch Max fährt nach der Arbeit zum AJZ. Er weiß nichts Genaueres und glaubt, es sei noch offen. In der Nähe des AJZ kommt Max mit spanischen Arbeitern einer Früchtehandlung ins Gespräch. Plötzlich taucht ein Trupp Grenadiere auf, zwei Polizisten stürzen auf Max los, und einer schlägt zu. Max fällt zu Boden, die Polizisten lassen ihn liegen, marschieren weiter. Einer der spanischen Arbeiter hat es genau gesehen.

Was dann geschah, weiß Max nicht mehr; jedenfalls kam er nach einer Weile zurück, in die Wohnung im Kreis 4, die er zusammen mit seiner Freundin Kathrin bewohnt. Er klagt über grausames Grindweh, und am nächsten Tag geht er nicht arbeiten. Das Grindweh ist hartnäckig, schliesslich lässt sich Max von einem Arzt krankschreiben und be-

kommt Schmerzmittel. Kathrin: «Er hat dann aber nichts mehr von Kopfweh gesagt, und später ging er auch wieder zur Arbeit.» Max war zu jener Zeit als Hilfsmechaniker beschäftigt.

Operation im letzten Moment

Einen Monat später, am 5. Oktober, plötzlich rassende Kopfschmerzen und Übelkeit. Kathrin kommt um zehn Uhr abends nach Hause, realisiert, dass Max nicht mehr gehen kann und völlig weg ist. Er sucht zum Beispiel seine Socken, obwohl er sie anhat. Kathrin bekommt Angst und telefoniert dem Notfallarzt. Verdacht auf Gehirnblutung stellt der Arzt fest und veranlasst die sofortige Einweisung ins Kanti. Dort wird der Verdacht zur Gewissheit: Max hat eine Gehirnblutung zwischen Schädeldecke und Hirnhaut. Sofort operieren. Der behandelnde Arzt sagt, es war höchste Zeit für die Operation. Wäre Kathrin später heimgekommen, hätte ihr Freund wahrscheinlich schon nicht mehr gelebt. Bei Gehirnoperationen weiß man nie, wie sie ausgehen, sagt der Arzt noch zu Kathrin, bevor sie das Spital verlässt.

Die Operation dauert sieben Stunden, bis vier Uhr morgens. Die Ärzte haben Max ein Stück Schädeldecke entfernt, denn der Schlag mit dem Gummiknöppel hatte eine Quetschung zur Folge; die verletzte Stelle schwoll dadurch an und drückte gegen die Schädeldecke. Also musste ein Teil der Schädeldecke entfernt werden, damit die verletzte Stelle darunter heilen konnte. Das Stück Schädel wurde – bis zur zweiten Operation – in den Bauch von Max eingenäht und so «aufbewahrt».

Nach zehn Tagen wird Max aus dem Kanti entlassen. Alle wundern sich, wie schnell er sich von der Operation erholt. Aber natürlich ist er nicht arbeitsfähig und muss sich schonen bis zur zweiten Operation. Am Tag nach seiner Entlassung steht bereits morgens um sechs Uhr der Suva-Vertreter vor der Tür, um die Sache abzuklären. Aber auf Unterstützungs geld von der Suva warten Max und Kathrin vergebens. Max wird zu einem «Fall» und gerät in die Mühlen der Suva-Bürokratie. Es sieht so aus, dass Max für die ganzen Operationskosten – mehrere zehntausend Franken – und für seinen Lebensunterhalt trotz Arbeitsunfähigkeit selber aufkommen muss. Die Eltern von Max sind pensioniert und können ihrem Sohn nicht mehr als 200 Franken pro Monat geben. Max ist voll

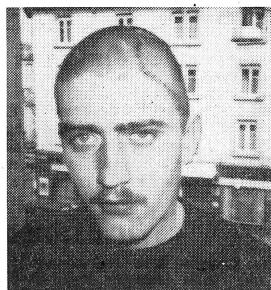
auf die finanzielle Unterstützung seiner Freundin angewiesen.

Das Stutzenproblem belastet die Beziehung

Bisher haben Kathrin und Max manchmal mit Jobben abgewechselt, jetzt muss Kathrin ständig für beide arbeiten. Dabei wollte sie im Winter in den Süden. Ende Oktober wären sie abgereist... Kathrin: «Es wurde beschissen vom Punkt an, wo ich kein Ende mehr sah. Ich wusste nicht, wie die zweite Operation ausgeht und wann Max wieder verdienken kann.» Dass Max von Kathrin finanziell so abhängig ist, belastet natürlich die Beziehung der beiden. «Krise ist noch gelinde ausgedrückt», meint Kathrin, «Max fühlte sich häufig erschöpft und kaputt. Er war sehr darauf angewiesen, dass ich möglichst viel bei ihm war. Seine Abhängigkeit von mir führte dann zu Spannungen zwischen uns.»

Max und Kathrin sind nicht ganz allein, sie haben Freude im Kreis 4, auf die sie zählen können, wenn's drauf ankommt. «Als Max noch im Spital war, musste ich einmal längere Zeit dort warten», erzählt Kathrin. «Plötzlich hielt ich es nicht mehr aus in diesen weissen, sterilen Spitalkorridoren. Ich hätte am liebsten losgeschrien. Ich telefonierte den Leuten von einer WG, die ich kenne, und nach kurzer Zeit kamen zwei von ihnen zu mir ins Spital. Max und ich konnten auch jederzeit zu ihnen nach Hause gehen. Das war für uns sehr wichtig in den letzten Monaten.»

Die zweite Operation war ursprünglich auf den Januar angesetzt, aber da der zuständige Arzt wechselte, wurde sie auf den März verschoben. Vor einigen Wochen nun ist Max operiert worden. Das Schädelstück im Bauch war inzwischen gewachsen und musste zuerst zurechtgeschnitten werden, bis es wieder in die Schädeldecke hineinpasste. Diesmal dauerte die Operation eine Stunde. Nach Aussage des Arztes war sie erfolgreich. Aber wie das Gehirn langfristig darauf reagiere, lässt sich nicht voraussagen. Vorläufig ist Max noch arbeitsunfähig. Kathrin müsste also nach wie vor voll für ihn aufkommen. So kann das nicht weitergehen. Die beiden sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen, und zwar sofort.



Max, nach der zweiten Operation

Die Suva soll zahlen!

Um sich vor der Leistungspflicht zu drücken, kann sich die Suva auf die Bestimmungen des KUVG (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) berufen. Zitat aus der Broschüre «Die Suva – Ihre Partnerin»: «Die Versicherung gegen ausserbetriebliche Unfälle fällt aus nachliegenden Gründen dahin, wenn der Versicherte sich gewissen aussergewöhnlichen Gefahren aussetzt. Das sind (...) die Teilnahme und die beabsichtigte Anwesenheit bei Unruhen oder an Versammlungen, die von der zuständigen Behörde verboten werden sind (...).» Ein Suva-Beamter erklärte: «Auch wenn der Betroffene als Gaffer an einer unbewilligten Demonstration teilnahm, kann er nicht mit Suva-Leistungen rechnen. Leistungspflicht besteht nur, wenn der Betroffene unbeabsichtigt in eine unbewilligte Demonstration hineingeraten ist, zum Beispiel, wenn er mit dem Auto durchfahren wollte.»

Als die Suva im Fall von Max nicht zahlen wollte, stellte der Anwalt von Max im Januar einen formellen Antrag. Darin heisst es: «M. beabsichtigte ins AJZ zu gehen. Kenntnis davon, dass es am gleichen Tag auf befördlicher Anordnung geschlossen wurde, hatte er nicht.» Die Suva Zürich gab Ende März (sechs Monate nach der ersten Operation!) den Fall an den Suva-Hauptsitz in Luzern weiter. Dort wird der Fall zurzeit abgeklärt, wie es so schön heisst. Der Suva-Beamte zum «konzept»: «Wir lehnen Leistungen nicht gern ab, wir zahlen lieber aus...» Wirklich??

Zur erweiterten Neufassung des Buches von Holger Strohm

«Friedlich in die Katastrophe»

Heinz Brandt, Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat die Formeln des (deutschen) Imperialismus festgehalten: «Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser» (in der Flottenrüstung zur Sicherung)

Daraus resultiert eine besorgniserregende Anreicherung von künstlich erzeugten radioaktiven Substanzen, die ständig zunimmt. Viele Untersuchungen belegen darüber, dass diese Substanzen durch zässliche biologische Anreicherung in der Nahrungsquelle und schliesslich je nach Isotop in bestimmten Organen des Menschen konzentriert werden.

• Die Antwort der Atomindustrie auf diese atomaren Lecks ist die Forderung nach Herabsetzung der erlaubten Emissionswerte, speziell für den Betrieb des schnellen Brüters und der Wiederaufbereitungsanlagen. Sie hat diese Forderung in Dutzenden von Bewilligungsverfahren für AKW-Projekte – immer mit dem Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit – auch durchgesetzt.

• Die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls von katastrophalem Ausmass – etwa die Freisetzung von 20 bis 30 Prozent des radioaktiven Inventars eines grossen Reaktors durch das Verschmelzen des Reaktorkerns (man erinnert sich an Harrisburg) – ist völlig unbekannt. Diesbezügliche Hypothesen beruhen auf Annahmen, die durch das Ausbleiben bzw. Eintreten solcher Unfälle erst empirisch getestet werden müssten.

• Die offiziellen Katastrophenpläne haben schlüssig mit den zu erwartenden Auswirkungen nichts zu tun, sie gehören ins Gebiet der «Public Relations», die darin vorgesehenen Massnahmen sind einfach undurchführbar. Nach Geheimplänen der deutschen Bundesregierung sollen atomar verunreinigte Gebiete militärisch absperren werden, die darin eingeschlossene verstrahlte Bevölkerung soll an der Flucht gehindert werden. Entsprechende Vorkehrungen wurden in Nato-Manövern bereits erprobt!

Die hier summarisch geschilderten Sachverhalte vermögen kaum die Dimension des atomaren Abenteuers anzudeuten, das Strohm auf über 1500 engbedruckten Seiten bis ins letzte Detail schildert.

Das Buch von Holger Strohm ist im freien Buchhandel vorrätig nicht erhältlich. Es kann aber bestellt werden bei AGZ, Postfach 2018, 8023 Zürich. Es kostet 20 Franken.

Politklima in der BRD

Wann geht Schmidt zur CDU?

Wird Helmut Schmidt im Jahr Orwells als Spitzenkandidat der CDU eine weitere Amtsperiode als deutscher Bundeskanzler anstreben? Wer seit der letzten Bundestagswahl gewisse Bewegungen in der Parteienslandschaft aufmerksam verfolgte, kann diese Frage nicht nur als absurdem Witze begreifen. Er wird Schmidts Chancen als CDU-Kanzler aber vorsichtig einschätzen müssen, weil dieser Kandidat für viele in der jüngeren Generation der bürgerlichen Christenpartei zu unbeweglich-konservativ ist, ein phantasieloser Pragmatiker, dem das Geschäft der Machterhaltung vor der Beschäftigung mit unkonventionellen Ideen steht. – Das Parteispektrum in der BRD ist nicht mehr zuverlässig abzustecken und einzurunden.

Im wesentlichen liegt das daran, dass neue Kategorien des politischen Denkens aufgetaucht sind, für die man die Kriterien nicht ohne weiteres im alten Links-rechts-Schema findet und für die Verhaltensregeln auch noch nicht in Parteiprogrammen festgeschrieben sind.

Über die Frage etwa nach dem Sinn des unendlichen Wachstumsstrebs gibt es verschiedene Antworten oder wenigstens Mutmassungen in allen Parteien;

das steigende Bruttonsozialprodukt ist bei den Gewerkschaften die heiligste Kuh als bei manchem Vertreter der Kapitalinteressen; Ziele der internationalen Solidarität werden bei der «Linken» schnell unpopulär, wenn die «Rechte» mit dem Gespenst gefährdet Arbeitsplätze operieren; Sorgen um die Endlichkeit der globalen Ressourcen werden überall diskutiert.

Insgesamt bei den moralischen Qualitäten politischer Vorgänge gibt es Brüche quer durch die Parteien. Da ist zum Beispiel der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz

Hansen, der die Politik seines Bundeskanzlers in Sachen Rüstung und Waffen ausführ als Schweinerei bezeichnet und dafür vom Establishment der Partei fürchterliche Prügel bezieht, und auf der andern Seite gibt es den einflussreichen Fernsehmann Franz Alt (Report, Baden-Baden), der als CDU-Mitglied die gleiche Position wie Hansen bezieht, dann aber noch hinzufügt, wenn seine als christlich deklarierte Partei gegen diese Politik Schmidts nicht Front mache, stehe man vor einem Abgrund von Heuchelei. Wie wirkt so etwas auf der (angeblichen) Gegenseite? Der Sozialdemokrat Emil Obermann moksiert sich achselzuckend über seinen Berufskollegen Alt: «Er ist eben ein Ethiker!» An solchen Kleinigkeiten wird deutlich, wo und wie sich die Geister scheiden.

Es geht da nicht mehr nur um die albekannten Flügelkämpfe, es ist eine Auseinandersetzung um wesentliche geistige Inhalte der politischen Arbeit im Gang, um Entscheidungen auch, die weit über das bundesdeutsche Tagesgeschehen hinausreichen. Die rüde Art, mit der die neue amerikanische Regierung der BRD ihre Vasallenlen vor Augen führt und entsprechenden Gehorsam fordert, ist eine Herausforderung, auf die man keine Antwort im Partiebuch findet. Die Taktik der Politiker verliert da schnell den Kontakt zur Basis. Wenn Schmidt und Genscher sich beim Wettkampf um die Macht aus zweiter Hand gegenseitig in Unterwerfungsgebäuden vor dem Sheriff in Washington übertrifft, geben sie nicht nur politische Wertvorstellungen preis, sondern vergessen auch jede Rücksicht auf deutsche Selbstverteidigung. Anders Wiley Brandt. Er erkenn bei seinem Wunsch nach einem stärkeren Europa bereits die Gefahren des amerikanischen Fahrwassers, aber bevor ihm

Schmidt und Apel folgen werden, kann er mit der Unterstützung aus andern Parteigängern rechnen. Und bei der Gefolgschaft für Reagan geht es nicht mehr um Nuancen, sondern um die politische Gretchenfrage schlechthin.

Zwar stehen dort, wo die grossen bundesdeutschen Parteien verwaltet werden, noch verwirrte Pfeiler traditioneller Prinzipien, aber zwischen diesen Pfeilern sind Gedanken denkbar geworden, die rundum Irritationen auslösen und überall den Konsemp der Entscheidungsnot vor den meisten Zukunftsfragen. Helmut Schmidt und Erhard Eppler verkörpern eine Partei, aber gleichzeitig zwei Welten des Denkens, die Folge davon könnten eigentlich nur die Trennung sein. Oder das ehrliche Eingeständnis, dass die Partei ein Karrierenverein ohne politische Inhalte ist.

Der Schweizer Hans A. Pestalozzi, der Schrecken der Zürichsee-Goldküste, in der BRD kürzlich durch einen Fernsehfilm bekannt geworden, wird am 11. Mai nach Bonn reisen, um mit Bundestagsabgeordneten über Hintergründe der Jugendrebellion zu sprechen. Die Einladung dazu ging nicht von Judos und nicht von Jusos aus, sondern von der CDU/CSU-Fraktion. Aus diesem erstaunlichen Vorgang kann man zynisch schlussen, dass nun auch alternative Gedankenspiele folgenlos konsumierbar geworden sind. Der Vorgang zeigt aber auch, wie sich die Sozialdemokratie in der konsequenten Fortführung ihrer historischen Rolle als korrumptbare Aufsteigerpartei die Auseinandersetzung um heiße Fragen aus der Hand nehmen lassen. Man könnte auf die Jugendkrawalle nicht einfach mit Polizei-einsätzen reagieren, ohne nach den Ursprüngen zu forschen, sagte Helmut Kohl. Dem andern Helmut wird die Angst vor der linken Etikette eine solche Einsicht vielleicht demnächst verschlies-

sen. Roman Brodmann

nung der deutschen Kolonien, hiess sie im Kaiserreich; «Volk ohne Raum» im Dritten Reich. Dem entspricht heute: «Volk ohne Energie», bezogen auf die politische Ökonomie im Weltmaßstab.

Liefern soll diese Energie, nach dem Willen der transnationalen Energieproduzenten, die «friedliche Nutzung der Kernenergie». Vorzustellen als Uranabbau, Stromproduktion aus Reaktoren, schnelle Brüter mit eingeschlossen, Wiederaufbereitung und Atommüllendlager. Die Erfahrungen mit dieser Art von Energieproduktion sind nach Strohms Buch katastrophal:

• Durch die Nutzung der Atomenergie sind Tausende von Menschen getötet worden zu Schaden gekommen; die Zahl erhöht sich drastisch, wenn man die Wirkungen der Atombombentests mit einbezieht. Tausende von Menschen, Bergarbeiter, Personal in Atomlagen, darunter die für kurze Zeit angeheuerten Legenheitsarbeiter, welche mit hochradioaktivem Material umgehen müssen und dabei einer erheblichen Strahlenbelastung ausgesetzt sind, Menschen in der Umgebung von Atomlagen, haben heute Strahlendosen abbekommen oder inkorporiert, die in vielen Fällen mit Sicherheit zu Krebskrankheiten und Schäden am Erbgut führen werden.

• Die als «tolerierbar» bezeichneten Strahlenswerte (im Fachjargon sogenannte vernachlässigbare Wahrcheinlichkeit von schädlichen Wirkungen) mussten in den letzten fünfzig Jahren schrittweise herabgesetzt werden. Heute steht fest, dass keine Toleranzschwelle für radioaktive Bestrahlung existiert. Läufend treten neue, bisher nicht berücksichtigte Wirkungen geringerer Strahlendosen zutage: besondere Gefährdung der Föten, Herabsetzung der Abwehrkräfte gegen Krankheiten, Gehirnschäden.

• Der atomare «Kreislauf» leckt überall, auch dort, wo dies gar nicht denkbar ist. Das Buch von Holger Strohm ist im freien Buchhandel vorrätig nicht erhältlich. Es kann aber bestellt werden bei AGZ, Postfach 2018, 8023 Zürich. Es kostet 20 Franken.

Zürcher AJZ nach neuem Krawall wiedereröffnet

Frühlingserwachen in der Grossstadt

Von Nicolas Lindt

In Zürich hat alles begonnen. Inzwischen sind in Basel, Bern und St. Gallen Autonome Jugendzentren eröffnet worden – nur die Türen des Zürcher AJZ blieben verbarrikadiert. Doch die Ereignisse in dieser Stadt überstürzten sich wieder einmal. Der Frühlingsbeginn brachte eine Konfrontation von Frieden und Gewalt, einen Ausbruch von Gefühlen und Aggressionen, wie sie nur in einer kaputten Grossstadt möglich sind.

Der Frühling erwachte schon am Donnerstagabend, als noch vor dem AJZ das Schigu besetzt wurde – völlig überraschend für die meisten von uns. Das Schindlergut, eine alte Villa mit Park, mitten in der Stadt gelegen, war 1978 zwei Wochen lang Autonomes Jugendzentrum. Mit Polizeigewalt setzten damals die Behörden dem Auflaufen der Autonomie ein rasches Ende. Aus dem Schigu wurde eine Jugend-Freizeitstätte mit Öffnungszeiten, Betreuung und al-

ben: Hopp, schon steht er draussen im Hof, die Räder in der Luft, die «Mitenand»-Initiative am Boden verstreut ...

Nicht alle beteiligen sich an der Befreiungsaktion, viele schauen nur zu. Aber nur wenige entsetzen sich. Auch für mich stimmt, was du vor sich gehst, es entspricht der Stimmung, die in der Luft liegt. *Grossstadt-Feelings* ... Vorbei mit der Biederkeit, Anständigkeit, Kompromissbereitschaft, Durchschnittlichkeit. Alles total, radikal, extrem. Am Boden sitzt ein Punk, vor ihm eine Punk-Frau. Mit der Schere schnippst du ihr noch die letzten Haare vom Kopf. Vorne am Eingang entsteht eine Schlägerei. Jemand blutet. Plötzlich Betroffenheit, einige Sekunden lang. Weiter. Irgendwer hat es geschafft, das Büro aufzubrechen. Draussen im Hof zündeln schon die Flammen. Die Bürokratie fängt Feuer. Ab 23 Uhr ist das Schigu offiziell geschlossen. Es ist kurz vor Mitternacht. Die lange Nacht im Schigu dauert noch bis zum frühen Morgen.

Ueli Haldimann, 68er Linker und Journalist, schreibt am Samstag im *Tages-Anzeiger*, dass die Besetzung des Schigu «in unsinnige Zerstörungen ausartete». Unsinnig? – Zerstörung kann sehr sinnvoll sein, sinnvoll im Sinne von sinnlich. Zerstörung kann Befreiung bedeuten, Befreiung der Gefühle, die in dieser Stadt unterdrückt werden – das manchmal explosionsartig an die Oberfläche dringen, nach Luft schnappen, wild um sich schlagen. Unbegreiflich für die Verunstigten, solange sie nicht mißtuhlen. Am nächsten Morgen wird im Schigu aufgeräumt, am Mittag gibt es für alle Nudeli mit Champignonsause.

Psychologie und Gewalt

Samstagmittag, Zürcher City. Polizeiwagen fahren durch die Strassen, mit Transparenten: «*Demo ja, Lämpe kei, Chaos nei*». Junge Polizeispiranten in Zivil verteilen am Bellevue Flugblätter an die Demonstranten, die sich dort bessammeln. Die Polizei ruft zu einer friedlichen Demo auf. Die Idee stammt von der Info-Stelle der Kontonspolizei. *Pressegesprecher Leiser*: «Ich mache schon 10 Jahre PR, aber so etwas haben wir noch nie gemacht. Wir wollten mit unserer Aktion dem Vorwurf entgegentreten, die Polizei sei stur und unkreativ. Insgesamt verteilen wir 5000 Flugblätter, und wir hätten noch viel mehr verteilen können. Die Reaktion der Leute auf der Strasse war positiv. Ich sehe ein, dass Demos notwendig sind, aber sie müssen friedlich verlaufen. Mit unserem Aufru

eines Polizeipsychologen», der die Demo zum Weitergehen auffordert. Frühlingsanfang in Zürich: Psychologie statt Gewalt?

Die sanfte Stimme heisst *Bieler*, dipl. Psychologe, Chef der Ausbildung bei der Stadtpolizei. Als ich ihn später zu seiner Rolle an diesem Samstag befrage, weicht er aus. Er will sich offensichtlich innerhalb der Polizei nicht zu stark exponieren mit seiner Haltung. Es war das erste Mal, dass Bieler so direkt eingeschalten wurde, und er wolle sich dieses Vorgehen auch für ein nächstes Mal offenhalten, sagt er. Die Stunde der Tauben?

Friedliche, gelöste Stimmung kommt auf, wie schon lange nicht mehr. Alle strahlen sich an: Der Frühling hat gerade erst begonnen, und wir sind schon im AJZ. Der Verein *Frühlingsdemo* hat – mit Hilfe des Polizeipsychologen – erreicht, dass wir zwei Stunden im AJZ bleiben können. *André Eisenstein* vom Verein pro AJZ, der die Demo mitorganisierte: «Wir wollten dann verhandeln. Bieler, der Psychologe, nahm uns im Auto mit zur Einsatzzentrale der Polizei. Wir mussten vor dem Eingang warten, der ihr gerade in die Finger kommt. *Eike*: «Wir sind ins Tram gestiegen, aber

nen Nebenraum gebracht. Mehrere Polizisten stehen da, im Halbkreis, wie wenn sie mich erwartet hätten. Ich sehe Blut am Boden, und mir kommt der Typ in den Sinn, den sie kurz vorher ebenfalls von der Strasse weg verhaftet und in dieses Raum geschleppt haben. Nachher fuhr das Krankenauto vor. Ein Schmier nimmt mir die Brille ab. Sie schlagen auf mich los, beschimpfen mich, sicher zehn Minuten lang. Als ich am Boden liege, mich krümme vor Schmerz, sprayt mir ein Polizist Tränengasspray mittens in Gesicht. Ein Polizeioffizier steht daneben, schaut zu. «Und Sie dulden das», schreie ich ihn an. Er verzichtet kein Milie. Sie reissen mich hoch, schlagen weiter auf mich ein. Offenbar wissen sie, dass ich zum Verein Frühlingsdemo gehörte und die Demo mitorganisierte. Einer legt mir ein Elektrokabel um den Hals und zieht es langsam zusammen: «Das sollte man mit dir machen, genauso. Dann werde ich zum Verhaftungswagen geschleppt.»

Montagabend, Blitzdemo durch die City. Stürmender Regen. Kaum biegt der kleine Demo-Zug in die Bahnhofstrasse ein, rennen ein paar Leute los, an den Passanten vorbei, klirr klirr, die Bahnhofstrasse in Scherben. Wie ein Spuk, schon ist's vorbei. Weiter vorne fährt die Schmier ein, verhaftet jeden, der ihr gerade in die Finger kommt. *Eike*: «Wir sind ins Tram gestiegen, aber



Am Morgen nach dem «sinnlosen» Vandalenakt im Schigu: Der Tresor brannte am längsten

der Polizeivorstand, zu uns heraus, sichtlich gelöst und gut gelaunt. Lassen Sie doch das AJZ offen, sagten wir. Kommt nicht in Frage, antwortete Frick. Auf dem Rückweg, wieder im Polizeiauto, meinte der Fahrer: «Ich sage euch nur, die Leute bei uns sind total geladen. Ihr könnt euch auf einen massiven Einsatz gefasst machen, so massiv wie noch nie.»

18.15 Uhr. Die 2-Stunden-Frist ist abgelaufen. Schwank vom Radio 24 telefoniert mit Pressegesprecher Huber von der Stadtpolizei. *Huber*: «Das Hochbauinspektorat hat Klage wegen Haustiefenbruchs gestellt. Der Entscheid für einen Polizeieinsatz erfolgt auf Grund dieser Klage, es ist kein politischer Entscheid. Die Stadtareale werden deshalb nicht konsultiert.» In diesem Moment wird Zürich von der Einsatzzentrale der Polizei aus regiert.

18.20 Uhr: Aufmarsch der Truppen. Tränengaseinsatz. Fast 500 Mann im Einsatz. Zahlreiche Verhaftungen, sogar acht Sanitäter werden festgenommen. Flüchtende Demonstranten werden von Bürgerwachen oder von zivilen Schmier in Hinterhöfe gejagt, zusammengeschlagen. Später am Abend ziekt ein Polizist seine Pistole, zielt auf einen Demonstranten. Frühlingsanfang in Zürich. Die Polizeipsychologe kann nach Hause gehen, er wird auf diesem Wochenende nicht mehr gebraucht.

Blut am Boden und ausgeschlagene Zähne

Am *Sonntag* wird das AJZ erneut besetzt. Wieder bleibt alles ruhig. Ungutes Gefühl im Magen: Wann kommen sie wohl? Gegen Abend wird ein Feuer angezündet. Seltsame Stimmung. Wir stehen ums Feuer herum und wärmen uns, wie wenn wir die letzten Überlebenden dieser Stadt wären.

Am *Montagmorgen* gegen 9 Uhr kommen sie, machen sich wieder breit im AJZ, spannen Stacheldraht und warten auf Anweisungen. *Mariin*: «Am Nachmittag gehe ich beim AJZ vorbei, um zu sehen, was los ist. Ein paar Dutzend Leute stehen herum, ab und zu werden die Polizisten ausgebuht. Ich lese die Gummigeschosse auf, die noch am Boden liegen. Grenadiere, die vor dem AJZ patrouillieren, stürzen plötzlich auf mich los und zerren mich ins AJZ hinein: «Dich nehmen wir dran, du Steineschmeisser ...» Ich werde in einen klei-

kaum fahrt es los, wird es wieder gestoppt, Polizisten erscheinen, treiben alle jungen Leute hinaus. Wir müssen uns mit erhobenen Händen an eine Hauswand stellen. Alle werden verhaftet und zu den Verhaftungswagen gebracht. Nach 24 Stunden lassen sie mich wieder frei.»

Dienstagnacht nach Beizeinschluss, vor dem «Krokodil», einer Beiz, die als Treffpunkt der Bewegung gilt: Ein paar Leute stehen davor und schwatzen noch. Als ein Typ – nach Polizeiangaben – in der Nähe Autopneus aufschlägt, will ihn eine Schmierpatrouille verhaften. Die Leute aus dem «Krokodil» kommen ihm zu Hilfe. Die Polizisten fordern Verstärkung an. Innerhalb Minuten treffen mehrere Streifenwagen ein. Wie wenn die Polizei eine Falle gestellt hätte. Eine Treibjagd durch die nächtlichen Strassen beginnt, die Flüchtenden werden angefahren, zusammengeschlagen, von Polizeihunden gebissen ... Einige können entkommen, aber sieben werden verhaftet. Fast



Psychologie statt Gewalt?

alle sind verletzt. Einer jungen Frau werden mehrere Zähne ausgeschlagen, ihr Freund hat beide Arme gebrochen. Ein Kind ist allein zu Hause, weil die Eltern verhaftet sind und nicht mehr freigelassen werden. So ein Kind gehört später in ein Heim, sagt die Polizei nachher am Telefon. Nach acht Tagen werden die sieben Leute wieder aus der U-Haft entlassen. Alle haben ein Verfahren am Hals: Gewalt und Drohung gegen Beamte.

*

Am *1. April* bewilligt der Gemeinderat den Kredit für das AJZ. Schon am Tag darauf dürfen wir ungestraft den Boden des AJZ betreten. Das gleiche AJZ, aus dem wir wenige Tage vorher mit Tränengas hinausgejagt und hinausgeprügelt worden sind. So begann der Frühling in Zürich.

•TIP •TIP •TIP•

Literatur-Zensur

«Mit bestem Dank zurück», dieser freundlichen Floskel geht die Nummer 50 der Literaturzeitschrift *drehpunkt* nach. Sie ist alltäglich, diese Redewendung, wo mit dem Drücken von Geschriebinem geschäftet wird. *drehpunkt* suchte die Systematik: Zensur, politisch motivierte Zensur. Sie fand denn auch Beispiele dafür: Interview mit Reto Häny über den Text, der im *Tages-Anzeiger-Magazin* nicht erscheinen durfte. Das Schweigen der Presse über die Bücher Otto Steigers, weil dieser ein Linker ist (vgl. seinen neuesten Roman *«Spurlos vorhanden»*, Eco-Verlag, 1980). Sie fanden weitere, weichere Formen der Zensur, die sich hinter den «Zu lang», «Zu anspruchsvoll», «Passt nicht in unser Programm»-Argumenten verbirgt. Da wird's schwieriger. Beispiele aus der Redaktkiste der *drehpunkt*: selbst zeigen jedoch, dass eine politisch motivierte Ablehnung offenbar durchaus auch Berechtigung haben kann – wenn sie von der *drehpunkt*-Redaktion herrührt.

drehpunkt, halbjährlich erscheinend, im Ab 15 Franken, Einzelnummer 5 Franken, Postfach 3559, 4002 Basel.

Literaturzeitschrift «orte»

Die Nummer 32 der Literaturzeitschrift *«orte»* bringt einen Aufsatz des Zürcher Dramaturgen und Poeten *Claus Bremer*: eine Absage an die «konkrete Poesie», zu deren Vertretern er – mit anderen Schweizern wie Dieter Roth, Daniel Spoerri, Andre Thomkins – gehörte. Konkrete Poesie, für viele nur Spielerei mit Wörtern in bestimmten Anordnungen, war nach dem Zweiten Weltkrieg als lyrische Protestform gegen den Nationalsozialismus, gegen den Faschismus entstanden. Bald wurde jedoch diese Art des «nur noch Worte Schreibens» von der Grafik und Werbung vereinnahmt. Claus Bremer macht mit seinem Essay und vielen Beispielen seiner neuen Arbeiten deutlich, dass die Absage an die konkrete Poesie (die heute kaum mehr geschrieben wird und nur noch in Anthologien und schwer erhaltbaren Bänden zu finden ist) ein Abhängen vom plakativ, pop-artig vermittelten Inhalt zur komplexeren Aussage bedeutet. Im selben Heft ist ein Interview mit *Dora Koster* über ihre Schreib-Erfahrung und -absicht abgedruckt.

«orte», erscheint fünfmal jährlich. Abo 25 Franken, Einzelheit 5.20 Fr., Postfach 2028, 8033 Zürich.

Berner «Telefonzytg»

Nach Zürich soll nun auch in Bern eine «Telefonzytg» rasch Gegeninformation verbreiten. Im Provisorischen Autonomes Jugendzentrum, auch «Röschi-Zentrum» genannt, hat sich eine Arbeitsgruppe «Telefonzytg» gebildet, die das Projekt möglichst bald «ins Leben vor dem Tod rufen will». Zurzeit mangelt es aber noch an den nötigen Finanzen. Wer sich im Zeitalter von SRG-Monopol und Radio 24 regelmässig per Telefon informieren will, ist in Bern – außerhalb des Bundeshauses – so alles läuft, ist zur Unterstützung der Berner «Telefonzytg» aufgerufen.

Postfach 1348, Bern, PC-Konto 30-3707.

Bald ein Videonetz?

Die Möglichkeiten des Mediums Video werden in der Schweiz bis heute noch wenig ausgeschöpft. In den Videozentren stecken sich zwar interessante Produktionen, doch fehlt die nötige Infrastruktur, diese Bilder sinnvoll auszuwerten. Der *Videoladen Zürich* schlägt deshalb vor, ein Netz von Videospielstellen aufzubauen: Beteiligten sollen sich Kollektive, Freizeitanlagen, Kulturzentren, AJZ usw. dadurch könnten aktuelle Produktionen in kürzester Zeit an vielen Orten gezeigt werden. Diese Abspielstellen hätten die Möglichkeit, ein regelmässiges oder thematisch ausgerichtetes Programm zu zeigen, das sie selbst aus den bestehenden Videotheken zusammenstellen könnten. Die Leute vom Videoladen möchten auch das Projekt *«Monatschau»* diskutieren: Aktuelle Ereignisse im lokalen und regionalen Bereich – von Videogruppen dokumentiert – können an verschiedenen Abspielstellen vorgeführt werden.

Der *Videoladen Zürich* lädt alle Interessierten in einem Treffen ein: am Sonntag, 26. April 19 Uhr, im Filmkollektiv, Josefstrasse 106, 8005 Zürich (Infos bei: Videoladen, Tel. 01/241 77 90, täglich 13.30-18.30 Uhr).



Dem Zürcher Kantonsrat liegen Informationen vor, wonach die Polizei neuerdings einen Funkpelzwagen unterhält, um bei Demos und anderen Aktionen gegen allfällige Radiopiraten vorzugehen. Wieder einmal wissen die PTT von nichts, denn bis jetzt haben sie nichts gegen das rechtswidrige Einschalten der Polizei in den Aetherkrieg unternommen.

*

Die Polizei würde allzugeine die Besetzer vom «Schindlergut» verhaften, kann aber nicht. Noch weigert sich der Verein Jugendhaus Zürich (VJZ), Anzeige gegen die Besetzer einzureichen, ohne die eine Verhaftungsaktion nicht durchgeführt werden kann. Die Besitzer des «Schindlergutes», die Zürcher Stadtregierung, hat jetzt dem VJZ die Kündigung angedroht, falls er sich weiterhin weigert, Anzeige zu erstatte.

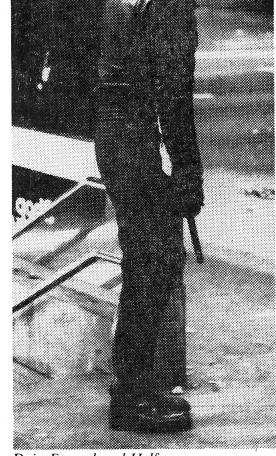


Foto: Michael Fries

Dein Freund und Helfer

Alternativen Konsumprogramm. Damit schlies das Kapitel Schigu erledigt. Aber nicht alle hatten die autonomen Tage in der ehrwürdigen Villa vergessen – und am 19. März 1981 wurde sie zum zweitenmal besetzt.

Die Auferstehung der Autonomie

Donnerstagabend, 22 Uhr. Alle Räume des Schigu hell erleuchtet, mehrere hundert Leute im Innern des Hauses, im Hof und im Garten. Die Polizei ist vorbeigekommen, hat sich aber wieder verzogen. Abwarten. Jemand ruft wieder ein Fest auf, noch jemand will lieber ein Fest



Die inoffizielle Wiedereröffnung am 21. März

machen. Aber nichts von dem kommt zu stande, denn das Schigu ist noch nicht zurückerobered, das ganze Haus ist noch erfüllt vom sterilen Geruch einer alternativen Freizeitanlage.

Dröhrende Punk-Sounds aus der wiederbelebten Diskothek. Der hinteren Sonnenschein, über 8000 Mitläufersinnen und Mitläufern auf der Strasse. Als der Demo-Zug die Limmatstrasse erreicht, wird das AJZ besetzt, als wäre es die selbstverständlichs Sach der Welt. Immer mehr Leute strömen hinein, können es noch gar nicht recht glauben: Nach der AJZ-Besetzung am 24. Dezember schlug die Polizei schon nach wenigen Minuten los – diesmal bleibt alles ruhig. Nur ein Wagen mit Lautsprechern fährt vorbei, daraus ertönt – laut «Tages-Anzeiger» – «die sanfte Stimme



Zürich

Schweigen der Frau

täglich 3/5/7/9 im Kino Commercio; Gertrud Pünkt's «Il valore della donna è il suo silenzio» (vgl. Interview mit der Regisseurin im «konzept» Nr. 2/81).



Improvise Musik

Im Kramhofsaal, Füssistr. 4: 18. Apr.: Erika Redamacher, Urs-Peter Schneider. 25. Apr.: Guerino Mazzola, Piano. 2. Mai: Pierre Favre, Pierre Imhasly, Perkussion/Text und Rezitation. 9. Mai: Musica Libera. Workshops jeweils 14.15 h; Konzerte 20.15 h. Info bei Nina's Jazz.

Jazz

So, 26. Apr. im Bazillus: Dewey Redman Quartet aus den USA. Teuer: 15 bis 20 Hämmer Eintritt.

Statt Sechselläuten

27. und 28. Apr. im Polyfoyer ETH: Feministische Multi-Media-Show aus der BRD: In der Beginning of the End – Geschichte der Verdrängung des Matriarchats. Anschliessend Fest. Nur für Frauen.

Baden: Theater

29. Apr., 15 h, in der Claque: «Keine Angst vor grossen Tieren». Figurentheater für Kinder und Groesse mit «Theaterra» aus Bochum.

1. Mai, 20.15 h, im Rest. «Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Thalwil: Jazz

So, 3. Mai, 20.30 h, im ref. Kirchgemeindehaus Thalwil: Charlie Haden, Jan Garbarek und Egberto Gismonti.

Sonstwo

Veltheim: Selbstverwaltung

So, 5. Apr., 14 h, im «Bären»: Mitgliederversammlung des Netzwerks für Selbstverwaltung.

Palazzo Liestal: Filmfest

Films and Sounds
Do, 16., Sa., 18., Mo., 20., Di., 21., jeweils 20.15 h: «Breaking Glass», von Brian Gibson. Gegenüberstellung der sozialen Zustände in England und der Reaktionen einer Musikgruppe.

Mi, 22., bis Mo, 27. Apr., jeweils 20.15 h: «Women in revolt» von Andy Warhol. Fr., 24. Apr. 20 h: Folk-Musik-Abend.

Palazzo Liestal: Konzerte

Sa, 18. Apr.: «TAL» – Jazz-Rock.
Sa, 25. Apr.: «Freiwillige Selbtkontrolle», New-Wave-Avantgarde aus der BRD.

Bern: Kellerkino

Kramgasse 26, Fr. und Sa Nocturnes um 22.30 h:

24./25. Apr., 1./2. Mai und 8./9. Mai: «Go West, Young Mans» von Urs Egger, Film über die Stadt Los Angeles.

20. Apr., 18.30 und 20.30 h: «Made in USA» von Godard.

27. Apr., 18.30 und 20.30 h: «One plus one» von Godard.

4. Mai, 18.30 und 20.30 h: «Bildnis einer Trinkerin» mit Tabea Böhme.

Bären: Veltheim:

mucho cultura
Sa, 25. Apr.: Puppenspielgruppe «Fabelland».

Do, 30. Apr.: Polenta Magica – Walpurgisnacht mit Musik von Frauen und Männern.

Fr., 1. Mai: Es Fascht mit Flying Eggs und Frostschutz.

Sa, 2. Mai: no es Fáscht mit Niederdorf-Rock-Ensemble.

Lucern: Country

3. Mai, ab 10 h, im «Widder»: Reed Bertolle spielt Gitarre, Banjo, Country, Blues und Ragtime.

Zug: Frülfitsch

15. bis 17. Mai am Alpenquai: Fest am See mit Musik, Theater, Äggchen und Spontantheit. Bei Regen eine Woche später.

Thurgau: Frülig

Thurgau: Frülig jeden 2. Freitag um 20 h im «Löwen». Sommeri: Treffen der Moscht-Indianer und sonstiger kritischer alternativer Thurauer.

Und nicht vergessen:

«Heraus zum 1. Mai»

Diesmal mit viel Äggchen und Bewegung und ohne verstaubte Reden.

Dic Folklore gehört auf den Mist und das Volk auf die Strasse.

Moreau

Noch bis 17. Mai, werktags 10-12 und 14-17 h, So 10-12 h in der Graphischen Sammlung der ETH: Clement Moreaus Holzschnitte «Nacht über Deutschland».

... und Umgebung

Rössli Stäfa: Rock und Literatur

Fr., 24. und Sa, 25. Apr., 20.30 h: «Paul». Rockoper aus dem Thurgau.

So, 26. Apr. 10 h: Beatrice Leuthold liest zum Thema Mutter- und Vaterrolle.

Neuhof Bachs: Italia

Fr., 24., Apr., 20.30 h: Lupa und Gabriel cantano canzoni popolari. Sa, 25. Apr.: Pizza aus dem Holzofen.

Baden: Theater

29. Apr., 15 h, in der Claque: «Keine Angst vor grossen Tieren». Figurentheater für Kinder und Groesse mit «Theaterra» aus Bochum.

1. Mai, 20.15 h, im Rest. «Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Thalwil: Jazz

So, 3. Mai, 20.30 h, im ref. Kirchgemeindehaus Thalwil: Charlie Haden, Jan Garbarek und Egberto Gismonti.

Sonstwo

Veltheim: Selbstverwaltung

So, 5. Apr., 14 h, im «Bären»: Mitgliederversammlung des Netzwerks für Selbstverwaltung.

Palazzo Liestal: Filmfest

Films and Sounds
Do, 16., Sa., 18., Mo., 20., Di., 21., jeweils 20.15 h: «Breaking Glass», von Brian Gibson. Gegenüberstellung der sozialen Zustände in England und der Reaktionen einer Musikgruppe.

Mi, 22., bis Mo, 27. Apr., jeweils 20.15 h: «Women in revolt» von Andy Warhol. Fr., 24. Apr. 20 h: Folk-Musik-Abend.

Palazzo Liestal: Konzerte

Sa, 18. Apr.: «TAL» – Jazz-Rock.
Sa, 25. Apr.: «Freiwillige Selbtkontrolle», New-Wave-Avantgarde aus der BRD.

Bern: Kellerkino

Kramgasse 26, Fr. und Sa Nocturnes um 22.30 h:

24./25. Apr., 1./2. Mai und 8./9. Mai: «Go West, Young Mans» von Urs Egger, Film über die Stadt Los Angeles.

20. Apr., 18.30 und 20.30 h: «Made in USA» von Godard.

27. Apr., 18.30 und 20.30 h: «One plus one» von Godard.

4. Mai, 18.30 und 20.30 h: «Bildnis einer Trinkerin» mit Tabea Böhme.

Bären: Veltheim:

mucho cultura
Sa, 25. Apr.: Puppenspielgruppe «Fabelland».

Do, 30. Apr.: Polenta Magica – Walpurgisnacht mit Musik von Frauen und Männern.

Fr., 1. Mai: Es Fascht mit Flying Eggs und Frostschutz.

Sa, 2. Mai: no es Fáscht mit Niederdorf-Rock-Ensemble.

Lucern: Country

3. Mai, ab 10 h, im «Widder»: Reed Bertolle spielt Gitarre, Banjo, Country, Blues und Ragtime.

Zug: Frülfitsch

15. bis 17. Mai am Alpenquai: Fest am See mit Musik, Theater, Äggchen und Spontantheit. Bei Regen eine Woche später.

Thurgau: Frülig

Thurgau: Frülig jeden 2. Freitag um 20 h im «Löwen». Sommeri: Treffen der Moscht-Indianer und sonstiger kritischer alternativer Thurauer.

... und Umgebung

Rössli Stäfa: Rock und Literatur

Fr., 24. und Sa, 25. Apr., 20.30 h: «Paul». Rockoper aus dem Thurgau.

So, 26. Apr. 10 h: Beatrice Leuthold liest zum Thema Mutter- und Vaterrolle.

Neuhof Bachs: Italia

Fr., 24., Apr., 20.30 h: Lupa und Gabriel cantano canzoni popolari.

Sa, 25. Apr.: Pizza aus dem Holzofen.

Baden: Theater

29. Apr., 15 h, in der Claque: «Keine Angst vor grossen Tieren». Figurentheater für Kinder und Groesse mit «Theaterra» aus Bochum.

1. Mai, 20.15 h, im Rest. «Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Thalwil: Jazz

So, 3. Mai, 20.30 h, im ref. Kirchgemeindehaus Thalwil: Charlie Haden, Jan Garbarek und Egberto Gismonti.

Sonstwo

Veltheim: Selbstverwaltung

So, 5. Apr., 14 h, im «Bären»: Mitgliederversammlung des Netzwerks für Selbstverwaltung.

1. Mai, 20.15 h, im Rest.

«Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Palazzo Liestal: Filmfest

Films and Sounds
Do, 16., Sa., 18., Mo., 20., Di., 21., jeweils 20.15 h: «Breaking Glass», von Brian Gibson. Gegenüberstellung der sozialen Zustände in England und der Reaktionen einer Musikgruppe.

Mi, 22., bis Mo, 27. Apr., jeweils 20.15 h: «Women in revolt» von Andy Warhol. Fr., 24. Apr. 20 h: Folk-Musik-Abend.

Mo, 27. Apr., 20 h: «Freiwillige Selbtkontrolle», New-Wave-Avantgarde aus der BRD.

Bern: Kellerkino

Kramgasse 26, Fr. und Sa Nocturnes um 22.30 h:

24./25. Apr., 1./2. Mai und 8./9. Mai: «Go West, Young Mans» von Urs Egger, Film über die Stadt Los Angeles.

20. Apr., 18.30 und 20.30 h: «Made in USA» von Godard.

27. Apr., 18.30 und 20.30 h: «One plus one» von Godard.

4. Mai, 18.30 und 20.30 h: «Bildnis einer Trinkerin» mit Tabea Böhme.

Bären: Veltheim:

mucho cultura
Sa, 25. Apr.: Puppenspielgruppe «Fabelland».

Do, 30. Apr.: Polenta Magica – Walpurgisnacht mit Musik von Frauen und Männern.

Fr., 1. Mai: Es Fascht mit Flying Eggs und Frostschutz.

Sa, 2. Mai: no es Fáscht mit Niederdorf-Rock-Ensemble.

Lucern: Country

3. Mai, ab 10 h, im «Widder»: Reed Bertolle spielt Gitarre, Banjo, Country, Blues und Ragtime.

Zug: Frülfitsch

15. bis 17. Mai am Alpenquai: Fest am See mit Musik, Theater, Äggchen und Spontantheit. Bei Regen eine Woche später.

Thurgau: Frülig

Thurgau: Frülig jeden 2. Freitag um 20 h im «Löwen». Sommeri: Treffen der Moscht-Indianer und sonstiger kritischer alternativer Thurauer.

... und Umgebung

Rössli Stäfa: Rock und Literatur

Fr., 24. und Sa, 25. Apr., 20.30 h: «Paul». Rockoper aus dem Thurgau.

So, 26. Apr. 10 h: Beatrice Leuthold liest zum Thema Mutter- und Vaterrolle.

Neuhof Bachs: Italia

Fr., 24., Apr., 20.30 h: Lupa und Gabriel cantano canzoni popolari.

Sa, 25. Apr.: Pizza aus dem Holzofen.

Baden: Theater

29. Apr., 15 h, in der Claque: «Keine Angst vor grossen Tieren». Figurentheater für Kinder und Groesse mit «Theaterra» aus Bochum.

1. Mai, 20.15 h, im Rest. «Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Thalwil: Jazz

So, 3. Mai, 20.30 h, im ref. Kirchgemeindehaus Thalwil: Charlie Haden, Jan Garbarek und Egberto Gismonti.

Sonstwo

Veltheim: Selbstverwaltung

So, 5. Apr., 14 h, im «Bären»: Mitgliederversammlung des Netzwerks für Selbstverwaltung.

1. Mai, 20.15 h, im Rest.

«Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Palazzo Liestal: Filmfest

Films and Sounds
Do, 16., Sa., 18., Mo., 20., Di., 21., jeweils 20.15 h: «Breaking Glass», von Brian Gibson. Gegenüberstellung der sozialen Zustände in England und der Reaktionen einer Musikgruppe.

Mi, 22., bis Mo, 27. Apr., jeweils 20.15 h: «Women in revolt» von Andy Warhol. Fr., 24. Apr. 20 h: Folk-Musik-Abend.

Mo, 27. Apr., 20 h: «Freiwillige Selbtkontrolle», New-Wave-Avantgarde aus der BRD.

Bern: Kellerkino

Kramgasse 26, Fr. und Sa Nocturnes um 22.30 h:

24./25. Apr., 1./2. Mai und 8./9. Mai: «Go West, Young Mans» von Urs Egger, Film über die Stadt Los Angeles.

20. Apr., 18.30 und 20.30 h: «Made in USA» von Godard.

27. Apr., 18.30 und 20.30 h: «One plus one» von Godard.

4. Mai, 18.30 und 20.30 h: «Bildnis einer Trinkerin» mit Tabea Böhme.

Bären: Veltheim:

mucho cultura
Sa, 25. Apr.: Puppenspielgruppe «Fabelland».

Do, 30. Apr.: Polenta Magica – Walpurgisnacht mit Musik von Frauen und Männern.

Fr., 1. Mai: Es Fascht mit Flying Eggs und Frostschutz.

Sa, 2. Mai: no es Fáscht mit Niederdorf-Rock-Ensemble.

Lucern: Country

3. Mai, ab 10 h, im «Widder»: Reed Bertolle spielt Gitarre, Banjo, Country, Blues und Ragtime.

Zug: Frülfitsch

15. bis 17. Mai am Alpenquai: Fest am See mit Musik, Theater, Äggchen und Spontantheit. Bei Regen eine Woche später.

Thurgau: Frülig

Thurgau: Frülig jeden 2. Freitag um 20 h im «Löwen». Sommeri: Treffen der Moscht-Indianer und sonstiger kritischer alternativer Thurauer.

... und Umgebung

Rössli Stäfa: Rock und Literatur

Fr., 24. und Sa, 25. Apr., 20.30 h: «Paul». Rockoper aus dem Thurgau.

So, 26. Apr. 10 h: Beatrice Leuthold liest zum Thema Mutter- und Vaterrolle.

Neuhof Bachs: Italia

Fr., 24., Apr., 20.30 h: Lupa und Gabriel cantano canzoni popolari.

Sa, 25. Apr.: Pizza aus dem Holzofen.

Baden: Theater

29. Apr., 15 h, in der Claque: «Keine Angst vor grossen Tieren». Figurentheater für Kinder und Groesse mit «Theaterra» aus Bochum.

1. Mai, 20.15 h, im Rest. «Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Thalwil: Jazz

So, 3. Mai, 20.30 h, im ref. Kirchgemeindehaus Thalwil: Charlie Haden, Jan Garbarek und Egberto Gismonti.

Sonstwo

Veltheim: Selbstverwaltung

So, 5. Apr., 14 h, im «Bären»: Mitgliederversammlung des Netzwerks für Selbstverwaltung.

1. Mai, 20.15 h, im Rest.

«Roter Turm» «Maurerstreich» von Peter Höner. Neue Claque-Eigen-

inszenierung.

Palazzo Liestal: Filmfest

Films and Sounds
Do, 16., Sa., 18., Mo., 20., Di., 21., jeweils 20.15 h: «Breaking Glass», von Brian Gibson. Gegenüberstellung der sozialen Zustände in England und der Reaktionen einer Musikgruppe.

Mi, 22., bis Mo, 27. Apr., jeweils

Polens Arbeiter und Bauern in der Offensive

DIE PARTEI IM SANDWICH

Von Andreas Hössli, Warschau

Anfang August 1980, wenige Tage vor dem Streik in der Gdansker Lenin-Werft, zählen die «freien Gewerkschaften» Polens acht Mitglieder. Vier Monate später sind es acht Millionen. Im ersten Programm vom September will sich «Solidarnosc» auf gewerkschaftliche Ziele beschränken. Die Bewegung treibt weit darüber hinaus. Bereits im November bereitet sich «Solidarnosc» im Kampf um rechtliche Anerkennung auf einen Generalstreik vor. Ende März nun wird der Generalstreik nach der Polizeiaktion in Bydgoszcz in die Wege geleitet. Die Auseinandersetzung um die unabhängige Bauerngewerkschaft steht bevor. Die herrschende Staats- und Parteileite verteidigt das Machtkonzept vor dem Ansturm der Arbeiter und Bauern.

Anfang Februar lassen Angestellte des Lodzer MZW-Spitals in der Kantine Lebensmittel verteilen, die für die Direktion reserviert sind. Fünf werden entlassen. Am 10. März liegen darauf 300 000 Streikende die Stadt lahm; sie verlangen die Wiedereinstellung sowie Garantien für die gewerkschaftliche Tätigkeit im Spital.

Einen Tag später beraten die Delegierten des überbetrieblichen «Solidarnosc»-Komitees (MKZ) in Radom über Kampfmaßnahmen; es geht um Schikanen der Polizei gegen «Solidarnosc»-Mitglieder, das MKZ verlangt dazu die Entlassung verschiedener Staats- und Partei-funktionäre und eine Untersuchung gegen die Verantwortlichen der Polizeiaktion von 1976.

Niemand weiß in Radom zu dieser Zeit, dass das Oberste Gericht Januar in einem Rekurs eines betroffenen Arbeiters entschieden hat, dass «die Streiks von 1976 eine legale Form des Protests waren». Denn dieses Urteil wurde unter Verschluss gehalten.

In Bydgoszcz werden Gewerkschafter zusammengetragen, «Solidarnosc» bereitet den Generalstreik vor – der in letzter Minute von der zentralen Leitung abgeblendet wird, um der Sowjetunion keinen Vorwand zur Okkupation Polens zu geben. Die unabhängigen Gewerkschaften sind zu einer Macht geworden, in welche Richtung geht ihr Kampf heute?

Ohne «Solidarnosc» läuft nichts

Als die Gründer im August statt «freie Gewerkschaften» den Namen «Unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarnosc» wählten, war das kein Zufall. «Unabhängig» von den Arbeitgebern, den Direktoren, Ministern und Parteiinstanzen soll die Gewerkschaft sein und «selbstverwaltet», was die demokratischen Bestrebungen in der Bewegung und den Veränderungen in Staat und Wirtschaft unterstreicht. Der Prozess der «grundlegenden Veränderungen» beginnt mit der Einführung der Öffentlichkeit unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens und der Schaffung von Bedingungen der Zusammenarbeit und Miterantwortung für das Schicksal unseres Landes und unserer Gesellschaft, heisst es in der ersten politischen Erklärung. Neben dem Recht zur Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft stehen denn auch die Beteiligung an einer Reformdiskussion und die Beurteilung der grundlegenden Planentscheide durch «Solidarnosc» im Mittelpunkt der Verhandlungen mit der Regierung.

Die anfängliche Beschränkung auf rein gewerkschaftliche Ziele wird für «Solidarnosc» zu einem echten Problem, denn «schon die ersten Tage zeigten, dass uns die Arbeiter und eigentlich die ganze Gesellschaft in Bereiche ausserhalb der Kompetenzen unserer Gewerkschaft drängte», meinte kürzlich ein «Solidarnosc»-Vertreter aus Warschau in einem Interview. Und in der Tat beginnen sich die Arbeiter spontan in die Belehrungen der Wirtschaftsverwaltung und Produktion einzumischen. In Schlesien arbeitet «Solidarnosc» eine eigene Planvereinigung für die Kohleförderung aus, weil wegen der Fälschungen innerhalb des bürokratischen Getriebes niemand die wirkliche Produktionsmenge und Produktionsbedingungen kennt. In der Traktorenfabrik Ursus kommen dieser Tage Gewerkschaftsdelegierte mit Vertretern der Direktion und Partei zusammen, um erste Schritte für eine «realistische Planung» zu machen. Bei der Überwindung von Produktionsengpassen, der Ausnutzung brachliegender Anlagen, beim Umweltschutz oder beim Kampf gegen die Verschwendungen von Rohstoffen und anderen Produktionsmitteln sind die «Solidarnosc»-Organisationen dabei, oft im Konflikt mit Betriebsleitung oder Direktion.

«Materielle Legalität» nennen die «Solidarnosc»-Mitglieder diese Tätigkeit. Nach dem gültigen System wären zum Beispiel Personalentscheidungen die alleinige Sache der Parteiinstanzen. Doch «Solidarnosc» schert sich kaum noch um

solche formale Kompetenzfragen. Bei der Beseitigung von Kaderpositionen reagiert «Solidarnosc» mit stillschweigendem Einverständnis oder mit offener Ablehnung. Mehr als die Hälfte der 49 Bezirkspräsidenten (Wojskoden) und Hunderte von Direktoren und Parteisekretären mussten in den letzten 7 Monaten den Hut nehmen. Mit Unterstützung des MKZ der Hütte Katowice besetzen Arbeiter Ende Jahr über hundert leerstehende Wohnungen bei Dąbrowa Gornicza und erhielten davon 70 zugewiesen.

Das Entscheidungsmonopol des Staats- und Parteiaппarates ist vor allem auf lokaler Ebene gebrochen, ohne dass «Solidarnosc» schon direkt in Entscheidungen eingreifen könnte. Denn trotz der Macht der Bewegung, welche in der spontanen Aktivität von Millionen Polen zum Ausdruck kommt, gibt es keinen politischen

Rahmen, in dem «Solidarnosc» in den Hauptfragen der Wirtschaft mitreden könnte.

Die Partei auf den Kopf und Lenin auf die Füsse gestellt?

In der Schiffswerft Towimor in Toruń wählen die Parteimitglieder schon im August einen neuen Vorsitz: die Mehrheit Mitglieder des damaligen Streikkomitees. Ende September kommen die Vertreter von acht betrieblichen Parteiorganisationen in Toruń zusammen: sie wollen die Demokratisierung der Partei vorantreiben. Heute sind in Toruń 32 betriebliche Parteiorganisationen in der zwischenbetrieblichen Kommission vereint, und solche Kommissionen verbreiten sich im ganzen Land. Einer der Vorkämpfer von Toruń und Arbeiter bei Towimor, Iwanow, wird zum 1. Sekretär der Betriebsorganisation der Partei gewählt. Doch die örtliche Kontrollkommission schiesst Iwanow aus der Partei aus. Die Parteiorganisation von Towimor protestiert und erklärt öffentlich, dass sie Iwanow «weiterhin als 1. Sekretär im Betrieb anerkennen».

Welche Stimmung heute in der Parteibasis herrscht, zeigt der Beschluss des Zentralkomitees vom 29. März: Die Parteiführung muss zwei der Forderungen der Basisbewegung anerkennen, nämlich die geheime Wahl und die unbegrenzte Kandidatenwahl bei den Wahlen für die Kongressdelegierten, ein verbindliches Datum für die Durchführung des Parteikongresses wird festgesetzt, nachdem

die Apparate brechen und «den wählbaren Instanzen die leninistische Funktion der Delegierten zurückgeben» (aus einem Diskussionsbeitrag). In solchen Forderungen spiegelt sich die Tatsache, dass rund die Hälfte der drei Millionen Parteidglieder heute bei «Solidarnosc» eingeschrieben ist.

Warum eine Bauernbewegung?

Nach Meinung der offiziell registrierten Wochenzeitung «Polityka» fristet die ländliche Dorfgemeinschaft ein Leben wie in der «dritten Welt», der Bauer werde als «Bürger dritter Klasse» behandelt. «Wenn sie (die Bauern) über Kohle reden, so fragen sie, warum sie der Bauer für die Schweine erhält, aber nicht für die Kinder, warum der Zement für den Bau von Villen reicht, nicht aber für den Stall, warum die Maschinen nicht der bekommt, der sie am meisten braucht, sondern der, der Beziehungen und mehr Geld zum Schmieren hat.» Das Haupt-



Rahmen, in dem «Solidarnosc» in den Hauptfragen der Wirtschaft mitreden könnte.

Die Partei auf den Kopf und Lenin auf die Füße gestellt?

problem: «Es geht nicht um einzelne Fälle von Unehrlichkeit. Es ist die Rede von den Folgen eines superzentralisierten, bürokratischen Herrschaftssystems, vom Entzug des Entscheidungsrechts der Bauern in den einfachsten Angelegenheiten, des Einflusses auf irgend etwas, was sie als Produzenten betrifft.» Die bestehende politische Struktur, inklusive der Genossenschaften, haben sich der Bauernschaft entfremdet. «Alle Institutionen mit dem Namen „Selbstverwaltung“ wurden durch die Bürokratie kompromittiert, von der Selbstverwaltung blieben nur Schilder», schreibt «Polityka» weiter.

Saalszene in Bromberg: Ein Polizeimajor fordert die anwesenden Gewerkschafter auf, binnen 15 Minuten das Gebäude zu verlassen. Ein Gewerkschafter: «Sie haben kein Recht, der unabhängigen, selbstverwalteten Gewerkschaft solche Bedingungen zu stellen.» Polizeimajor: «Ich tue dies im Namen der Arbeiter- und Bauern-Klasse.» Gewerkschafter: «Die Arbeiter- und Bauern-Klasse stellt ihrer Gewerkschaft keine Ultimata!»

Polens Bauern verlangen daher die Schaffung von echten, selbstverwalteten Gewerkschaften, Einfluss bei der Festlegung der Preise und die gerechte Verteilung der Produktionsmittel. Die radikalierte Bauernschaft will sich daher mit dem Obersten Gericht aufgezwungenen Status einer Vereinigung nicht zu-

Wann greift Moskau ein?

Trotz der moderaten Tonlage von Breschnew Polenkommentaren am Parteikongress der tschechoslowakischen KP und der Beendigung der Manöver bleibt die Frage einer militärischen «Bruderhilfe» offen. Die am Parteikongress von Husak (Chef der tschechoslowakischen KP) gegen Polens Führung vorgetragenen Angriffe lassen auf Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir zitieren deshalb in diesem Zusammenhang den tschechoslowakischen Exil-Dissidenten Jiri Pelikan, Mitglied der «Charta 77». In der Januar-Ausgabe der tschechoslowakischen Exil-Zeitschrift «Listy» erschien ein Aufsatz von ihm mit dem Titel «Die Lehren aus dem polnischen Sommer». Die folgende Einschätzung Pelikans der politischen Bedingungen einer sowjetischen Invasion Polens bleibt aktuell.

«Zahlreiche Journalisten beeindrucken sich zu erkennen, warum Moskau diesmal nicht eingeschritten habe. Mir erscheinen derartige Kommentare verfrüht, denn das tatsächliche Dilemma, das ein Eingreifen Moskaus provozieren könnte, ist noch gar nicht eingetreten. Es ist bekannt, dass Moskau in Ländern seiner Einflussosphäre unter zwei Voraussetzungen militärisch eingreift: Wenn die sich an der Herrschaft befindende Kommunistische Partei selbst zum Träger demokratischer Reformen und damit zum Keizer wird, wie das bei der KP der Tschechoslowakei 1968 der Fall war, oder wenn die Partei sich später und zu zerfallen droht, wie es im Jahr 1956 in Ungarn und Anfang dieses Jahres in Afghanistan der Fall war.

friedegeben, eine Gewerkschaft ist weniger abhängig von Behörden. Die Bauernbewegung fordert die Parteimacht heraus, weil sie unmittelbar die gesamten sozialen Beziehungen auf dem Land, die Macht der Verwalter und Partefunktionäre im Dorf in Frage stellt. Als Repräsentantin der 4 Millionen Privatbauern ist ihre Legalisierung aber nötige Bedingung für die Regelung der dringendsten Wirtschaftsprobleme, so vor allem bei der Preispolitik bei den Lebensmitteln, ohne die jede Reform aussichtslos ist.

Der Konflikt um die Bauernbewegung, deren Anerkennung die Regierung nun zum x-temal abgelehnt hat, spiegelt das Dilemma der Parteiführung: Zugeständnisse schwächen die Stellung des Partei- und Staatsapparates, doch gleichzeitig ist die Erweiterung der Kontroll- und Entscheidungsrechte der Arbeiter und Bauern eine Voraussetzung für die Lösung auch der dringendsten wirtschaftlichen Probleme.

Die nächsten Konflikte sind schon vorprogrammiert

Der Konflikt zwischen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung einerseits und dem Staats- und Parteiaппarat andererseits lässt sich nicht durch die Selbst-

beschränkung auf eine reine Gewerkschaftspolitik kanalisieren. Die Situation wird deshalb explosiv bleiben, und die Möglichkeit der landesweiten Ausweitung von lokalen Konflikten wird das Klima der nächsten Monate beherrschen. Bis heute sind die gesellschaftlichen Zielvorstellungen der «Solidarnosc»-Führung zu vage, als dass sie die tieferen Radikalisierung eine allgemein akzeptierte Richtung geben könnten. Die nächsten Konflikte liegen heute schon in der Luft: die Auseinandersetzung um das neue Zensurgesetz, die gewerkschaftliche Medienfreiheit, der Zugang zu Radio und Fernsehen, die Anerkennung der Bauernbewegung und schliesslich das Gewerkschaftsgesetz und die Arbeiterselbstverwaltung, welche im Mittelpunkt der Diskussion über die Wirtschaftsreform steht. Hier schlägt sich auch ein gesellschaftspolitisches Programm heraus, eine Richtungsbestimmung, welche Institutionen geschaffen werden müssen, welche «politischen Garantien» – wie es der Wirtschaftsberater Ryszard Bugaj von «Solidarnosc» kurzlich ausgedrückt hat –, um der Arbeiter- und Bauernbewegung eine Teilnahme an den grundlegenden Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

Uno kritisiert Schweizer Finanzgeschäfte mit Südafrika

Von Walter Bertschinger

In Zürich fand vom 5. bis 7. April das «Internationale Seminar über Kredite an Südafrika» statt. Veranstalter war das Uno-Komitee gegen die Apartheid, unterstützt durch den «Erklärung von Bern» und der «Schweizerischen Anti-Apartheid-Bewegung». Vertreten waren überdies die Befreiungsbewegungen ANC und PAC, afrikanische Diplomaten und die verschiedensten westlichen Anti-Apartheid-Organisationen. Die ebenfalls eingeladenen Schweizer Regierung und die Schweizer Banken fehlten hingegen: die Gnomen blieben in ihren Banktresoren.

Mit gutem Grund, wie sich schon nach wenigen Expertenbeiträgen zeigen sollte. Schweizer Banken nehmen in den Beziehungen zu Südafrika eine zentrale Rolle ein, dies insbesondere seit der Aktivitäten von Kirchen (vor allem den USA) und Gewerkschaften (vor allem in Großbritannien) verschiedene ausländische Grossbanken zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen mit Südafrika veranlasst haben. Fehlender Druck in der Schweiz hat den hiesigen Banken jedoch erlaubt, die Beziehungen zu Südafrika stark auszubauen. Vor allem spielten die Schweizer Banken bei der Überbrückung von Südafrikas Finanzkrise 1975-77 eine entscheidende Rolle.

Heute fließen 60% des südafrikanischen Exportgeldes über Schweizer Banken (Gold macht über ein Drittel der südafrikanischen Exporte aus). Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres setzten schweizerische Banken auf dem schweizerischen Markt südafrikanische Anleihen im Wert von 93 Millionen Dollar ab. Über ein Viertel der von Südafrika 1974-79 auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite liefern über Schweizer Banken. Über 10% der Anlagen ausländischer Banken in Südafrika stammen aus der Schweiz.

James Victor Gbebo (Ghana), der Vorsitzende des Uno-Komitees gegen die Apartheid: «... Schweizer Banken nehmen weiterhin eine führende Rolle in der Koordination verschiedenster südafrikanischer Finanztransaktionen ein, offenbarlich unter dem Schutz des schweizerischen Bankgeheimnisses. Nach unserer Meinung symbolisieren diese Kredite leider die konkrete Teilnahme der Schweiz an der Unterstützung eines der brutalsten Regimes seit dem Nazismus. Die schweizerischen Kredite zeigen der südafrikanischen Regierung an, dass die Schweiz ein williger wirtschaftlicher Partner der Apartheid ist und dass soziale und ethische Erwägungen die Entscheidungen von Banken kaum beeinflussen, da diese ausschliesslich nach Profitkriterien handeln.»

Die Schlussdeklaration, welche namenslich die Schweizerische Bankengesellschaft, den Schweizerischen Bankverein und die Kreditanstalt erwähnt, hält fest: «Diese Kredite erlauben Südafrika auch, die Waffen- und Ölembargos der Vereinten Nationen zu durchbrechen.» Sollte sich die Schweiz weiterhin weigern, auf die Aufrufe der Uno einzugehen, sind Sanktionen gegen die Schweiz zu erwarten, im Extremfall der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz. (Nur: ob diese Drohung überhaupt bis in die oberen Etagen der Bankenpaläste dringt? Die Red.)

Zeichnung: Eugen Bisig

Banken finanzieren Apartheid

Von Walter Bertschinger

FRANK UND FREI

zerischen Kredite zeigen der südafrikanischen Regierung an, dass die Schweiz ein williger wirtschaftlicher Partner der Apartheid ist und dass soziale und ethische Erwägungen die Entscheidungen von Banken kaum beeinflussen, da diese ausschliesslich nach Profitkriterien handeln.»

Die Schlussdeklaration, welche namenslich die Schweizerische Bankengesellschaft, den Schweizerischen Bankverein und die Kreditanstalt erwähnt, hält fest: «Diese Kredite erlauben Südafrika auch, die Waffen- und Ölembargos der Vereinten Nationen zu durchbrechen.» Sollte sich die Schweiz weiterhin weigern, auf die Aufrufe der Uno einzugehen, sind Sanktionen gegen die Schweiz zu erwarten, im Extremfall der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz. (Nur: ob diese Drohung überhaupt bis in die oberen Etagen der Bankenpaläste dringt? Die Red.)



Autor: W. Fröhlich

In dieser Broschüre erzählt Walter Fröhlich seine Geschichte

Die Geschichte eines Geschäftsführers, der es gewagt hat, öffentlich seine Meinung zu sagen. Der die Brutalität der Zürcher Polizei in einem Leserbrief kritisierte – und darauf fristlos entlassen wurde.

Walter Fröhlich (48) leitete während Jahren die Zürcher Filiale des Modehauses Spengler. Weil er sich konsequent auf die Seite des Personals stellte, war er der Direktion ein Dorn im Auge. Aber noch fehlte ihr der konkrete Anlass, um den unbekannten Filialleiter loszuwerden. Da schrieb Walter Fröhlich seinen Leserbrief ...

Die Dokumente in dieser Broschüre zeigen, wie es einem Geschäftsmann ergeht, der es wagt, aus seinen Reihen herauszutreten. Aus den abgedruckten Dokumenten geht auch hervor, was für ein Mensch das ist, dieser Walter Fröhlich. Er hat die Broschüre im Alleingang geschrieben und zusammengestellt. Er fand es wichtig, seine Geschichte an die Öffentlichkeit zu tragen, denn «was mir passierte, kann auch andere treffen». Ein Lehrstück ...

Erhältlich bei «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich zu Fr. 5.70 in Briefmarken.

Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972 bis 1980

Bestellen Sie jetzt zum
Subskriptionspreis
von 12 Franken.

Encounter Overland

stellt seine abenteuerlichen Reisen vor:

Expeditionen durch Afrika, Asien und Südamerika, Yachtferien im Indischen Ozean, Trekking und Schlauchbootfahrten im Nepal und Ostafrika-Safaris.

Lass dich vom Encounter Overland mit Film und Dias (in englischer Sprache) informieren am:

11. Mai in Wettingen

Hotel Zwyssighof, Alberich Zwyssig-Str. 78

12. Mai in St. Gallen

Hotel Ekkehard, Rorschacher Str. 50

13. Mai in Zürich

Hotel Limmathaus, Limmatstrasse 118

15. Mai in Bern

Zunfthaus zu Webern, Gerechtigkeitsgasse 68

18. Mai in Basel

Restaurant Löwenzorn, Gemsberg 2

Beginn der Veranstaltungen: 20.00 Uhr

Eintritt frei

 **SSR-Reisen**
anders als anders

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen,
Zürich. Telefonverkauf: 01/242 30 00.

Vorauszahlung
auf PC 80-37 626,
das konzept, Zürich
mit Vermerk
«Verzeichnis 72-80»
auf der Rückseite des
Abschnittes.

Diskreter Versand hygienischer Artikel!
R3 aktiv-feucht
mit Reservoir:
21 Stück Fr. 14.–
51 Stück Fr. 33.–
150 Stück Fr. 85.–
Tempo-Versand
Postfach 43, 9013 St. Gallen



Diese Bewegungsmeditation aus dem alten China steigert die Konzentrationsfähigkeit, macht den Körper gesund und flexibel und lehrt, sich zu entspannen.

Unverbindliche
Demonstrationsstunde:
24. April 1981, 18.00 bis 19.30 Uhr
Evangelisches Seminar
Seminarrstrasse 29, 8057 Zürich

Kosten: Fr. 15.–

Anfragen:
Eva Koller
Lerchenhalde 37, 8046 Zürich
Tel. 57 62 72

Kollektiv sucht per sofort
Buchhalter(in)

2- bis 3-Tage-Woche.
Tel. (01) 42 15 45
Rolf oder Rosmarie verlangen.



Schallplatten
8001 Zürich, Obere Zürne 19
Tel. 01 69 41 32

An- und Verkauf von Occasions-LPs
Studenten 10% Rabatt

ENGLISCH VERSTEHEN? JA!

Southbourne School
of English (SSE)
Bournemouth

English Language
Summer Schools (ELSS)
Bournemouth, Cambridge,
Poole, Dorchester, Torquay

Sekretariat SSE ELSS
Mattenen 2
3011 Bern



braucht
Hörer,
(01) 242 11 12
und Gönner
(PC) 80-53650

Sardinien

Abflug jeden Samstag ab Zürich oder
Genf nach Olbia.

Tennis

Können und alle, die es werden
können, treffen sich in Alghero.

1 Woche Fr. 990.– Auf Wunsch auf
2 Wochen (Fr. 1490.–) oder 1 Woche zu-
sätzlich auf eigene Faust (Fr. 1020.–).
Neu: 1 Woche Tennis und 1 Woche Rund-
reise mit SUNDECKER, Fr. 1290.–

Baden

14 Tage lang dem Alltag davonschwimmen
und am kilometerlangen Strand bei
Alghero unter sardinischer Sonne liegen.
Fr. 1090.– bis 1260.–, alles inklusive.

Wandern

Sardinien auch dort kennenlernen, wo
man nur zu Fuß hinkommt.
23.5.-6.6., 6.-20.6. Fr. 1130.–
5.-19.9., 19.9.-3.10., 3.-17.10. Fr. 1150.–

Auf eigene Faust

Mach, was du willst.

14 Tage lang Fr. 490.– - 560.–, inklusive
2 Übernachtungen in Olbia.

Fly-Drive

Mit Mietwagen und am besten mit Zelt
und Schlafsack. 7 oder 14 Tage.
Fr. 675.– bis 725.– für 7 Tage.

 **SSR-Reisen**

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern,
St. Gallen und Zürich.

Telefonverkauf 01/242 3131

anders als anders
Reisen
für
junge Leute.

Tramp doch ämal inä !

■ OFFSET - SYSTEM DRUCK

EXEMPLARE	1-seitig	beidseitig
bis 200	15.80	29.40
300	22.20	40.40
400	26.50	48.20
500	29.60	53.20
600	32.20	57.20
700	34.80	61.20
800	37.30	65.20
900	39.70	68.60
1000	42.20	72.20
2000	78.20	132.20
5000	171.20	282.20

■ PLASTIC - SPIRAL BINDUNGEN

■ BROSCHÜREN (Dissertationen)

■ XEROX - DRUCKKOPIEN

Preise (pro Vorlage)



Rappen/Druckkopie

1	50 Druckkopien	=	7.5 Rappen
60	Druckkopien	=	5.70
70	Druckkopien	=	6.30
80	Druckkopien	=	6.80
90	Druckkopien	=	7.20
100	Druckkopien	=	7.50
150	Druckkopien	=	11.25
200	Druckkopien	=	Fr. 15.–

jede weitere Druckkopie = 7.5 Rappen

SORTIEREN GRATIS

A 4 Kopien (IBM und XEROX-Bücherkopierer)	15 Rappen
A 3 Kopien	30 Rappen
Verkleinerungen (stufenlos 100 % bis 61 %)	25 Rappen

Montag bis Freitag 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
SAMSTAG: Nur Copy-Center Sonneggstrasse
10.00 Uhr bis 14.00 Uhr

ADAG
ADMINISTRATION & DRUCK AG

ADAG COPY-CENTER
Sonneggstrasse 25
8006 Zürich
Tel. 01/47 35 54

ADAG COPY-CORNER
Seilergraben 41
8001 Zürich
Tel. 01/251 49 34

ADAG COPY-CENTER
Josefstrasse 32
8005 Zürich
Tel. 01/42 49 48

In Nidwalden erscheinen neuerdings zwei Alternativzeitungen

DIE SP INS BOCKSHORN GEJAGT?

Von Klemenz Bernet

Als «rotes Signal aus einem schwarzen Land» bezeichnete SPS-Präsident Helmut Hubacher die Nidwaldner Alternativezeitung «Steibock» zum Anlass des fünfjährigen Bestehens. Inzwischen leuchten zwei rote Signale im CVP-schwarzen Nidwalden. Nach vergeblichen Autonomiebestrebungen haben sich die «Steibock»-Macher der SP Nidwalden abgesetzt und mit dem «Bockhorn» eine neue Alternativezeitung ins Leben gerufen. Die unter Zugzwang geratene SP gibt weiterhin den «Steibock» heraus.

In Nidwalden ist die herrschende CVP-Dominanz vielfach gesichert. Nidwalden gehört mit Uri und dem Halbkanton Obwalden zu den unterschärterlichen Zentralschweizer Majorzbastionen. Zudem ist die Ausübung des Referendumstrechts mit einer 5%-Hürde praktisch illusorisch. Hingegen ist die Ausübung des Initiativechts – im Landgemeindekanton kann jeder einzelne Bürger eine Gesetzesinitiative einreichen – erstaunlich liberal geregelt.

Für die Linke ist Nidwalden dennoch

mehr Nidwaldner ziehen ihre Informationen über das Geschehen in ihrem Kanton aus dem «Steibock». Denn: «Mit unserer Zeitung haben wir etwas Neues ins Land gebracht: gut recherchierte Hintergrundberichte über kantonale und kommunale Politik.»

Gesunde Zeitung – desolate Partei

Während die Zeitung, die sich persönlich immer mehr von der SP Nidwalden löste, florierend, stagnierte die Partei. Das Verhältnis der «Steibock»-Macher zu ihrer «Verlegerpartei» trübte sich zusehends. Peter Steiner zum fünfjährigen Bestehen des «Steibock»: «Wir kämpfen für Eigenbestimmung der Nidwaldner. Diese beanspruchen wir auch für uns selbst.»



Vor dem Parteitag im April letzten Jahres wurden die SPN-Mitglieder über

den «alarmierenden Zustand» ihrer Partei informiert: «Bei uns, kurz vor dem Parteitag – herrscht Notstand. Die SP Nidwalden steht kurz vor der Auflösung!» Falls auf den Parteitag hin die ordentlichen Parteigremien nicht bestellt werden könnten, müsste an einem außerordentlichen Parteitag über die Auflösung der Partei entschieden werden. Und – das war für die «Steibock»-Macher entscheidend –: «Der «Steibock», Organ der SP Nidwalden, von der Partei gegründet und herausgegeben, würde nicht mehr erscheinen.»

Die Zeitung retten!

Der Parteitag vom 12. 4. 1980 kann dann tatsächlich den Vorstand nicht statutenmäßig besetzen. Eine «Steibock»-Mitarbeiterin stellt den Antrag auf Lösung der Zeitung von der SP und auf eine entsprechende Unterredung mit dem Vorstand. Die nächsten 2 Nummern des «Steibock» erscheinen. An einer Sitzung mit drei SP-Vorstandsmitgliedern zeigen sich diese hinsichtlich der Trennung grundsätzlich bereit. Am 10. 7. 1980 begründen die «Steibock»-Macher ihr Trennungsgesuch: Eine Trennung würde die SPN finanziell und politisch entlasten, eine eventuelle Auflösung der SPN hätte nicht automatisch das Verschwinden des «Steibock» zur Folge. Überdies seien die Mehrheit der «Steibock»-Macher nicht SPN-Mitglieder. Die Redaktion würde damit Selbst- und nicht nur Mitbestimmung erhalten, die Zeitung könnte sowohl eine Offnung vornehmen als auch der SPN als Publikationsorgan weiterhin zur Verfügung stehen.

In November wird der «Verein Steibock» gegründet, der sich das Ziel setzt, «eine politisch-kulturelle Zeitschrift herauszugeben und mit zielverwandten Organisationen» zusammenzuarbeiten.

Das Macher-Modell

In der Dezember-Nummer 1980 haben die Macher das Wort: Für sie sei jede Nummer «ein Sich-zur-Wehr-Setzen gegen Fatalismus und Resignation, gegen Übermacht und Ohnmacht, gegen Unvermögen und Unwissen». Sie bezeichnen ihr Zeitungsmachen als «ein kollektives Sichherum für ein besseres Nidwalden». Die damit verbundenen An-

lungenen Zwangsaufnahme und der Geburt eines «Bockhorns».

Mutet sich die SPN zuviel zu?

Für eine gütliche Einigung ist der Zug in Nidwalden bereits abgefahren. Daraus ändert auch ein nachträglicher Vermittlungsversuch von H. Hubacher nichts mehr. Mit ihrem breiten Auswalzen der «Zwangsaufnahme», in der es von persönlichen Verunglimpfungen wimmelt, hat die SPN die «Bockhorn»-Macher in ihrem Anliegen wohl nur verstärkt. Und im SP-«Steibock» zeigt sich deutlich, woher nun der Wind weht. Um dem parteiigen Proporzvorschlag von der kommenden Landsgemeinde mehr Chancen zu geben, sind im neuesten «Steibock» einem Interview mit dem CVP-Regierungsrat Bruno Leuthold ganze vier Seiten gewidmet.

Am Proporz – inzwischen hat die Liberale Partei eine eigene Vorlage gestartet – haben sich jetzt die Meinungen entzweit. Peter Steiner wirft der SPN vor, sie wolle sich mit der Proporzfrage nur selbst profilieren und sei nicht bereit, mit einem breiten Bündnis dem sachlich wichtigen Anliegen grössere Chancen zu geben. Es dürften auch die Proporzambitionen gewesen sein, welche die SPN veranlassten, den «Steibock»-Machern vorzuwerfen, die politischen Verhältnisse im Kanton zu übergehen und die Interessen der Partei nicht mehr zu vertreten.

Die Opposition wahrt

Die «Bockhorn»-Macher wollen ihre Oppositionsrolle wahrnehmen und fassen sogar eine Ausdehnung der Zeitung auf den benachbarten Halbkanton Obwalden ins Auge. Peter Steiner: «Wir wollen mit neuen Ideen einer in Nidwalden den dringend notwendigen Opposition zum Durchbruch verhelfen.» Geplant ist nicht eine eigene Partei, sondern projektorientiert arbeitende Gruppen, die in einem losen Zusammenhang stehen. Sollte das gelingen, wird die ohnehin auf arg wackeligen Füssen stehende SPN wohl noch mehr Mühe haben. Der vorläufige Sieg um den «Steibock» könnte sich als Pyrrhusseier erweisen. ●

steibock

strengungen seien nur zu leisten, «wenn einige Randbedingungen erfüllt sind». Wichtigste Randbedingung: die Organisationsweise. «Beim «Steibock» hat sie seit längerer Zeit nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen und Wünschen der Mitarbeiter entsprochen. Wir haben uns deshalb neu organisiert, so dass nurmehr mit bestimmen kann, wer auch mitarbeitet. Diese Neuorganisation will die Bewegungsfreiheit beider, der SP und des «Steibock», vergrössern.»

Die SP klemmt

Wenig Freude an ihrem flügge gewordenen Organ bekundet die SPN. Auf Antrag der SPN erlässt der Kantonsgerichtsitzverwaltung ein «supervisorisches Verbot», ein Druckerzeugnis unter dem Namen «Steibock» herauszugeben und Gelder des Magazins zu verwenden. Nachdem SPS-Präsident Helmut Hubacher ein Vermittlungsgesuch der «Steibock»-Macher ablehnt und in einer einstweiligen Verfügung des Kantonsgerichts mit Rechtskraft ab 23. 2. 1981 den «Steibock»-Machern die Herausgabe des «Steibock» verboten wird, erscheint am 21. 2. 1981 eine neue Nidwaldner Oppositionszeitung, das «Bockhorn». Auf die Trennungsgeschichte wird in der ersten Nummer nur kurz eingegangen. Im März gibt die SP eine neue «Steibock»-Nummer heraus. Die gross aufgemachte Titelseite: «Die Geschichte einer miss-



«Ein anständiges Leben»

«Wir Kinder vom Bahnhof Zoo»

henngefärbten Haare stumpf und glanzlos – aber schön und photogen ist es allemal noch. In einer Fahrt durch den Bahnhof Zoo verweilt die Kamera auf jungen Fixerköpfen, an welchen der Massenbildner ein Meisterwerk vollbracht hat.

Um die Filmrechte an diesem kassensträchtigen Stoff hat es anfangs ein grosses Gerangel gegeben. Regisseur Edel hat nicht gewonnen, weil er das Fixermilieu am besten kennt. Die echten Fixer haben sich nämlich geweigert, in irgendeiner Form mitzumachen; die totale Ablehnung aller hierzulande gültigen Werte schliesslich auch die Konsumware Film nicht aus.

Diesem Widerspruch hat sich der anderes Drogenfilm – er läuft Ende April in Zürich an –, «Ett anständig Liv» («Ein anständiges Leben») des Schwyzer Stefan Jarl, gestellt. Jarl kennt die Fixer, beobachtet und befragt sie, begleitet sie bei ihren zahllosen Zusammenbrüchen ins Spital. Während der Dreharbeiten hat er einen nach dem andern sterben sehen müssen. Abhängigkeit von der Drogen, Strich, Zerfall und Tod sind nicht in Watt verpackt, sondern knallharte Realitäten. Was es bringt, diese aufzubereiten, habe ich mich allerdings auch hier gefragt: Das Wissen um die kaputtesten aller Opfer einer gewalttätigen Gesellschaft alle hilft nicht, einigermassen unverstehen zu entkommen.

Antwort zu veröffentlichten, wurde die Entgegnung dem kritisierten Häusersiedlungen weitergeleitet. Dieser stellte dann Strafantrag. Höchste Eisenbahn, dass die Zuger SP und die Oppositionen sich um eigene Zeitungen bemühen – bevor Zug abfährt.

Weil die Zuger SP über kein eigenes Zeitungsorgan verfügt, ist sie dereinst auf die Idee gekommen, im CVP-Blatt «Zuger Nachrichten» vierteljährlich ein ganzezeitiges Inserat mit dem Namen «Di rot Zütg» zu plazieren. «ZN»-Redaktor Rossi behielt sich jedoch vor, mit dem Rotsatz einzutreten, wenn ihm etwas nicht passt. Nicht genehm waren ihm mal eine Bildlegende zu einem besetzten Haus (er ist mit dessen Besitzer befreundet) und das «Mienand»-Inserat der SP. Hier fielen gleich drei Textpassagen seiner gestrengten Aufsicht zum Opfer. Schonungsloser geht man auch beim freisinnigen «Zuger Tagblatt» mit anderen Meinungen nicht um: Im Januar publizierte das «Tagblatt» einen Artikel gegen die Aktionsgruppe Wohnungsnot (AGW). Statt deren

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

GOTTESDIENSTE

in der Predigerkirche
neben der Zentralbibliothek

Freitag, 8. Mai, zum Semesterbeginn:
17.30 Uhr Orgelrezital: Verena Graf
18.15 Uhr Hans Heinrich Schmid, Professor für
altestamentliche Wissenschaft und
allg. Religionsgeschichte

Freitag, 12. Juni, zur Einsetzung der Hochschulpfarrerin:
17.30 Uhr Orgelrezital: Bruno Reich
18.15 Uhr Walter Leuthold, Pfr. Dr. Dekan
Käthi La Roche

Freitag, 10. Juli, zum Semesterschluss:
17.30 Uhr Orgelrezital: Erika Hauri
18.15 Uhr EHG-Team
an die Gottesdienste anschliessend im Foyer Hirschgraben 7:
ein feines Nachessen, Musik und gute Gespräche
(siehe auch „Am Fritit im Foyer“)

Einmal fragte jemand den Rabbi Jizchak Meir: „Jizchak Meir, ich gebe dir einen Gulden, wenn du mir sagst, wo Gott wohnt.“ Er antwortete: „Und ich gebe dir zwei Gulden, wenn du mir sagst, wo er nicht wohnt.“ Martin Buber

OFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

28. Mai

MAIBUMMEL AN AUFFAHRT

Gemeinsamer Gottesdienstbesuch in Dorf a. I. und anschliessend eine Frühlingswanderung im Weinland und dem Rhein entlang über Rüdingen nach Egliau.
Essen in einer gemütlichen Landbeiz.
Kosten für die Fahrt mit Bahn und Postauto ca. 15 Fr.
Anmeldung bis 22. Mai



Samstag-Montag, 6.-8. Juni

PFINGSTEN IM DOMLESCHE

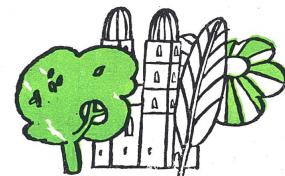
Wandern entlang den Spuren des vorindustriellen Zeitalters: alte Saumpfade, Burgen, ursprüngliche Felszeichnungen, Kirchen.
Standort: JH Burg Ehrenfels, Sils i. D.
Kosten: 85 Fr. Anmeldung bis 1. Juni

STAMMTISCH

ein Diskussionsforum für engagierte Stadtbewohner zu Konflikten und Problemen rund um das Thema:
Leben in Zürich

mit Gästen,
die sich in, gegen oder für die Bewegung einsetzen oder zum Nachdenken haben anregen lassen.

Zugesagt haben:
Martin Farmer, Bezirksrichter
Emanuel Hurwitz, Psychoanalytiker
Adolf Muschg, Schriftsteller
Hans Stamm, Beauftragter für Jugendfragen
Ueli Wildberger, Theologe
jeweils dienstags über Mittag am Hirschgraben 7, Foyer
ab 12.15 Uhr bei mitgebrachtem Lunch und ab 12.45 Uhr zu Gesprächen und Auseinandersetzung
erstmals am Dienstag, 5. Mai
verantwortlich: Käthi La Roche und Kurt Straub



WISSENSCHAFT & ETHIK

Ist der Anspruch aufrechtzuerhalten, dass Wissenschaft wertfrei sei, oder trifft eher die Behauptung zu, dass sie immer im Dienst bestimmter Interessen steht?

Wie hängen Wissenschaft und Politik zusammen? Wie und wo können wir unsere Interessen und unsere Verantwortung wahrnehmen?

Meinungen, Gespräche, Kontroversen

Themen und Themen der verschiedenen Veranstaltungen im Verlauf des Semesters werden mit Flugblättern und im «zs» bekanntgemacht.
Eine Reihe gemeinsam verantwortet mit dem «alternativen Lehrangebot» des VSU (Verband Studierender an der Universität Zürich).
verantwortlich: Herbert Beck und Kurt Straub

GESELLIGKEIT



AM FRITTIG IM FOYER

einmal im Monat die Woche gemütlich ausklingen lassen im Foyer Hirschgraben 7, bei einem feinen Nachessen, Musik und Tanz und gute Gespräche.
Am 8. Mai, 12. Juni und 10. Juli ab 19.15 Uhr.



jeden Freitag ab 12.15 Uhr: für alle, die uns schon kennen, und für alle, die uns kennenlernen möchten, gibt es im Foyer Hirschgraben 7 ein währschafes Zmittag.
Für ganze 4.50 Fr. servieren wir ein feines Menü, Getränk und Kaffee.

ATELIER

FRAUENGRUPPE

Wir sind kein Käfchränzli – obwohl es meistens Käfi gibt.
Wir sind keine Therapiegruppe – dazu ist ein Semester zu kurz.
Wir sind eine Selbsterfahrunggruppe von und mit Frauen. Das heißt für uns:

- einander kennenlernen, aufeinander reagieren;
- einmal über Dinge reden, die besonders schwer über die Lippen kommen – zwischen Frauen geht das manchmal leichter;
- Verhaltensmustern auf die Schliche kommen, die viel mit unserer weiblichen Rolle und wenig mit unseren eigenen Bedürfnissen zu tun haben.

Leitung: Brigitte Eugster, Psychologin, und Gaby Belz

10 Abende
jeweils montags, 19-21 Uhr
Foyer Voltastrasse 58, Keller
Beginn: 4. Mai
Kosten: 50 Fr.
Anmeldung: bis 29. April

Wird weitergeführt,
ein paar wenige Plätze sind noch frei:

SCHRITTE

aus mir heraus:
Frauen und Männer kennenlernen.
Sie und sich selber in Beziehung zu ihnen erfahren.
Neues ausprobieren.

Eine Selbsterfahrunggruppe unter Anleitung von Hanni Lüttö, Psychologin, und Kurt Straub
Methodischer Ansatz:
Themenzentrierte Interaktion und Gestalt

11 Abende
jeweils dienstags, 19-21.30 Uhr
Foyer Voltastrasse 58, Keller
Beginn: 5. Mai
Kosten: 90 Fr.
Anmeldung: 24. April

Samstag/Sonntag, 16./17. Mai
im Foyer Voltastrasse 58

KÖRPERARBEIT

Den Körper
sich bewegend
rhythmisches
wachsend
sich verändernd
alternd.

Ausprobieren, wie «ich» zu «ihm» Kontakt finde an einem Wochenende mit Steve Hurley
Mittel: Massage, Bewegung, Stille
Kosten: 60 Fr. Anmeldung bis 11. Mai

Samstag/Sonntag, 27./28. Juni
im Foyer Voltastrasse 58

TANZ UND SPIEL

Experimentieren mit verschiedenen Bewegungsformen und -qualitäten:
schnelle, langsame, gleitende, abgehackte, runde, eckige, geschlossene und offene...
alleine, zu zweit, mit der ganzen Gruppe.
Den Raum erfahren und nutzen lernen durch freiere Formen des Tanzen.

Ein Wochenende unter Anleitung von Peter Dändliker
Kosten 40 Fr. Anmeldung bis 15. Juni

ARBEITSGRUPPEN

PSYCHIATRIE

Noch immer ist psychische Erkrankung verbunden mit gesellschaftlicher Achtung und Isolierung. Psychiatrische Kliniken stehen irgendwo abseits, werden aus unserem Bewusstsein verdrängt. Wir suchen das zu durchbrechen mit:

- wöchentlichen Besuchen in den Kliniken Burgbühlzli und Hard (Embrach) auf offenen und geschlossenen Abteilungen (Montag- oder Mittwochabend oder Samstagmorgen);
- regelmässigen Gruppengesprächen, bei denen wir unsere Begegnungen mit Patienten und unser eigenes Betroffensein reflektieren (jeweils mittwochs über Mittag).

Einführung:
Donnerstag, 30. April, 12.15-14 Uhr
Foyer Hirschgraben 7
Orientierung und Gruppeneinteilung
verantwortlich: Sonja Straub, Kurt Straub

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Entwicklungen in der Dritten Welt haben Rückwirkungen auf die «entwickelten Länder»: anhand verschiedener Filme (u. a. Peter von Gunten: «Terra Roubada»), die den Bezug zwischen den Problemen der Dritten Welt und den unseren aufzuzeigen suchen, informieren wir uns und überlegen, wie mit diesen Filmen im Rahmen von Erwachsenenbildungskursen gearbeitet werden könnte.

jeweils donnerstags, 12.15-14 Uhr
Foyer Voltastrasse 58, Bibliothek
erstmals am Donnerstag, 7. Mai
verantwortlich: Markus Nauser und Kurt Straub

GEWALTFREIHEIT

Anhand von gewaltfreien Kampagnen (z. B. Larzac, Landarbeiter in den USA, südindischer Unabhängigkeitskampf unter Gandhi) machen wir uns mit verschiedenen direkten Aktionsformen bekannt.

Wir treten zu einem aktuellen Thema, z. B. «Hunger ist ein Skandal», eine eigene Aktion aus mit dem Schwerpunkt «Blitztheater», erproben diese in der Öffentlichkeit und werfen aus.

jeweils donnerstags, 19-22.30 Uhr
Foyer Voltastrasse 58
erstmals 30. April
verantwortlich: Graziella Christen



ÖKOLOGIE UND POLITIK

Jeden Tag können wir sehen und erleben, wie unsere Umwelt zunehmend zerstört wird: Luftverschmutzung, Gewässerverschmutzung, Verbettinerung... Wir setzen uns auseinander mit Ursachen und Konsequenzen solcher Behandlung der Umwelt. Durch Bewusstmachung und Öffentlichkeitsarbeit versuchen wir, uns dagegen zu wehren:

- im letzten Winter haben wir eine Podiumsdiskussion «Wohnen in Zürich» veranstaltet. Das Thema ist für uns noch immer aktuell. Wir suchen Kontakt zu anderen Gruppen, die im Raum Zürich daran arbeiten.
- wir spielen weiter

Im Sommer nehmen wir unsere Arbeit am Landwirtschaftsspiel wieder auf: es ist ein Gesellschaftsspiel das Abläufe und Zusammenhänge aufzeigt. Wir beobachten, wie zusammen mit dem WWF zu veröffentlichen. Treffen jeweils montags, Foyer Voltastrasse 58, 19 Uhr Nachessen anschliessend Arbeit am Thema

Einführung:

Montag, 4. Mai, 19 Uhr
Foyer Hirschgraben 7
nach dem Nachessen stellen wir uns vor und spielen anschliessend das Landwirtschaftsspiel
verantwortlich: Kathrin Zatti

GLAUBE UND UNGLAUBE

Wo stehe ich in diesem Spannungsfeld?
Wenn Glauben mehr ist als blosses Fürwahrhalten, wenn Glauben bedeutet Indifferenz überwinden, Stellung beziehen, sich engagieren... wie orientiere ich mich da persönlich?

In Auseinandersetzung mit biblischen und literarischen Texten und miteinander suchen wir nach einer Sprache des Glaubens.

Regelmässige Gesprächs- und Leseabende mit Käthi La Roche und Matthias Krieg, Germanist jeweils dienstags, 19-21 Uhr am Hirschgraben 7, Dachraum erstmals am Dienstag, 5. Mai

TREFFPUNKT FÜR THEOLOGINNEN

und andere Interessierte

- Frauen in der Bibel – Frauen in der Kirche Randfiguren?
- Umgang mit Vor-Bildern, mit solchen, die man sich erhalten, und mit solchen, die man abschütteln möchte.

Ziel ist es, im Gespräch und bei der Lektüre von Texten ein Stück Klarheit über sich als Frau zu gewinnen im Kontext geprägter und prägender christlicher Tradition.

jeweils mittwochs über Mittag in der Heferei, Kirchgasse 13, Zwinglistube ab 12.15 Uhr bei mitgebrachtem Lunch und ab 12.45 Uhr zum Gespräch bis 14 Uhr erstmals am Mittwoch, 6. Mai
verantwortlich: Käthi La Roche und Elisabeth Jodl, Gemeindepfarrerin

EHG-VOLLVERSAMMLUNG

Rückblick und Ausblick,
neue Mitarbeiter, neue Räumlichkeiten, neue Ideen?

Ein Gespräch zwischen Mitgliedern bestehender Arbeitsgruppen, interessierten, kritischen und hoffentlich auch den unzufriedenen Studenten, EHG-Team und Freunden darüber, wie's in der EHG weitergeht.

Datum: zweite Hälfte des Semesters, siehe Anschlagbrett und Flugblätter

Häufig werden unsere Aktivitäten in Flugblättern und Inseraten im «zs» noch genauer erläutert (z. B. Anmeldefristen, Kosten)



EVANGELISCHE
HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschgraben 7
8001 Zürich
T 251 87 55

Kritische Universität in Bern

Von Alfred Arm

Widerstand gegen die Unifabrik

Die Kritische Uni (KU), die vom Vorstand der Studentenschaft der Uni Bern mitgetragen wird, ist in der Tradition der Studentenbewegung zu sehen. Gleichzeitig wird auch eine Weiterentwicklung der 68er-Ansätze versucht: Umgewichtung der Themen und mehr Beachtung der Veranstaltungsformen.

«Die Universität ist ein Apparat zur Vertheidigung des bestehenden Wirtschafts- und Sozialsystems. Universitätsdozenten vertreten Ideologie und Interessen der Herrschenden in dieser Gesellschaft. Die Sozialwissenschaften dienen der Kontrolle des gegen diese Gesellschaft rebellierenden Unbewussten und der Reintegration kaputter Individuen in den Arbeitsprozess.» Solche Überlegungen waren massgebend, als linke Studenten 1968 in Bern-

Unifabrik zur Lancierung eines Projektes «Kritische Universität» geführt, das sich bewusst ans Berliner Vorbild anlehnt. Es bestehen aber auch Unterschiede. Die KU Bern kann vom Konzept her eher als institutioneller Rahmen für ein alternatives Lehrangebot betrachtet werden, das eine intensive und aktive Teilnahme ermöglicht. Thematisch orientiert sie sich weniger am Kampf der Arbeiterklasse im traditionellen Sinn als an den verschiedenen gegen die bürgerliche Gesellschaft revoltierenden Randgruppen. Der Bewegung der Unzufriedenen war denn auch das erste grosse Blockseminar gewidmet.

Auch von der Form her soll die KU Bern anders sein als ihre ausländischen Muster. Es geht zwar nach wie vor darum, dass sich Studenten in autonomen und interdisziplinären Gruppen auf die Hauptveranstaltungen vorbereiten. Ver-

Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

lin versucht haben, in Abkehr von der offiziellen Universität, ihr Projekt einer emanzipatorischen Wissenschaft im Rahmen der Kritischen Uni zu formulieren: «Der Kritische Universität muss es gelingen, den aufkeimenden Widerstand unter den arbeitenden Massen dieser Stadt theoretisch zu artikulieren und praktisch voranzutreiben.»

Kritische Universität

In der programmativen Erklärung der KU Berlin, die trotz Verbot des akademischen Senats an der Wende zum Jahr 1968 ins Leben gerufen wurde, wird eine Gegenmacht innerhalb der Universität gefordert. Im ersten provisorischen Vorlesungsverzeichnis der KU Berlin waren die Hauptaufgaben wie folgt umrissen:

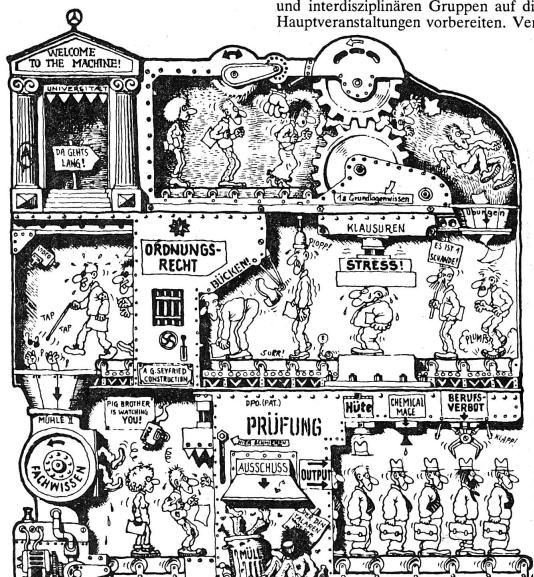
1. Permanente Hochschulkritik und praktische Studienreform
2. Verbreiterung und Intensivierung der politischen Praxis
3. Vorbereitung der Studenten auf die Praxis der Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik in ihren künftigen Berufen und Unterstützung der kritischen Intelligenz in diesem Berufsbereich.

Vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als Kampfinstrument gegen die Ordinarienuniversität lanciert, orientierte sich die KU Berlin also trotzdem in konfliktueller Weise an der öffentlichen Institution Universität.

Studienreform:

Den Menschen über die Institution stellen

Lange genug haben wir darauf gewartet, dass die Studiengänge unseren Wünschen gemäß eine Verbesserung erfahren, nun müssen wir Studenten selbst für Veränderungen sorgen, damit es uns möglich wird, selbst unsere Lernziele bestimmen zu können. Daher streben wir den Ausbau des Tutoratwesens an. Am 12./13. Juni veranstaltet der Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS) hierzu ein Seminar. Als Vorbereitung erscheinen in der nächsten «konzept»-Nummer und in den lokalen Studentenzeitschriften Artikel über die Studieneingangsphase und Tutorate.



Zeichnung: G. Seifried

her zu kommen. Die Gegenuniversität knüpft an die Tradition der marxistischen Arbeiterschulung während der Weimarer Republik an und nahm Anstoße der amerikanischen «free universities» auf. Sie scheiterte jedoch, da die Voraussetzungen für ein Zusammensehen zwischen Jungarbeitern und Studenten nicht gegeben waren. Die unterschiedliche Lebenssituation dieser beiden sozialen Gruppen zeigte unterschiedliche politische Nahziele und andere Kampfformen.

Die Opposition zur Hochschule als einer Kaderschmiede, die reaktionäre und arbeiterfeindliche Lehrinhalte vermittelt, artikulierte sich heute an vielen Universitäten durch das Angebot von alternativen Lehrveranstaltungen und dem Aufruf, gemeinsam Vorlesungsrezensionen zu schreiben und zu veröffentlichten. In Bern hat der Widerstand gegen die

mehr wird aber das Augenmerk auf die Gefahren des «Seminararmarxismus», einer linken Spielform von klopfastigem Akademismus, gelenkt. Es geht eben «auch um unsere Art, miteinander umzugehen, den Plausch zusammen zu haben, Fuhren und Feste zu organisieren, kurz: neue solidarische Verkehrsformen und eine eigene Kultur zu entwickeln». (Aus der Broschüre der Berner Studentenschaft).

Beim Bewegungs-Blockseminar hieß dies konkret: zusammen essen und diskutieren, Untergruppen zu spontan formulierten Themen bilden, persönliche «Puffer» austragen, Sprechhemmungen entschärfen, nonverbale Kommunikationsformen entwickeln, Sketches und Spontantheater inszenieren. Diese ganzheitliche Lebenserfahrung ist nicht nur eine Erweiterung der üblichen Arbeitsgruppenmentalität, sondern auch eine

Sprachdarwinismus

Herrschaftsgehn und Bluff im verbalen und nonverbalen Kommunikationsverhalten werden während der Uni-Laufbahn zur nahezu unbewussten Gewohnheit. Darin besteht der «heimliche Lehrplan», der dem offiziellen Lehrplan an der Uni unterschoben ist*. Das Beängstigende daran ist: Diese Form der Wissensvermittlung setzt sich auch gegenüber aufklärerischen Inhalten durch. Selbst bei der Aneignung von emanzipatorischem Wissen werden Herrschaftsstrukturen zementiert, sofern das Bewusstsein des eigenen Redeverhaltens nicht ständig mitschwingt. Hat sich auch an der Kritischen Universität in Bern der heimliche Lehrplan durchgesetzt?

An der Veranstaltung zum Thema Jugend und Kultur 1980 mit dem Soziologen Professor Urs Jäggi nahmen ca. 60 Leute, darunter etliche Aktivisten aus der Bewegung, teil. Nachdem Diskussionsthemen erarbeitet wurden, die anschliessend in Gruppen weiter verfolgt werden sollen, trifft sich das Plenum wieder. Rund um die Jugendbewegung reicht sich eine ganze Palette von Themen. Eine Seminarteilnehmerin bemerkte: «Die Frauenfrage ist wieder einmal ausgeklammert!» Zuerst betretenen Schweigen, dann geht die Diskussion über den männerbeherrschten Diskurs gleich los. Sehr schnell wird klar: Es wird sich eine Diskussionsgruppe «Frauenbewegung/Jugendbewegung» bilden. Die Frauen beschliessen, auch Männer zuzulassen.

In dieser Gruppe sind es vorerst die Frauen, die die wesentlichen Impulse geben. Die Männer sind zurückhaltend, da keiner ins Fettnäpfchen treten möchte. Aufgeworfen wird verschiedenes: Etliche Frauen fühlen sich in der Bewegung nicht wohl. Sie stellen bei vielen engagierten Männern eingeschiffene chauvinistische Verhaltensweisen fest und haben Mühe, sich einzubringen, sei es nun in Zweiergesprächen, in Arbeitsgruppen oder an Vollversammlungen. Eine Frau macht deutlich, dass Frauen im Gespräch anders miteinander umgehen als Männer: «Frauen schauen sich viel mehr an beim Sprechen und nehmen das Gegenüber ganzheitlicher wahr. Männer konzentrieren sich mehr auf Wort und nehmen gar nicht recht zur Kenntnis, wie das Gegenüber darauf reagiert.» Mit der Zeit tauen auch die Männer auf. Ein Kollege beschreibt seine Lage, die er im Moment unangenehm empfindet: «Die Diskussionen über Männerverhalten habe ich immer grosse Mühe, mich zu beteiligen. Ich habe Angst, etwas Falsches zu sagen und dann an die Kasse zu kommen.» Das

Klima in der Gruppe wird allmählich recht gut. Die Männer werden immer wieder auf diskriminierende Gesprächsstrukturen aufmerksam gemacht. Ein Beispiel, das mein eigenes Verhalten zeigt: Eine Frage, die von einer Frau aufgeworfen wurde, klassifizierte ich zunächst mit einem «gut», bevor ich darauf eingehé. Hier konfrontiert mich eine andere Frau mit der Rückfrage: «Hast du dieses gut auch schon bei Fragen von Männern angebracht?»

Männer und Frauen verweisen auf ihre Schwierigkeiten mit der herkömmlichen Seminar-Kommunikation. Etlichen Männern wird klar, dass Uni-Bluff und patriarchalische Gesprächsstrukturen eigentlich Probleme jener Männer sind, die versuchen mit der Sprache Herrschaft auszuüben.

Vor der Gruppendifiskussion hatte Professor Jäggi den Frauen geraten, sie müssten sich untereinander organisieren und kollektiven Druck auf die Männergesellschaft ausüben, dann werde sich schon etwas ändern. Diese Ansicht wird nun mit grossen Fragezeichen versehen. Sollten Männer sich nicht selbst auffordern etwas in Richtung Abbau von herrschaftlichem Verhalten beim eigenen Sprechen zu tun?

Im anschliessenden Plenum versuchen wir, das Geschehen in unserer Gruppe einigermassen umfassend darzustellen. An den Disputen beteiligen sich aber wieder nur wenige Frauen. Irgendwie gelingt es uns nicht mehr, das vorsichtig abstrebende Gesprächsklima der Diskussionsgruppe auch im Plenum entstehen zu lassen. Über «das zentrale Problem der Frauenbewegung» referieren dann wieder Männer in ihrer gewohnten Art, und diesmal nutzt es nichts, als auf diesen Umstand – übrigens wieder von Männern – hinzuweisen wird.

Alfred Arm

* So Wolf Wagner in: «Uni-Bluff und Uni-Bluff», Rotbuch-Verlag Berlin, 1977

Kritik daran: Arbeitsgruppen haben ihre Parallelen in den Stäben und Ausschüssen der Firmenleitungen und lehnen sich insofern, trotz alternativer Inhalte, an das Organisationsmodell der Fabrikgesellschaft an. Viele Mitglieder spontaner Diskussionsgruppen der KU Bern äussern explizit Kritik an protestantischer Arbeitsmoral und Theoriefixierung linker Supertheoretiker.

Die Kritische Universität wird auch ausserhalb von ihrem der Studentenschaft organisierten Rahmen praktiziert: Fachschaften, Polit- und Basisgruppen organisieren sich spontan als Teil einer Gegenmacht zur Unifabrik. Mit zeitweise gegen hundert Teilnehmern an den Veranstaltungen zu «Jugend und Kultur 1980» war es im übrigen bereits schwierig, überschaubare und persönliche Auseinandersetzungen zu führen (vgl. dazu den Kasten). Trotzdem scheint ein Stück Alternative verwirklicht worden zu sein, wenn ein Teilnehmer äussert: «Bei den Uniseminaren bin ich zu 10% beteiligt, hier war ich es zu 90%!»

In der Reihe «SUB-Alternativen» der Berner Studentenschaft erscheint als Nummer 4 die Dokumentation der Berner Bewegung:

Wir haben genug gewarzt!

Dort findet sich alles, was du schon immer wissen wolltest:

- Chronologie der Berner Bewegung
- Vorgesichte(n)
- Ideen zur Autonomie
- Analysen und Kommentare

Die Doku ist angereichert mit Witz und tausend Sachen, Schmier und Fotis, Zeitungsartikeln und Flugis, Chaos, Phantasie und Anarchie. Zusammengestellt von einem Redaktionskollektiv der Bewegung, 220 Seiten auf A4, Kostenpunkt 15 Franken.

Bestellungen: SUB, Erlachstrasse 9, 3012 Bern

Ich bestelle . . . Ex. der Doku
Name, Adresse:

**Kaum zu glauben:
Xerox-Kopien zu 8 Rp. das Stück! Spiral-Bindungen in kürzester Frist!
(Ab 70 Stück 7 Rp.)**

Keinerlei Sortierkosten!

**Kopien aus Büchern nur 15 Rp.
Mit Legi 10% billiger!**

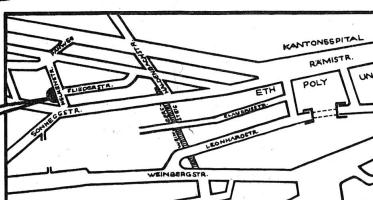
**Druck von Liz-Arbeiten und
Dissertationen!**

**Wir drucken auch
Verlith und Offset!**

Individuelle Beratung!

**Wir lochen,
heften und binden!**

SDZ
LetraLetters
Beschriftungsfolien
für Büro, Schule, Haushalt
und Hobby!



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ / Nelkenstr. 7 / 8006 Zürich / (01) 361 01 31

Neues Aufsichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Rambert

DIE STANDESSCHELTE

Von Res Strehle

Dem unbequemen Zürcher Rechtsanwalt Bernard Rambert, Strafverteidi- ger von Walter Stürm und Petra Krause, augenblicklich für zahlreiche Mandanten in «Bewegungsverfahren» engagiert, droht ein zehnjähriges Berufsverbot. Einem um von unbekannter Seite zugespielten Dokument ist die Eröffnung eines neuen Aufsichtsverfahrens zu entnehmen. Die darin geäussernten Vorwürfe betreffen Ramberts Teilnahme an der Pressekonferenz zu den Haftbedingungen von Walter Stürm am 13. Dezember des vergangenen Jahres vor der Strafanstalt Regensdorf.

«Da nach den vorliegenden Akten davon auszugehen ist, dass sich Rechtsanwalt *luc. iur. B. Rambert* als Verteidiger von Walter Stürm an der Demonstration vom 13. Dezember 1980 in Regensdorf beteiligte, an welcher die sofortige Haftentlassung Stürms gefordert wurde, da sich die Frage stellt, ob er die Demonstration organisiert war bei ihrer Organisation massgebend mitgewirkt hat, da nach Darstellung in der Verzeigung anlässlich dieser Demonstration Gewalttätigkeiten gegen Sachen begangen wurden, wobei sich Rechtsanwalt Rambert nicht entfernt und nichts gegen diese Ausschreitungen unternahm,

da aufgrund der Akten davon auszugehen ist, dass Rechtsanwalt Rambert anlässlich dieser Demonstration als Verteidiger Stürms zu den Teilnehmern sprach,



in der Erwähnung, dass sich die Frage stellt, ob die Teilnahme und das Sprechen als Verteidiger von Stürm an der erwähnten Demonstration (eventuell deren Organisation), das Nicht-einschreiten gegen die Sachbeschädigungen bzw. das Sich-nicht-Entfernen sowie der Inhalt der Rede mit den Standespflichten vereinbar seien, insbesondere mit der Pflicht, den Beruf gewissenhaft auszuüben und sich auch durch sein sonstiges Geschäftsgeschehen der Achtung würdig zu zeigen, die seinen Beruf erfordert,

da sich weiter fragt, ob Rechtsanwalt Rambert dadurch nach Recht und Billigkeit die Interessen seines Mandanten Stürm wahrgenommen hat,

und endlich auch zu prüfen ist, ob Rechtsanwalt Rambert weiterhin die Ehrenhaftigkeit und Zutrauenswürdigkeit besitzt,

b e s c h l o s s e n :

Gegen Rechtsanwalt lic. iur. B. Rambert wird ein Verfahren wegen Verletzung der Standespflichten und Verlust von Ehrenhaftigkeit und Zutrauenswürdigkeit eröffnet.

So haben die Herren der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte im Kanton Zürich an ihrer Sitzung Nummer 36 vom 4. März 1981 gesprochen. Am Beschluss beteiligt waren: zwei Oberrichter (CVP/FDP), drei Rechtsanwälte, ein Bezirksgerichtspräsident sowie Obergerichtsschreiber I. V. lic. iur. Müller. Drahtzieher des neuen Vorstoßes ist – wie könnte es anders sein – erneut die agile kantionale Justizdirektion, auf deren Antrag hin die Anwaltskommission tätig geworden ist. Von dieser Seite wurden auch gleich die «*Beweise*» für Ramberts unstandesgemässes Verhalten mitgeliefert: Ein klandestin mitgeschnittenes Tonband seiner recht zahmen Rede

(unterbrochen von heftigen Schneeballgeräuschen), die schriftlich an Radio und Fernsehen abgegeben worden war (1), eidesstattliche Zeugenaussagen der Sekretäre Ribi und Weilenmann als Beobachter hinter geschlossenen Fensterläden in Regensdorf und vier Fotos aus dem Album der Kantonspolizei, von denen mindestens zwei selbst den Mitgliedern der Anwaltskommission fragwürdig erschienen. Man kennt das Vorgehen. Beim Fall des (ehemaligen) Bezirksanwalts Gasser waren die Beweise auch demnassen stichhaltig, dass sie nachher wieder zurückgezogen werden mussten.

Rechtsanwalt Bernard Rambert wollte sich zu den Anschuldigungen auf Anfrage hin nicht äussern, da das Verfahren hängig sei. Ihm ist eine Frist bis zum 21. April gesetzt, um zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Kein Zweifel, die Klage der Justiz-

«Wohnen statt Profit»

«Es gibt vorfabrizierte Kaninchenställe, Schlafstuben in blinden Satellitenstädten, in denen du wahnsinnig würdest. Es gibt Häuser, in denen duwohnen möchtest. Aber besetzen wir die leerstehenden, zum Abriss bestimmten Häuser und begehen damit Hausfriedensbruch...» Mit diesen Worten stellt die Mietergruppe der POB (Progressive Organisationen Basel) ihre neuerschienene Broschüre zur Wohnungsfrage vor. Sie sei «nicht einfach eine weitere theoretische Darstellung der Wohnungswirtschaft im Kapitalismus», sondern ein «Zwischenresultat konkreter Erfahrungen» der Basler Mieterbewegung, heisst es in der Einleitung. Dargestellt wird vor allem die Situation in Basel, aber die 100seitige Dokumentation enthält auch mehrere Kapitel für Hauseigentümer und Mieter in der übrigen Schweiz.

«Wohnen statt Profit» ist erhältlich zu 9.50 Franken in Buchhandlungen oder direkt beim POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich.

Interessenten wenden sich an FUPS, Postfach 196, 8031 Zürich, PC 80-31 900.

Entwicklung = Befreiung

Ein «entwicklungspolitisches Symposium der Solidarität» findet Ende Mai in Bern statt. Die Organisatoren gehen davon aus, dass sich die Situation in der dritten Welt in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern noch verschlimmt hat. Hauptverantwortlich dafür ist die Entwicklungs-hilfe der industrialisierten Länder, die nur Profitinteressen dient. «Mit dem Symposium wollen wir uns aussprechen über eine eigenständige Position zur herrschenden Entwicklungsdoktrin in unserem Land. Wir verstehen Entwicklung als Prozess der Befreiung», erklären die Initianten des Symposiums, darunter die meisten Drittwerkguppen und Hilfsorganisationen – von Terre des hommes bis zum Nicaragua-Komitee.

Am Symposium interessierte Organisationen und Einzelpersonen melden sich beim Sekretariat: R. Helbling, Handelstrasse 135, 8055 Zürich, Tel. freitags (01) 33 31 75.

Zu beziehen bei: POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich (60 S., 5.50 Franken).

direktion steht auf tönernen Füssen. Ausser den Namen der anwesenden Mitglieder hält kaum eine Stelle des Bechlussprotokolls näherer Prüfung stand:

- Die Pressekonferenz vom 13. Dezember war von den Initianten der Sturm-Inserat-Kampagne organisiert worden, um der Presse einen offenen Brief zur Haftsituation Stürms zu übergeben. Zu diesen Initianten gehörte Rambert nachweislich nicht; auf der Einladung war er lediglich als Redner aufgeführt.

- In dieser Situation als Verteidiger von Walter Stürm zur Presse zu sprechen scheint uns nicht nur legitim, sondern geradezu Pflicht des mit der Wahrung der Interessen seines inhaftierten Klienten beauftragten Verteidigers.

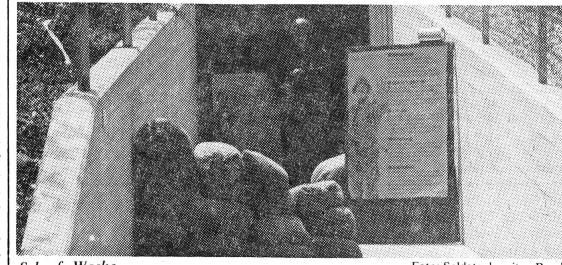
● Die «Gewalttätigkeiten» gegen Sachen – darunter so erquickliche Aktionen wie die Demontage von Überwachungskameras – wurden erst im Anschluss an die Pressekonferenz begangen. Auch wenn Rambert zu jener Zeit noch anwesend gewesen wäre, scheint es grotesk, von ihm in einer solchen Situation Polizistenfunktion gegen Mitglieder der Bewegung zu erwarten, deren Autonomie sich inzwischen auch bis in die Stuben des Obergerichts herumgesprochen haben sollte.

Womöglich lassen sich die standesbewussten Saubermänner der Anwaltskommission von diesen Tatsachen nicht beirren. Die Vorwürfe können notfalls auch zurechtgelegt werden, wenn es darum geht, unbehagliche Kollegen mundtot zu machen. Noch sind die später vom Bundesgericht mehrheitlich aufgehobenen Anschuldigungen gegen die Verteidiger im Pruntruter Prozess in Erinnerung, aus neuerer Zeit auch die kleinkarierte Rüge an das Zürcher Anwaltskollektiv wegen Herausgabe der Haftbeschönigung. Man will die zahlreicher gewordenen linken Kollegen offenbar mit aller Gewalt an die Kandare nehmen oder aber verstoßen – damit man unter sich ist. All die krummgebohrten Kollegen, die in undurchsichtigen Finanzgeschäftschaften sitzen, für jeden juristischen Dreh zu haben sind, der etwas einbringt, stören diese Herren offenbar weniger – zumindest ist in dieser Richtung noch kaum ein Aufsichtsverfahren bekanntge worden. Da fühlt man sich offenbar unter seinesgleichen.

DR-80-Gegner vor Militärgericht:

Scharfe Strafen

mif. Harte Urteile fällt das Divisionsgericht 4 in Solothurn gegen zwei Soldaten der Aktion «Gwehr abgä». 35 Soldaten hatten im Juni 1980 aus Protest gegen den Wachdienst mit scharfer Munition ihre Waffen im Basler Grossratssaal demonstriert.¹ Für die meisten hatte diese Protestaktion keine schwerwiegenden Folgen: Sie wurden disziplinarisch mit einem Verweis bestraft. Richard Spillmann jedoch wurde zu 45 Tagen Gefängnis unbedingt und Ausschluss aus der



Scharfe Wache

Foto: Soldatenkomitee Basel

Armee verurteilt. Gleichzeitig entschied das Gericht, dass eine bedingt erlassene Gefängnisstrafe von 7 Monaten, zu der Spillmann 1976 wegen angeblicher Aufforderung zur Verletzung von militärischen Dienstpflichten verurteilt worden war, zu vollziehen sei.

Spillmann war den Militäroberen schon lange ein Dorn in Auge. Nachdem eine Soldatengruppe bei höchster Stelle die Aufhebung des Wachdienstes mit scharfer Munition gefordert hatte, schrieb Korpskommandant Zumstein in einem Brief an die «Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung, Bundeshaus Ost»: «Ich gestatte mir, Ihnen beiliegend ein Schreiben der «WK Gruppe Ls Rgt 21» vom 29. Juni 1980, unterzeichnet durch den *sattsam bekannten* Ls dt Spillmann Richard, zukommen zu

*Vgl. «Scharfe Wache» in «dk» Nr. 11/80 und «Ge-wehrs» in «dk» Nr. 7, 8/80.

Spillmann beim Chef EMD Klage erhoben hat; die von Spillmann und Konsorten in zahlreichen Truppenverbänden, auch ausserhalb des FAK 2, betriebene ständige Agitation.»

Korpskommandant Zumstein darf jetzt mit seinen Richtern zufrieden sein.

Der zweite Angeklagte, Martin Flükiger, wurde mit zwei Monaten unbedingt und Ausschluss aus der Armee bestraft. Auch in seinem Fall widerrief das Divisionsgericht 4 eine bedingte Gefängnisstrafe von 20 Tagen.

Die «Rädelsführer» sind jetzt erst einmal versorgt und können darüber hinweg den Schweizer Armee nicht mehr durch ständige Agitation infizieren. Aber der Protest gegen die «scharfe Wache» beschränkt sich ja glücklicherweise nicht nur auf zwei «Drahtzieher» – da nützen weder unsinnige Höchststrafen noch ebensolche Militärdefilees ...

Der Fussballer und das Bankgeheimnis

Die Spanier Nicolas Casaus und Miguel Diaz haben wohl keine Bekannten, die in der Schweiz als Gastarbeiter schafften. Sonst hätten sie wissen müssen: Wenn es hart auf hart geht, ist auf Helvetia kein Verlass.

Anfang März hatten sie – der eine ist Elektriker und der andere Mechaniker – in Barcelona den zeitig erfolglosen

Torjäger Spaniens, Enrique Quini Castro, entführt und 2,5 Millionen Schweizer Franken Lösegeld gefordert. Mit einem Schlag vergasssen die Spanier den Putsch der Generale. Ihre Sorge galt nicht mehr der bedrohten Demokratie, sondern dem gekidnappten Fussballidiot Quini.

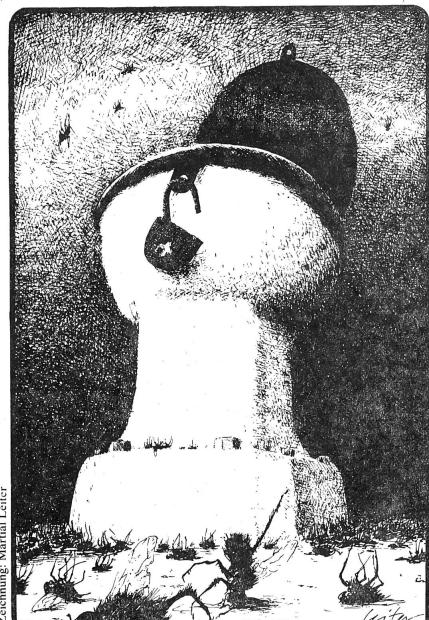
Fussball-Heissporne sahen in der Entführung ein ruchloses Attentat gegen den FC Barcelona. Ohne Quini würde der zweitplatzierte FC Barcelona jegliche Hoffnung auf einen Titelgewinn begraben müssen. Andere vermuteten einen politischen Racheakt gegen die basken, da Quini Sympathien für die rebellische Provinz nachgesagt werden.

Aber die Entführer aus Saragossa kümmerten sich einen Dreck um das baskische Politik. Casaus und Diaz wollten Geld. Casaus sass bereits in einem billigen Genfer Hotel. Er hatte ein Nummernkonto eröffnet und dies der Familie von Quini übermittelt. Tage später fragte er am Bankschalter schüchtern: «Ist das Geld eingetroffen?» Es war. Doch als Casaus 10 000 Franken abholte und nach Paris verschwinden wollte, schnappte ihn die Polizei. Der gefasste Spanier begriff die Welt nicht mehr: die Schweiz hatte das Bankgeheimnis gelüftet.

Briicht jetzt eine harte Zeit für die Galoanen an? Werden sich jetzt die Nummernkonti schlagartig leeren? Minichten. Alles bleibt bloss eine Frage des Stils. Ein Beispiel aus Tausenden: Yves Jacquin, einst Steuerprüfer im Sold Frankreichs, später Inhaber eines der grössten Büros der Branche «Steuerberatung» auf dem Platz de Paris, war derart gefragt, dass er selbst vom staatlichen Steueramt für besonders delicate Fälle beizugesetzt wurde. Dass die Grande Nation damit den Wolf zum Schäfer ernannt hatte, ahnte damals niemand. Erst ein Hausskraich bei Y. Jacquin brachte alles an den Tag! Ein Mitarbeiter eröffnete sein eigenes Büro und jagte Jacquin die Kunden ab. Jacquin schaffte Millionen ins Ausland und flog nach Süden. Dann ließ er seinen Ex-Kumpel auflegen. Frankreichs Prominenz zitterte. Minister und hohe Politiker

sches Material sowie hochentwickeltes Know-how, die nicht in den Ostblock geliefert werden dürfen. Firmen in der neutralen Schweiz sorgen dafür, dass die Kommunisten auch etwas von den Vorzügen der «freien Marktwirtschaft» abbekommen. Und die Zwischenhändler leben fürstlich.

Bei den Entführern aus Saragossa verhält es sich natürlich ganz anders. Elektriker und Mechaniker, die in einem billigen Hotel in Genf absteigen und Sandwiches essen, das fehlt noch! Hier darf man das Bankgeheimnis guten Gewissens hüten. Das hat natürlich nichts damit zu tun, dass der Lösegeldbezahler bei der Omega Schweiz für 5 Millionen Franken einkauft und mehrere andere Fussballclubs dasselbe in Aussicht stellt.



Schweizerische Utopie: Die Aufhebung des Bankgeheimnisses — für alle